



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

10 | 2024

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Meldungen zu amtlichen Statistiken

Europawahl 2024: Kreisfreie Städte und Landkreise

Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte 2023



Fotonachweis

Titelfoto: © xyz+ – stock.adobe.com

Unternehmen sind gesetzlich zur Meldung verschiedener Daten an die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verpflichtet. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Statistikpflichten der Einheiten mit Sitz in Rheinland-Pfalz, Maßnahmen zur Messung der Meldeaufwände sowie Ansatzpunkte zur Reduzierung derselben.

10 | 2024

STATISTISCHE MONATSHEFTE

77. Jahrgang

kurz + aktuell	587
Industrie ■ Baugewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Insolvenzen ■ Gewerbeanzeigen ■ Tourismus ■ Einkommen ■ Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	598
Verbraucherpreise	601
Rheinland-Pfalz in Karten: Zuzüge über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz 2023	602
Belastung der Wirtschaft durch Meldungen zu amtlichen Statistiken – Auswertung der Erhebungsteilnahmen aus dem statistischen Unternehmensregister	603
Europawahl 2024 – Das amtliche Endergebnis in den kreisfreien Städten und Landkreisen	612
Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte 2023 – Anwendung eines neuen Konzepts mit Daten des Mikrozensus	622
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	637
Unsere Produkte und Informationsangebote	652

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
Ø	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/publikationen/monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2024

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



kurz + aktuell

Auftragseingänge in der Industrie steigen im Juli

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten nahm im Juli 2024 zu. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 8,2 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Besonders die Bestellungen aus dem Ausland stiegen kräftig um elf Prozent; aber auch die Inlandsnachfrage wuchs um 4,4 Prozent.

In allen drei Güterhauptgruppen legte das Ordervolumen zu. Den größten Anstieg verzeichneten die Hersteller von Investitionsgütern (+18 Prozent). Bei den Produzenten von Konsumgütern gingen 2,5 Prozent mehr Aufträge ein als im Juni. In der Vorleistungsgüterindustrie betrug das Plus 0,9 Prozent.

Die höhere Nachfrage nach Investitionsgütern ist besonders auf die Entwicklung in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die gemessen am Umsatz die zweitgrößte Industriebranche bilden, erhielten im Juli 30 Prozent mehr Aufträge als im Monat zuvor. Im Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und die drittgrößte Branche ist, schrumpfte das Ordervolumen hingegen um acht

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jul 2024		Jan bis Jul 2024			
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu					
	Jun 2024	Jul 2023	Jan bis Jul 2023			
Entwicklung der Produktion						
Industrie	-4,8 %	↓	-5,3 %	↓	-6,1 %	↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-4,2 %	↓	6,2 %	↑	0,5 %	↗
Investitionsgüterproduzenten	-9,3 %	↓	-19,0 %	↓	-16,6 %	↓
Konsumgüterproduzenten	-0,1 %	↘	-9,7 %	↓	-5,4 %	↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-7,4 %	↓	12,7 %	↑	5,1 %	↑
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-9,5 %	↓	-29,6 %	↓	-28,1 %	↓
Maschinenbau	-12,2 %	↓	-15,3 %	↓	-9,6 %	↓
Entwicklung der Auftragseingänge						
Industrie	8,2 %	↑	2,8 %	↑	-0,3 %	↘
Inland	4,4 %	↑	-4,0 %	↓	-6,6 %	↓
Ausland	10,6 %	↑	7,8 %	↑	4,0 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,9 %	↗	4,9 %	↑	4,0 %	↑
Investitionsgüterproduzenten	17,8 %	↑	4,9 %	↑	-3,1 %	↓
Konsumgüterproduzenten	2,5 %	↑	-11,6 %	↓	-6,1 %	↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	0,1 %	↗	5,8 %	↑	5,6 %	↑
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	29,6 %	↑	7,7 %	↑	-4,2 %	↓
Maschinenbau	-8,0 %	↓	-9,4 %	↓	-4,0 %	↓

¹ Vergleich mit dem Vormonat: vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. Vergleich mit dem Vorjahresmonat und dem Vorjahreszeitraum: vorläufige preis- und kalenderbereinigte Werte.

Prozent. In der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die umsatzstärkste Branche ist,

blieben die Bestellungen im Vergleich zum Vormonat nahezu unverändert (+0,1 Prozent).

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





Gegenüber dem Vorjahresmonat nahm die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten zu. Die preis- und kalenderbereinigten Auftragseingänge lagen um 2,8 Prozent über dem Niveau von Juli 2023. Verantwortlich war das Auslandsgeschäft, das um 7,8 Prozent wuchs. Aus dem Inland gingen vier Prozent weniger Bestellungen ein als im Vorjahresmonat. In zwei der drei Güterhauptgruppen stieg das Ordervolumen. Auch zwei der drei umsatzstärksten Industriebranchen verbuchten ein Plus.

Rückgang der Industrieproduktion im Juli

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion nahm im Juli ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der Produktionsindex preis-, kalender- und saisonbereinigt um 4,8 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Alle drei Güterhauptgruppen verzeichneten einen Rückgang ihrer Produktionsleistung. In der Investitionsgüterindustrie nahm der Output im Juli um 9,3 Prozent ab. Die Vorleistungsgüterproduzenten verzeichneten Produktionseinbußen von 4,2 Prozent. Die Ausbringung der Konsumgüterproduzenten sank gegenüber dem Vormonat nur leicht (–0,1 Prozent).

Die drei umsatzstärksten Industriebranchen reduzierten ihren Güterausstoß verglichen mit dem Vormonat. Der Maschinenbau verzeichnete einen Rückgang der Produktionslei-

stung um zwölf Prozent. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen reduzierten ihre Produktion im Juli um 9,5 Prozent. In der Chemieindustrie nahm die Ausbringung gegenüber Juni um 7,4 Prozent ab.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Industrieproduktion im Juli 2024 preis- und kalenderbereinigt um 5,3 Prozent geringer aus. Der Grund dafür sind Einbußen in der Produktion von Investitions- und Konsumgütern. Der Ausstoß der Vorleistungsgüterhersteller nahm dagegen zu. Die Entwicklung in den drei umsatzstärksten Industriebranchen war ebenfalls gegenläufig. Der Rückgang des Outputs in der Investitionsgüterindustrie ist insbesondere auf die schwache Entwicklung der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen. Aber auch im Maschinenbau war die Ausbringung deutlich geringer als im Juli 2023. Die Chemieindustrie steigerte dagegen ihre Produktion im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Industrieumsätze unter Vorjahresniveau

In den ersten sieben Monaten 2024 erzielten die Industriebetriebe in Rheinland-Pfalz weniger Umsätze als im Vergleichszeitraum 2023. Die nominalen Umsätze gingen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,5 Prozent zurück (Deutschland: –4 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg dagegen um 0,9 Prozent (Deutschland: –0,1 Prozent).

Der Gesamtumsatz der Industrie betrug von Januar bis Juli 2024 rund

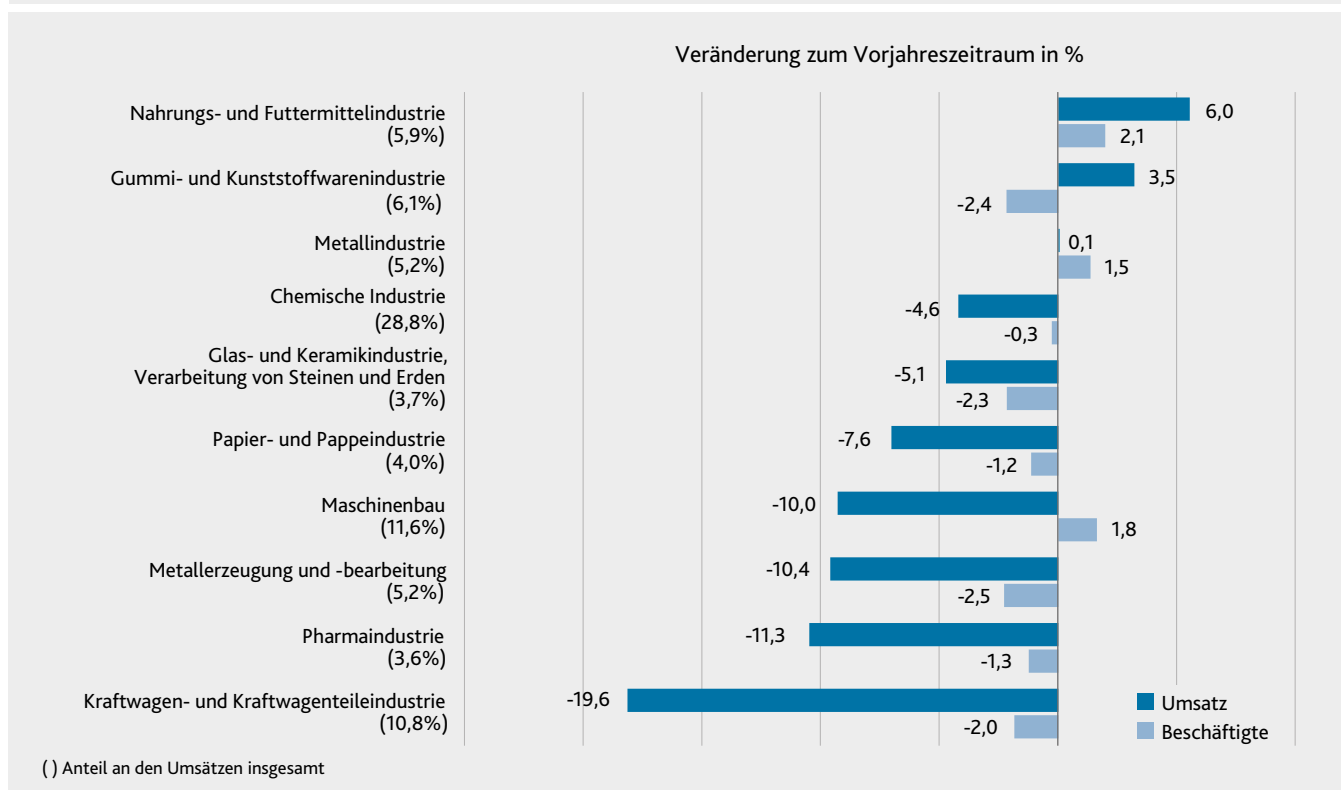
58,5 Milliarden Euro. Die Auslandsumsätze reduzierten sich um 6,6 Prozent auf 33 Milliarden Euro. Die Exportquote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 56 Prozent. Die Inlandsumsätze lagen bei 26 Milliarden Euro (–6,4 Prozent). Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Erlöse aus dem Ausland um drei Prozent und die aus dem Inland um fünf Prozent ab. Die Exportquote betrug 52,3 Prozent (+0,6 Prozentpunkte).

Sieben der zehn umsatzstärksten Branchen erzielten in den ersten sieben Monaten 2025 niedrigere Umsätze als im Vergleichszeitraum 2023. Die für Rheinland-Pfalz wichtige Chemische Industrie setzte 4,6 Prozent weniger um. Die Maschinenbauer erwirtschafteten zehn Prozent weniger Erlöse. Die höchsten Einbußen verbuchten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–20 Prozent). Zweistellige Erlösrückgänge gab es auch bei den Metallerzeugern und Metallbearbeitern sowie in der Pharmaindustrie (–10 bzw. –11 Prozent). Dagegen stiegen die Umsätze der Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln sowie in der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie um sechs Prozent bzw. 3,5 Prozent an.

Im Durchschnitt beschäftigten die Industriebetriebe in den ersten sieben Monaten rund 263 000 Personen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum waren das aufgrund einer erweiterten Abgrenzung der tätigen Personen in der Druckindustrie rund 2 300 mehr (+0,9 Prozent). Ohne diesen Effekt



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis Juli 2024 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



wäre die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken (-0,7 Prozent).

In sieben der zehn umsatzstärksten Branchen nahm die Zahl der Beschäftigten ab. Hohe Einbußen gab es in der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie sowie bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-2,4 bzw. -2 Prozent). Die Metallerzeuger und Metallbearbeiter verzeichneten Rückgänge von 2,5 Prozent. Die Abnahmen in der Chemischen Industrie lagen bei 0,3 Prozent. Dagegen stieg die Zahl der Beschäftigten im Maschinenbau sowie in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie (+1,8 bzw. +2,1 Prozent). Auch die Hersteller von Metall-

erzeugnissen zählten mehr Personal (+1,5 Prozent).

Im Juli 2024 stiegen die Umsätze der Industriebetriebe im Vergleich zum Vorjahresmonat geringfügig um 0,2 Prozent auf 8,4 Milliarden Euro. Während die Umsätze aus dem Ausland um 0,8 Prozent abnahmen, wurde im Inland 1,5 Prozent mehr umgesetzt. Zum Vergleich: Deutschlandweit nahmen die Erlöse um 1,4 Prozent zu. Die Auslandsumsätze stiegen um 2,1 Prozent und die Inlandsumsätze um 0,7 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,3 Prozent auf 262 000 (Deutschland: -0,5 Prozent). Ohne die Definitionsausweitung in der Druckindus-

trie läge die Zahl der Beschäftigten um 1,3 Prozent niedriger.

Weniger Auftragseingänge, steigende Umsätze im Bauhauptgewerbe

Bei den Betrieben des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes gingen im Juli 2024 weniger Aufträge ein als im Juni. Das Ordervolumen schrumpfte kalender- und saisonbereinigt um 18 Prozent. Die baugewerblichen Umsätze stiegen hingegen. Sie lagen um 6,9 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Gegenüber dem Vorjahresmonat nahmen die kalenderbereinigten Auftragseingänge in jeweiligen Preisen um 3,5 Prozent zu. Auch die baugewerblichen Umsätze stiegen um 6,9 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Jul 2024		Jan bis Jul 2024
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Jun 2024	Jul 2023	Jan bis Jul 2023
Auftragseingang	-18,1 % ↓	3,5 % ↑	-3,9 % ↓
Hochbau insgesamt	8,4 % ↑	-5,1 % ↓	-15,5 % ↓
Wohnungsbau	32,6 % ↑	-4,8 % ↓	-17,1 % ↓
Gewerblicher Hochbau	/	9,7 % ↑	-30,2 % ↓
Öffentlicher Hochbau	0,8 % ↗	-35,7 % ↓	30,9 % ↑
Tiefbau insgesamt	-29,1 % ↓	10,1 % ↑	6,2 % ↑
Gewerblicher Tiefbau	-10,1 % ↓	-15,0 % ↓	-12,5 % ↓
Straßenbau	-41,1 % ↓	37,2 % ↑	31,5 % ↑
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-12,9 % ↓	1,1 % ↗	-9,6 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	6,9 % ↑	4,7 % ↑	0,4 % ↗
Hochbau insgesamt	0,4 % ↗	-6,9 % ↓	-8,8 % ↓
Wohnungsbau	-11,6 % ↓	-22,0 % ↓	-22,3 % ↓
Gewerblicher Hochbau	7,2 % ↑	-2,8 % ↓	-4,9 % ↓
Öffentlicher Hochbau	5,5 % ↑	18,1 % ↑	14,9 % ↑
Tiefbau insgesamt	11,8 % ↑	13,7 % ↑	9,3 % ↑
Gewerblicher Tiefbau	27,4 % ↑	15,6 % ↑	11,0 % ↑
Straßenbau	11,1 % ↑	21,1 % ↑	8,2 % ↑
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	-2,0 % ↓	-1,9 % ↘	9,2 % ↑

/ Keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug

¹ Vergleich mit dem Vormonat: endgültige kalender- und saisonbereinigte Werte. Vergleich mit dem Vorjahresmonat und dem Vorjahreszeitraum: endgültige kalenderbereinigte Werte.

werblichen Umsätze waren höher als im Juli 2023 (+4,7 Prozent).

Der Rückgang der Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat resultiert aus der Entwicklung im Tiefbau. Im Juli 2023 erhielten die Betriebe im Tiefbau 29 Prozent weniger Bestellungen als im Juni. Alle drei Teilbereiche des Tiefbaus mussten Einbußen verkraften. Im Straßenbau betrug das Minus 41 Prozent, aufgrund eines Großauftrags im Vormonat allerdings ausgehend von einem außergewöhnlich hohen Niveau. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau gingen 13 Prozent weniger Aufträge ein als im Juni und

im gewerblichen Tiefbau verringerte sich die Nachfrage um zehn Prozent. Im Hochbau liefen die Geschäfte besser: Der bereinigte Auftragseingangsindex stieg um 8,4 Prozent. Insbesondere im Wohnungsbau legten die Bestellungen kräftig zu (+33 Prozent). Im öffentlichen Hochbau gab es geringere Zuwächse (+0,8 Prozent). Auch im gewerblichen Hochbau erhöhte sich das Ordervolumen nur leicht.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnete der Tiefbau einen Anstieg der kalenderbereinigten Auftragseingänge um zehn Prozent. Im

Hochbau war die Nachfrage 5,1 Prozent niedriger als im Juli 2023.

Die baugewerblichen Umsätze lagen im Juli 2024 sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau über dem Niveau des Vormonats. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Erlöse im Tiefbau um zwölf Prozent zu. Die größte Umsatzsteigerung verzeichnete der gewerbliche Tiefbau (+27 Prozent). Der Straßenbau erzielte elf Prozent höhere Erlöse als im Juni. Nur im sonstigen öffentlichen Tiefbau gingen die Umsätze zurück (-2 Prozent). Im Hochbau stiegen die Erlöse leicht um 0,4 Prozent. Zwei der drei Teilbereiche steigerten ihre Umsätze: Im gewerblichen Hochbau lagen die Erlöse um 7,2 Prozent und im öffentlichen Hochbau um 5,5 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Rückläufig waren die Erlöse im Wohnungsbau (-12 Prozent).

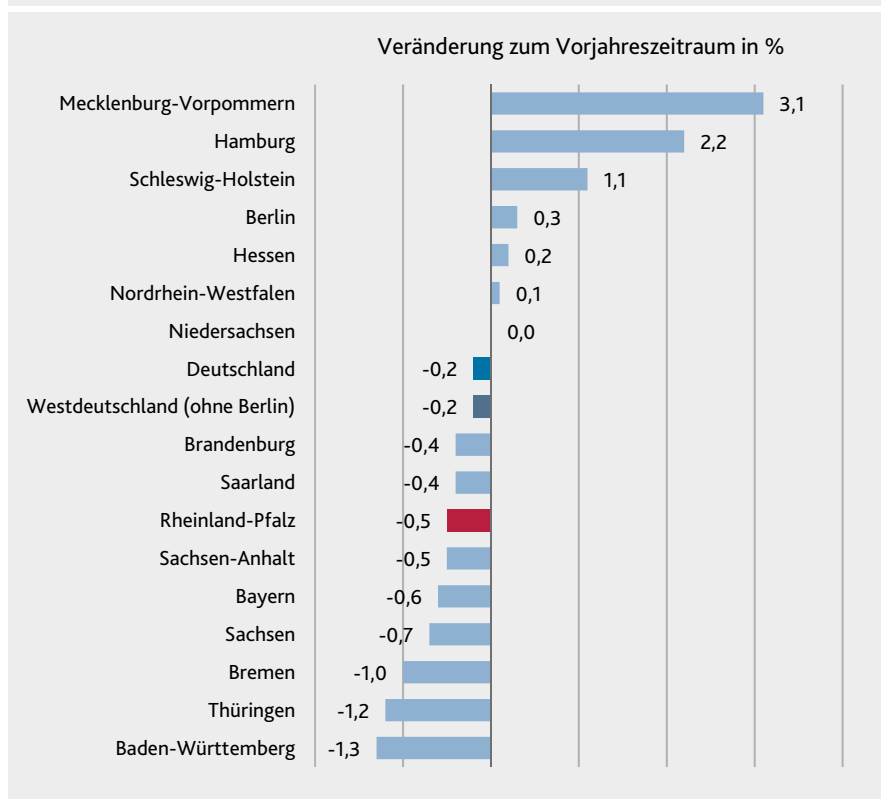
Gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchte der Tiefbau im Juli 2024 ein Umsatzplus von 14 Prozent. Im Hochbau waren die kalenderbereinigten Erlöse hingegen 6,9 Prozent geringer als im Juli 2023.

Bruttoinlandsprodukt sinkt im ersten Halbjahr um 0,5 Prozent

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2024 gesunken. Preisbereinigt war die Wirtschaftsleistung 0,5 Prozent niedriger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Das ist im Ländervergleich Platz zehn. Im Bundesdurchschnitt nahm die Wirtschaftsleistung



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2024 nach



um 0,2 Prozent ab (Westdeutschland ohne Berlin: ebenfalls –0,2 Prozent).

Die noch immer relativ hohen Preissteigerungen spiegeln sich in dem Abstand zwischen nominaler und realer Entwicklung wider: In jeweiligen Preisen erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz um drei Prozent (Deutschland: +3,6 Prozent; Westdeutschland ohne Berlin: +3,5 Prozent). Die Angaben basieren auf einer ersten, vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Die Industrie, die in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Deutschland ein leicht überdurchschnittliches Gewicht hat,

leistete den größten Beitrag zur negativen und im Bundesvergleich unterdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung. Der Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe mit 50 und mehr Beschäftigten nahm gegenüber den ersten sechs Monaten 2023 in jeweiligen Preisen trotz steigender Preise um 7,5 Prozent ab (Deutschland: –4,8 Prozent). Die Auslandsumsätze sanken mit –7,5 Prozent fast genauso stark wie die Inlandsumsätze mit –7,6 Prozent (Deutschland: –3,8 bzw. –5,9 Prozent).

Acht der zehn umsatzstärksten Branchen erzielten geringere Erlöse als im ersten Halbjahr 2023. Den größten Umsatzrückgang verzeichnete die Herstellung von Kraftwa-

gen und Kraftwagenteilen mit einem Minus von 19 Prozent (Deutschland: –4,7 Prozent). Die umsatzstärkste Branche in Rheinland-Pfalz, die Chemische Industrie, büßte 6,7 Prozent ihrer Erlöse ein (Deutschland: –4,9 Prozent). Positive Entwicklungen gab es im ersten Halbjahr 2024 hingegen in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+5,3 Prozent; Deutschland: –2,1 Prozent) sowie in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+1,2 Prozent; Deutschland: –5,6 Prozent).

Innerhalb des Baugewerbes hat sich die Umsatzentwicklung im Ausbau-gewerbe im ersten Halbjahr günstig entwickelt. Die Erlöse nahmen in Rheinland-Pfalz gegenüber dem ersten Halbjahr 2023 in jeweiligen Preisen um 16 Prozent zu (Deutschland: +4 Prozent). Im Bauhauptgewerbe sanken die Umsätze in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten dagegen um 1,3 Prozent (Deutschland: –1 Prozent). Wachstumsimpulse kamen aus dem Tiefbau (+7,7 Prozent) und dort insbesondere aus dem „gewerblichen und industriellen Tiefbau, Bahn und Post“ sowie dem sonstigen öffentlichen Tiefbau. Im Hochbau gingen die Umsätze dagegen um zehn Prozent zurück. Dort stand einem kräftigen Plus im öffentlichen Hochbau ein Einbruch im Wohnungsbau gegenüber. Allerdings ist zu beachten, dass auch die Preise für Bauleistungen erheblich gestiegen sind. Das Baugewerbe trägt fast sieben Prozent zur rheinland-pfälzischen Wertschöpfung bei.



Der Dienstleistungssektor, der knapp zwei Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, verzeichnete im ersten Halbjahr 2024 ein Plus bei der Wertschöpfung.

Deutlich mehr Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz ist im ersten Halbjahr 2024 stark gestiegen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stellten 431 Unternehmen einen Insolvenzantrag in Rheinland-Pfalz; das waren rund 31 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (330). Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag mit 1 487 Anträgen knapp unter der Zahl des ersten Halbjahres 2023.

Durch die beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres fast 4 300 Arbeitsplätze in Gefahr.

Das Gesamtvolumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lag bei 672 Millionen Euro und somit 22 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum; das waren rund 1,6 Millionen Euro je insolventem Unternehmen.

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe mit 84 Anträgen, 2,4 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es folgten die Wirtschaftsabschnitte „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 75 Anträgen (+67 Prozent) sowie der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen Arbeiten“ mit 52 Fällen – das waren etwa doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum.

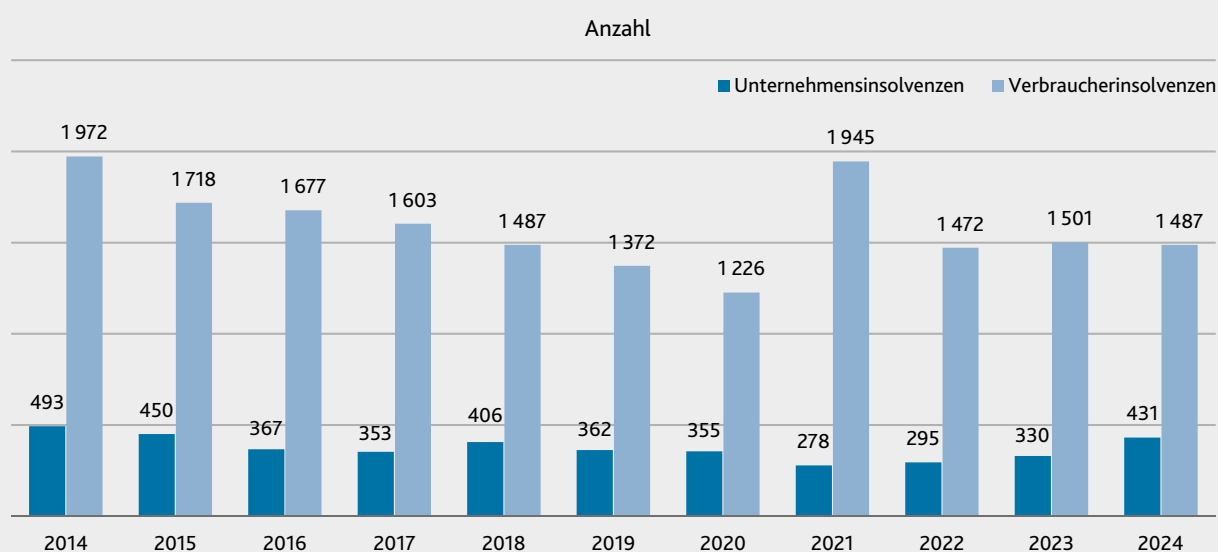
Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, lag im Land

bei 3,0. In den kreisfreien Städten (3,5) war sie höher als in den Landkreisen (2,7). Den höchsten Wert verzeichnete mit 7,0 die kreisfreie Stadt Pirmasens, den niedrigsten der Landkreis Alzey-Worms mit 1,0.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank im ersten Halbjahr 2024 um knapp ein Prozent auf 1 487 Fälle. Die Summe der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lag mit 75,1 Millionen Euro in etwa auf dem Niveau des Vorjahreszeitraumes.

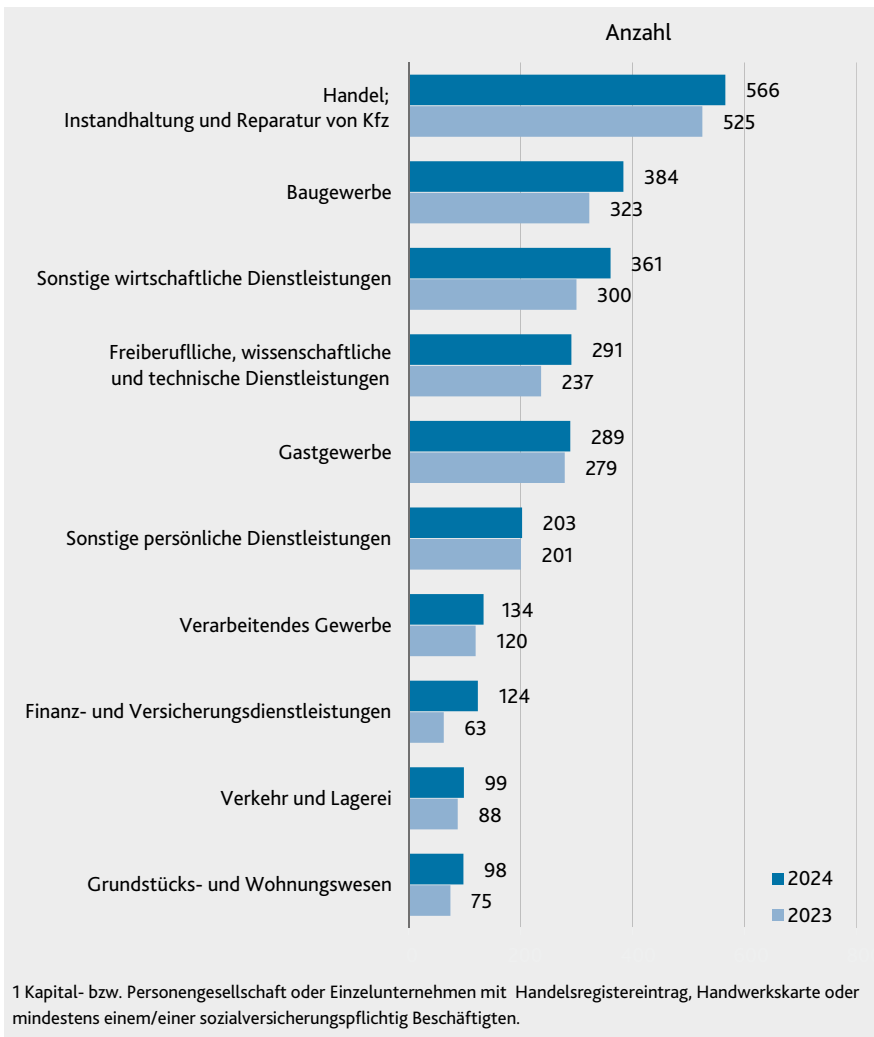
Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete in den ersten sechs Monaten die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 12,7. Den niedrigsten Wert wies der Landkreis Trier-Saarburg mit 1,2 auf. Der Durchschnitt lag in den kreisfreien Städten bei 4,9 und in den Landkreisen bei 3,1.

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2014–2024





Betriebsgründungen¹ im 1. Halbjahr 2023 und 2024 nach ausgewählten



Weniger Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen im ersten Halbjahr

Im ersten Halbjahr 2024 wurden in Rheinland-Pfalz rund 18 300 Gewerbe angemeldet. Das waren 2,8 Prozent weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Gewerbeabmeldungen um zwei Prozent auf rund 15 700 zurück, sodass 2 540 Gewerbeanmeldungen mehr eingegangen sind als -abmeldungen.

Die Zahl der Betriebsgründungen, zu denen alle Neugründungen von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung gehören, ist mit fast 2 900 in den ersten sechs Monaten des Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen (+16 Prozent).

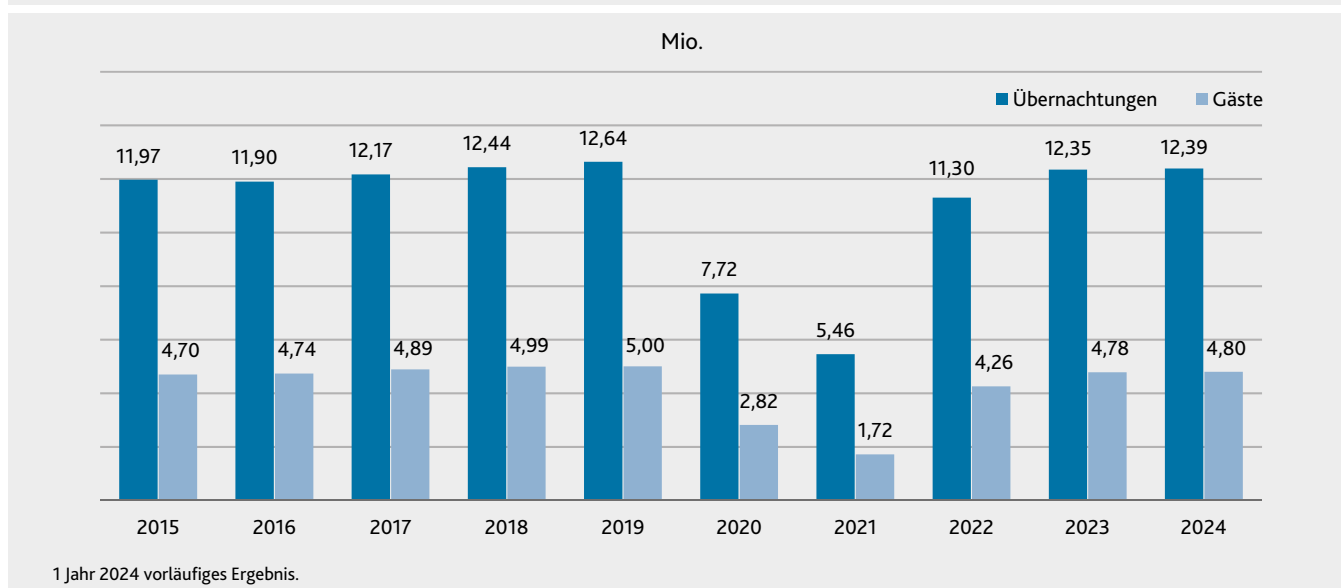
Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit knapp 20 Prozent. Den zweit-

höchsten Anteil stellte mit 13,4 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“, gefolgt von den „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit 12,6 Prozent.

Den höchsten Wert unter den kreisfreien Städten bei den Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichte die Stadt Speyer mit 12,3. Es folgten die Städte Worms mit 11,6 und Landau mit 11,5. Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten verzeichnete Pirmasens mit 6,6. Unter den Landkreisen wies der Landkreis Cochem-Zell mit 16,8 den höchsten Wert auf, der Kreis Trier-Saarburg mit 1,8 den niedrigsten.

Im ersten Halbjahr 2024 gab es insgesamt gut 12 400 sonstige Neugründungen. Das waren rund 5,4 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der gegründeten Kleinunternehmen im Haupterwerb fiel deutlich um 18 Prozent auf 4 357, die im Nebenerwerb stieg hingegen um 3,2 Prozent auf 8 084. Daneben gab es noch fast 3 000 weitere Gewerbeanmeldungen aus Umwandlungen, Zuzügen und Übernahmen.

Die Zahl der Betriebsaufgaben stieg im ersten Halbjahr 2024 um 20 Prozent auf fast 2 400. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2023 verringerte sich die Zahl der sonstigen Stilllegungen um sechs Prozent auf rund 10 400. Davon waren knapp 4 800 Kleinunternehmen im Haupterwerb (–4 Prozent) und gut 5 600 im Nebenerwerb (–7,7 Prozent).

Übernachtungen und Gäste von Januar bis Juli 2015–2024¹

Tourismus mit leichten Zuwächsen

Die Tourismusbetriebe in Rheinland-Pfalz verbuchten von Januar bis Juli 2024 mehr Gäste und Übernachtungen als im Vergleichszeitraum 2023. Die Gästezahl lag bei 4,8 Millionen und überstieg das Vorjahresergebnis um 0,4 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen nahm um 0,3 Prozent auf 12,4 Millionen zu. Gegenüber dem Vor-Corona-Niveau 2019 lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen niedriger (–4 bzw. –2 Prozent).

Nicht alle Tourismusregionen verbuchten ein höheres Gäste- und Übernachtungsaufkommen. Steigende Besucher- und Übernachtungszahlen gab es in der Region Pfalz (Gäste: +1,2 Prozent; Übernachtungen: +1,7 Prozent). Auch in Rheinhessen stieg das touristische Aufkommen (Gäste: +4,5 Prozent; Übernachtungen: +3,8 Prozent). Die Zunahmen

bei den Gäste- und Übernachtungszahlen in der Region Naheland lagen, ausgehend von einem niedrigen Ausgangsniveau, bei 7,5 bzw. 5,2 Prozent. Die höheren Zuwächse in der Eifel sind vor allem auf vorübergehende Betriebsschließungen im Vorjahr zurückzuführen (Gäste: +7,7 bzw. Übernachtungen: +9,2 Prozent). In der Region Ahr schreitet der Aufbauprozess nach der Hochwasserkatastrophe 2021 mit +12 Prozent bei den Gästezahlen und +23 Prozent bei den Übernachtungen voran. Allerdings zeigen sich noch deutliche Abweichungen zum Vor-Corona-Niveau 2019 (Gäste: –45 Prozent; Übernachtungen: –44 Prozent). Ein rückläufiges Tourismusaufkommen verbuchten die Regionen Mosel-Saar (Gäste: –6,5 Prozent; Übernachtungen: –7,7 Prozent) sowie das Mittelrheintal (Gäste: –2 Prozent; Übernachtungen: –2,6 Prozent). Auch der

Hunsrück (Gäste: –3,6 Prozent; Übernachtungen: –3,4 Prozent) sowie das Lahntal (Gäste: –3,3 Prozent; Übernachtungen: –0,1 Prozent) zählten weniger Gäste und Übernachtungen. Die Region Westerwald registrierte mehr Gäste (+1,8 Prozent), aber weniger Übernachtungen (–3,6 Prozent).

Nur in vier der zehn Betriebsarten stiegen die Übernachtungszahlen. Die Hotel garnis verbuchten mit +0,4 Prozent nur geringe Zuwächse. In den Jugendherbergen und Hütten lagen die Zunahmen bei 3,8 Prozent. Ausgehend von einem niedrigeren Niveau stiegen die Übernachtungszahlen bei den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken um 6,5 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen in den Ferienzentren nahm um 20 Prozent zu; dieser Zuwachs ist vorrangig durch Betriebe zu erklären, die im vergangenen Jahr einige Monate lang geschlossen waren. Die Hotels



als beliebteste Unterkunftsart meldeten 0,9 Prozent weniger Übernachtungen. Bei den Camping- und Reisemobilplätzen gingen diese um 7,2 Prozent zurück. Eine geringere Zahl an Übernachtungen gab es auch bei den Pensionen und Gasthöfen (–3,3 bzw. –9,4 Prozent). Die Ferienhäuser und Ferienwohnungen lagen knapp unter den Ergebnissen des Vorjahres (–0,1 Prozent).

Die Zahl der Gäste aus dem Inland stieg von Januar bis Juli um 0,3 Prozent auf 3,9 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste lag bei 9,8 Millionen (+0,6 Prozent). Aus dem Ausland kamen 932 000 Gäste, das waren 1,1 Prozent mehr als in den ersten sieben Monaten des Vorjahres; sie buchten allerdings

0,6 Prozent weniger Übernachtungen (2,6 Millionen).

Im Juli verbuchten die Tourismusbetriebe geringere Gäste- und Übernachtungszahlen als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher sank um 2,4 Prozent auf 943 000. Die Zahl der Übernachtungen ging um 1,6 Prozent auf 2,6 Millionen zurück.

Leichter Anstieg der Reallöhne im zweiten Quartal

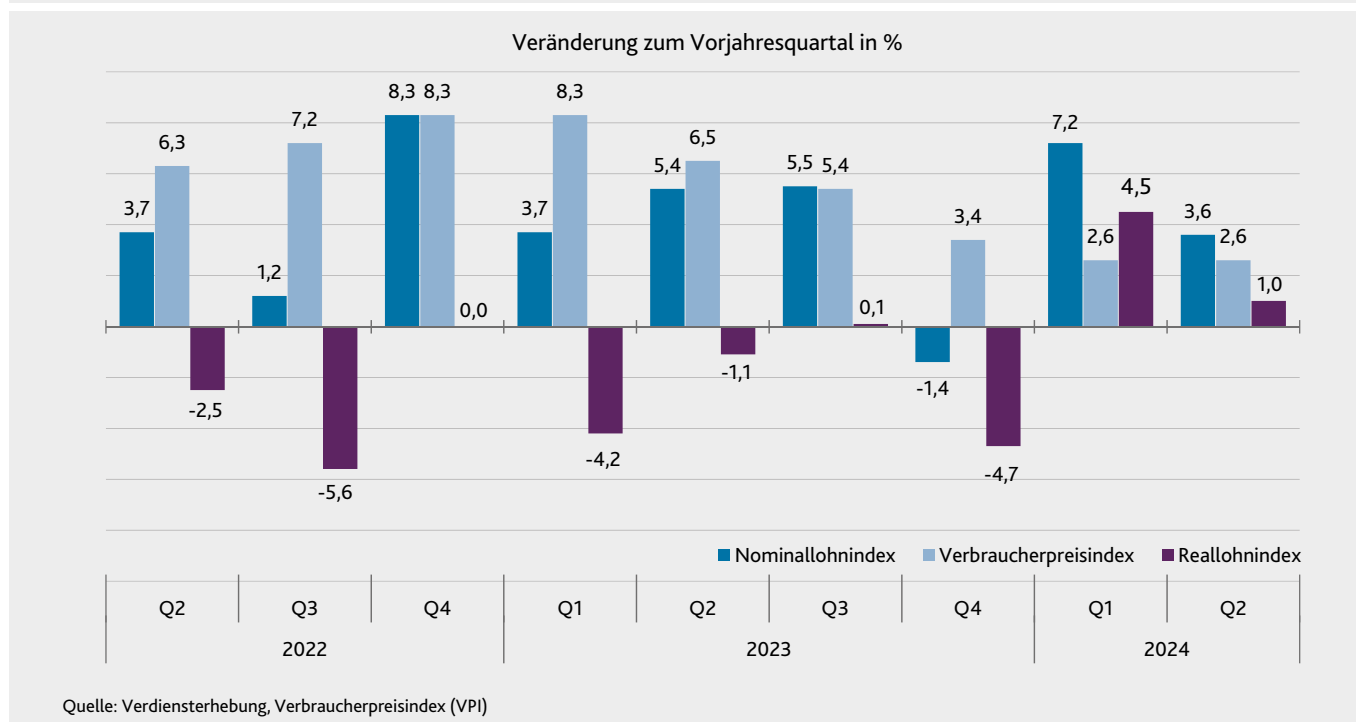
In Rheinland-Pfalz erhöhten sich die Reallöhne, d. h. die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, im zweiten Quartal 2024 im Vergleich zum Vorjahresquartal leicht um ein Prozent. Der Zuwachs des Reallohnindex fiel damit niedriger aus als im

ersten Quartal des Jahres 2024, als er bei +4,5 Prozent lag.

Der Reallohnindex wird errechnet, indem die Entwicklung der nominalen Bruttomonatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) der Entwicklung der Verbraucherpreise gegenübergestellt wird. Er gibt somit Aufschluss über die Kaufkraft der Beschäftigten.

Die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter, die sogenannten Nominallöhne, waren im zweiten Quartal 2024 um 3,6 Prozent höher als im Vorjahresquartal. Dazu dürften neben dem Inkrafttreten höherer Tarifabschlüsse auch Auszahlungen der Inflationsausgleichsprämie beigetragen haben. Bei der Inflationsausgleichsprämie handelt es sich um

Nominallohnindex, Verbraucherpreisindex und Reallohnindex 2022–2024 nach Quartalen





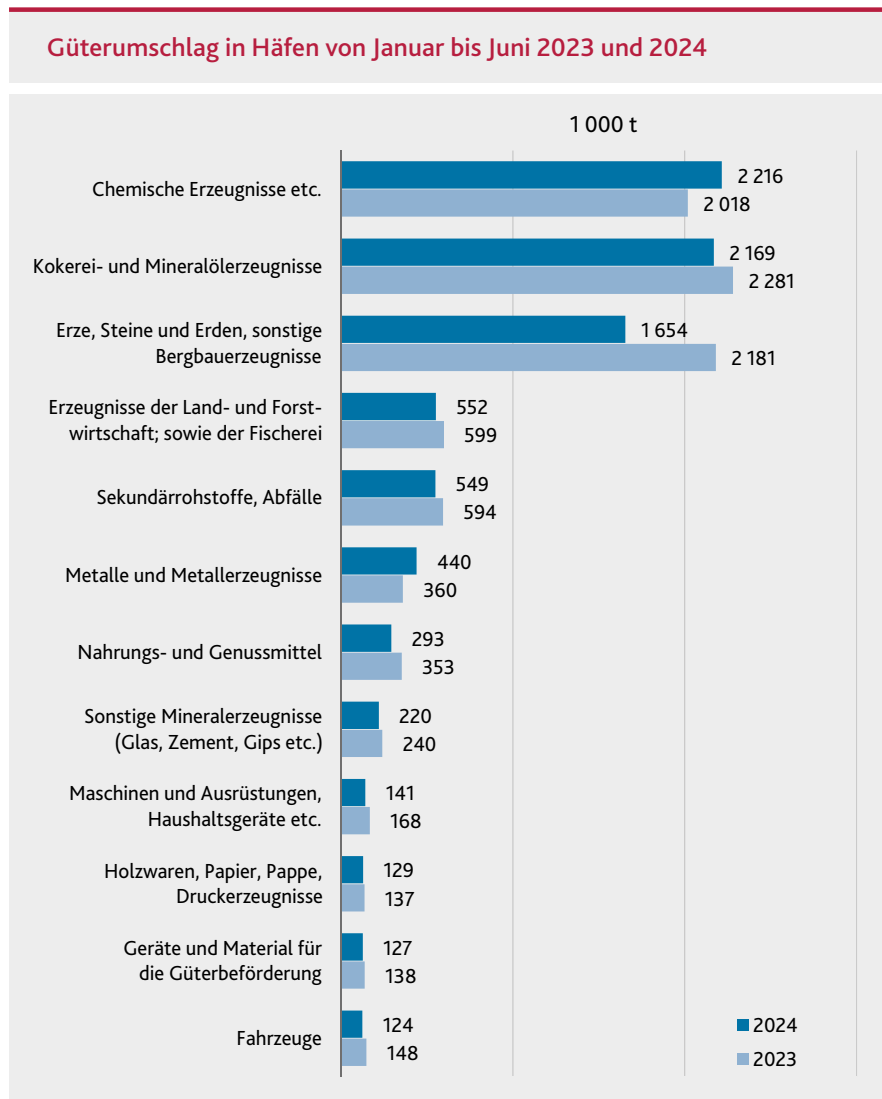
eine freiwillige Leistung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die diese im Zeitraum vom 26. Oktober 2022 bis zum 31. Dezember 2024 ihren Beschäftigten steuer- und abgabenfrei bis zu einer Höhe von 3 000 Euro gewähren können. Die Inflationsausgleichsprämie wird in der Verdienststatistik als Bestandteil des Gesamtbruttoentgelts miterfasst.

Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich verzeichneten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Anstieg der Nominallöhne von +1,5 bzw. +4,7 Prozent. Bei der Betrachtung nach Beschäftigungsart profitierten Vollzeitbeschäftigte (+3,5 Prozent) und Teilzeitbeschäftigte (+4,4 Prozent) stärker als geringfügig Beschäftigte (+2,1 Prozent).

Die nominalen Verdienste stiegen im selben Zeitraum stärker als die Verbraucherpreise, die – wie auch im ersten Quartal 2024 – 2,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresquartals lagen. Das führte im zweiten Quartal zu einem Reallohnwachstum, das jedoch niedriger als im ersten Quartal ausfiel.

Güterumschlag fällt auf den niedrigsten Stand der vergangenen zehn Jahre

Im ersten Halbjahr 2024 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen weniger Fracht umgeschlagen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten einen Güterumschlag von rund 9,5 Millionen Tonnen. Das waren



530 000 Tonnen bzw. 5,3 Prozent weniger als im ersten Halbjahr des Vorjahres und der niedrigste Stand der zurückliegenden zehn Jahre.

Der Güterempfang ging um 4,2 Prozent auf 5,5 Millionen Tonnen, der Versand um 6,8 Prozent auf vier Millionen Tonnen zurück.

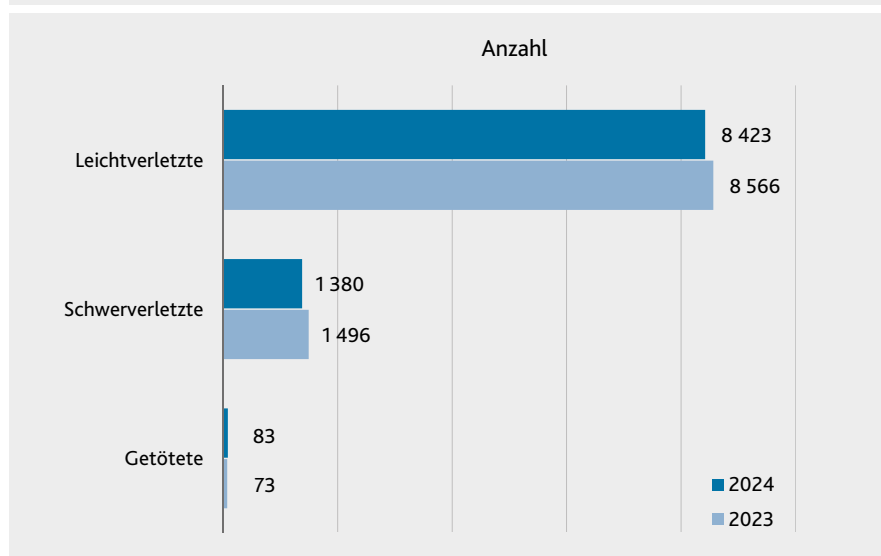
Die höchste Umschlagmenge entfiel mit über 2,2 Millionen Tonnen auf die Abteilung „Chemische Erzeugnisse“ – ein Zuwachs von rund zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Es folgten die „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“ mit knapp 2,2 Millionen Tonnen (–5 Prozent) sowie „Erze, Steine und Erden und sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit rund 1,7 Millionen Tonnen (–24 Prozent).

Mit einem Güterumschlag von gut 2,8 Millionen Tonnen (+1,3 Prozent) und einem Anteil von 30 Prozent am Gesamtumschlag des ersten Halbjahres ist der Hafen in Ludwigshafen nach wie vor der größte in Rheinland-Pfalz. Auf Platz zwei



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juli 2023 und 2024



liegt der Hafen Mainz mit einem Güterumschlag von 1,5 Millionen Tonnen (-11 Prozent), auf Platz drei der Hafen Andernach mit einem Umschlag von 1,3 Millionen Tonnen (+1 Prozent). Den größten prozentualen Zuwachs mit +48 Prozent verzeichnete der Hafen in Germers-

heim, der einen Güterumschlag von 0,5 Millionen Tonnen aufwies.

Mehr Todesopfer im Straßenverkehr

In den ersten sieben Monaten des Jahres ereigneten sich in Rheinland-Pfalz etwa so viele Straßenverkehrs-

unfälle wie im Vorjahreszeitraum. Dabei verloren 83 Menschen ihr Leben – zehn Personen bzw. knapp 14 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2023.

Die Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz erfassten von Januar bis Juli 2024 insgesamt 80 360 Verkehrsunfälle. Davon waren 7 763 Unfälle mit Personenschaden – ein Rückgang um 87 bzw. 1,1 Prozent. Nur Sachschaden entstand bei 72 597 Unfällen; das waren 135 Unfälle bzw. 0,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Insgesamt verunglückten in den ersten sieben Monaten des Jahres 9 886 Personen im Straßenverkehr in Rheinland-Pfalz. Neben dem Anstieg der Zahl der Getöteten meldeten die Polizeidienststellen einen Rückgang der Zahl der Schwerverletzten um 7,8 Prozent auf 1 380 und einen Rückgang der Zahl der Leichtverletzten um 1,7 Prozent auf 8 423.

Statistischer Landesausschuss: Analyse- und Veröffentlichungsplattform MATS, Zensus, Wahlen und Kommunalen Finanzausgleich

Das Projekt MATS – Modernes Analyse Tool Statistik – mit dem das Statistische Landesamt künftig seine Daten präsentieren und Kunden passgenaue Auswertungen liefern wird, ist von der Pilot- in die Umsetzungsphase gegangen. Präsident Marcel Hürter stellte dem Statistischen Landesausschuss bei dessen 58. Tagung in Bad Ems die Produktstrategie vor und gab einen Einblick in die Werkstatt des Großprojekts, das gemeinsam mit den Statistikämtern Nord (Hamburg und Schleswig-Holstein) sowie Berlin und Brandenburg umgesetzt wird.

Man sei in nur anderthalb Jahren gemeinsam einen riesigen Schritt in Richtung einer digitalen Produktwelt mit vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten gegangen. Neben Standardveröffentlichungen, die auf den Webseiten der beteiligten Ämter für jedermann zugänglich sind, wird es Spezialanwendungen für Fachleute geben. Als Beispiel präsentierte Hürter Auswertungen aus der Krankenhaus-Diagnosestatistik. „Mit wenigen Klicks lassen sich regionale Muster bestimmter Erkrankungen erkennen“, so Hürter. Es gebe zahlreiche Erhebungen mit einer großen fachlichen und regionalen Tiefe, die sich in einfachen Tabellen, wie sie bisher Standard sind, nur unzureichend abbilden lassen. „Mit MATS werden wir den Datenschatz für die Nutzerinnen und Nutzer interaktiv und einfach zugänglich machen“, machte Hürter deutlich.

Die Qualität der Ergebnisse des Zensus 2022 bleiben für Rheinland-Pfalz hinter den Vorgaben des Bundesgesetzgebers und den Erwartungen des Statistischen Landesamtes zurück. Als Gründe dafür nannte Hürter neben den Herausforderungen durch Corona und den starken Zuzug aus der Ukraine während der Erhebungsphase auch die kleinteilige Kommunalstruktur des Landes. Die rund 2300 selbstständigen Kommunen seien mit dem vorgegebenen Stichprobenumfang des Zensus 2022 nur unzulänglich abgebildet worden.

Zugleich verwies Hürter darauf, dass die Zahlen des Zensus und der darauf aufbauenden Bevölkerungsfortschreibung

in Rheinland-Pfalz – anders als in den anderen Bundesländern – nur sehr geringe Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen habe; der kommunale Finanzausgleich oder die Besoldung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern richte sich nach den Zahlen aus den Einwohnermelderegistern. Dennoch habe sich das Statistische Landesamt wegen des Verfehlens der angestrebten Qualität dazu entschieden, das formelle Prozedere zur Festsetzung der Einwohnerzahlen in einem zweistufigen Verfahren zu vollziehen. Vor der förmlichen Feststellung findet eine Anhörung der rheinland-pfälzischen Städte und Gemeinden statt.

Das Büro des Landeswahlleiters und die IT-Abteilung des Statistischen Landesamtes waren rund um die Europawahl und die Kommunalwahlen stark gefordert. Aufgrund der Komplexität und der Vielzahl von Wahlen, neuer IT-Systeme sowie eines erkennbaren personellen Umbruchs in den Kommunen – erfahrenes Personal ist in den Ruhestand getreten, die Nachfolgenden müssen in die neue Aufgabe hineinwachsen – gab es einen sehr hohen Beratungsbedarf. Trotz neuer IT-Verfahren verliefen die Wahlen technisch ohne größere Probleme.

Im Nachgang der Europawahl sorgte, wie schon bei der zurückliegenden Bundestagswahl, die Auszählung der Briefwahlstimmen auf Kreis- bzw. Verbandsgemeindeebene für Irritationen. Dadurch konnten für die Ortsgemeinden nur die Urnenwahlergebnisse dargestellt werden; wegen der teilweise unterschiedlichen Parteienpräferenzen von Brief- und Urnenwählern wurden die Ergebnisse in manchen Ortsgemeinden als verzerrt wahrgenommen. „Dieses Phänomen tritt wegen der kleinteiligen Gemeindestruktur so nur in Rheinland-Pfalz auf; daher ist es wenig wahrscheinlich, dass der Bundesgesetzgeber hier etwas ändert“, erläuterte Hürter unter Verweis auf entsprechende Vorstöße bei der Bundeswahlleiterin und dem Bundesinnenministerium. Es sei aber auch keine Option, die Gemeindeergebnisse nicht darzustellen. „Die gezeigten Ergebnisse bilden in der Tendenz durchaus das Wählerverhalten ab“, so Hürter.

Zwei von sechs Phasen zur Einführung eines integrierten Systems zur Umsetzung des reformierten Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) sind abgeschlossen. Damit sind die gesetzlichen Vorgaben umgesetzt. Phase drei, die Bereitstellung der Datengrundlage für gesetzliche Aufgaben der Kommunen, ist in Arbeit. Die Fertigstellung des Projekts, das das Statistische Landesamt im Auftrag des Finanz- und des Innenministeriums umsetzt, ist für Ende 2026 vorgesehen; bis dahin soll ein neues, integriertes System aufgebaut und das Altsystem abgelöst werden. „Mit der vom Verfassungsgerichtshof geforderten Neuordnung des KFA hin zu einem bedarfsorientierten Ausgleichssystem hat sich die Komplexität des Verfahrens erhöht“, erläuterte Hürter. Solche Projekte seien auch mit Blick auf die personellen Ressourcen

nur noch mit externer Unterstützung zu realisieren. Daher arbeite das Statistische Landesamt beim KFA mit einem Rahmenvertragspartner des Landes zusammen; das sei für den Fachbereich Finanzen und die hauseigene IT-Abteilung mit großen Herausforderungen verbunden, bringe aber auch wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung des Amtes.

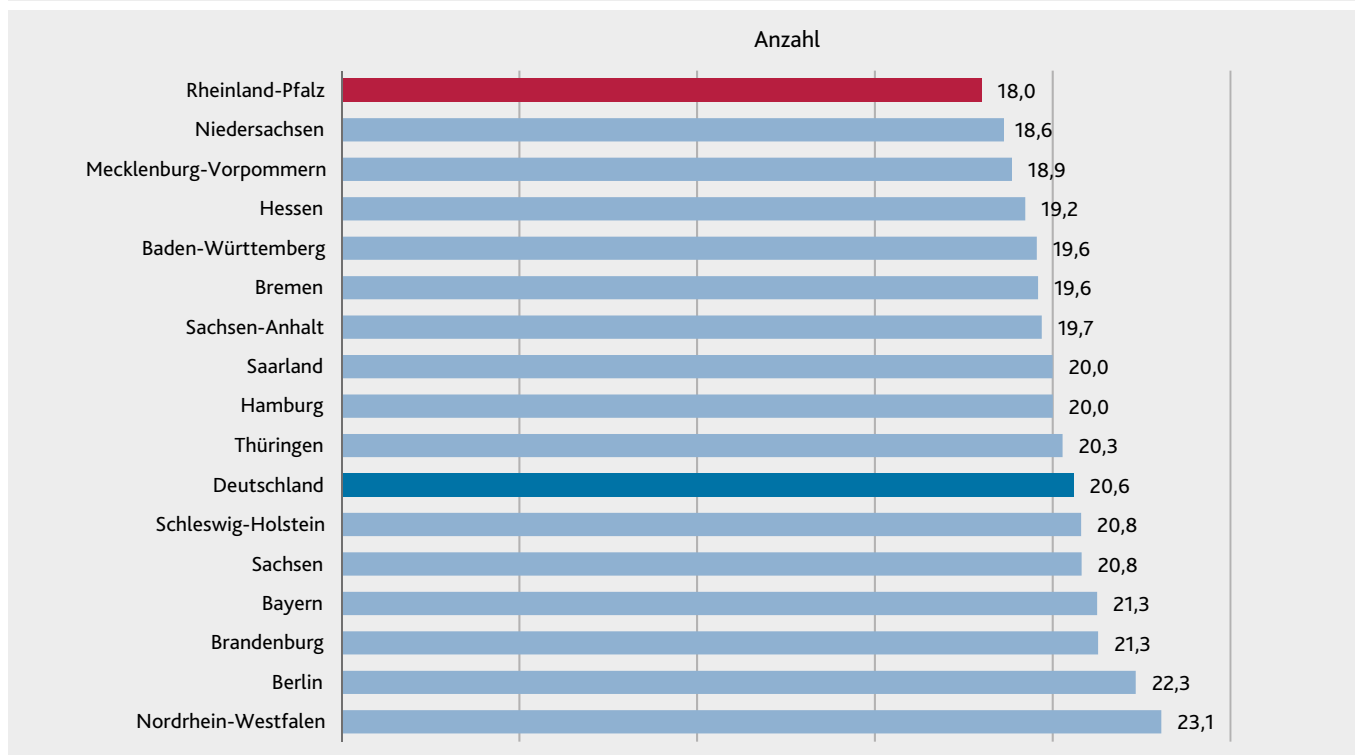
Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Rechnungshofes, des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, der Gewerkschaften sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr.

Aktueller Kennzahlenband zu ausgewählten Bildungsindikatoren im Bundeslandvergleich erschienen

Mit durchschnittlich 18 Kindern pro Klasse wurden in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer die kleinsten Grundschulklassen gebildet. Das ist eines der Ergebnisse der im September erschienen Veröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Länder-

vergleich“. Der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Kennzahlenband ergänzt die OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ und präsentiert die internationalen Bildungsindikatoren auf Ebene der Bundesländer.

Schüler/-innen je Klasse in der Primarstufe 2022 nach Bundesländern





Obwohl Rheinland-Pfalz mit vergleichsweise kleinen Klassen gute Lehr- und Lernbedingungen in der Primarstufe ermöglicht, lag die Klassengröße in der Sekundarstufe I mit etwa 23 Schülerinnen und Schülern pro Klasse vergleichsweise hoch. Nur in Nordrhein-Westfalen wurden größere Klassen gebildet.

Rund 12 200 Euro wurden 2021 in Rheinland-Pfalz pro Kind im Elementarbereich ausgegeben. Damit lagen die Ausgaben etwa 600 Euro über dem Bundesdurchschnitt. Vergleichsweise gering fielen hingegen die Ausgaben für Schulen und hochschulische Bildungseinrichtungen aus: Für Grundschulen und andere Einrichtungen des Primarbereichs wurden 8 700 Euro je Kind, in weiterführenden Schulen (Sekundarbereich) 11 500 Euro je Schülerin bzw. Schüler und in Hochschulen und anderen tertiären Bil-

dungseinrichtungen jeweils 13 300 Euro pro Studierenden ausgegeben. Die Ausgaben im Primarbereich lagen damit rund 300 Euro, im Sekundarbereich 500 Euro und im tertiären Sektor 2 100 Euro unter dem Bundesdurchschnitt.

Weitere nationale Vergleiche zentraler Aspekte des Bildungswesens finden sich in der Publikation „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. Die Veröffentlichung kann auf dem Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder kostenfrei als PDF-Datei heruntergeladen werden:

www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/internationale-bildungsindikatoren-im-laendervergleich-ausgabe-2024





Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im September 2024

Die Inflation schwächte sich im September 2024 weiter ab. Der Verbraucherpreisindex lag 1,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Inflationsrate sank damit erstmals seit April 2021 unter den Zielwert der Europäischen Zentralbank. Im August hatte sie +2,1 Prozent betragen.

Die Energiepreise haben weiterhin einen dämpfenden Einfluss auf die Preisentwicklung; sie verringerten sich binnen Jahresfrist um 6,7 Prozent. Für Strom und für feste Brennstoffe mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 5,1 bzw. 4,6 Prozent weniger zahlen als ein Jahr zuvor. Die Nahrungsmittelpreise erhöhten sich um 1,8 Prozent. Am stärksten zogen die Preise für Speisefette und Speiseöle an (+17 Prozent). Gemüse wurde dagegen günstiger angeboten (-2,1 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag im September wie im August 2024 bei +2,8 Prozent. Deutliche

Unterschiede gab es bei der Entwicklung der Preise für Waren und für Dienstleistungen: Während sich Waren innerhalb eines Jahres um 0,3 Prozent verbilligten, stiegen die Preise für Dienstleistungen um 4,1 Prozent.

In neun der zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex war das Preisniveau höher als im Vorjahresmonat. Die größten Preissteigerungen gab es bei Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen (+6,6 Prozent). Günstiger angeboten wurden Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Verkehr“ (-2,1 Prozent).

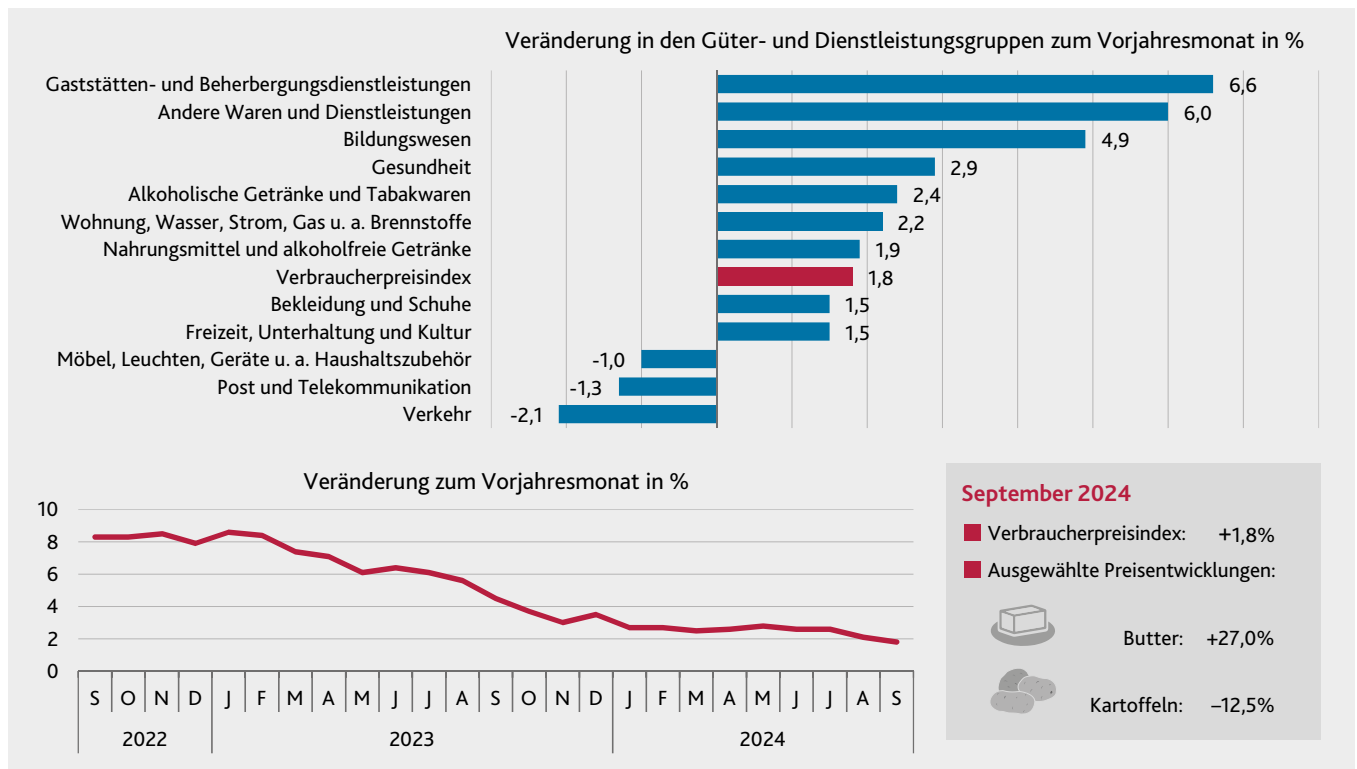
Gegenüber dem Vormonat blieb der Verbraucherpreisindex unverändert. In sechs der zwölf Abteilungen war das Preisniveau höher als im August 2024: Die stärksten Preissteigerungen gab es bei Bekleidung und Schuhen (+2,9 Prozent). In den Abteilungen „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ sowie „Gesundheit“ blieben die Preise im Durchschnitt konstant.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 23 Preisermittelnde im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2024



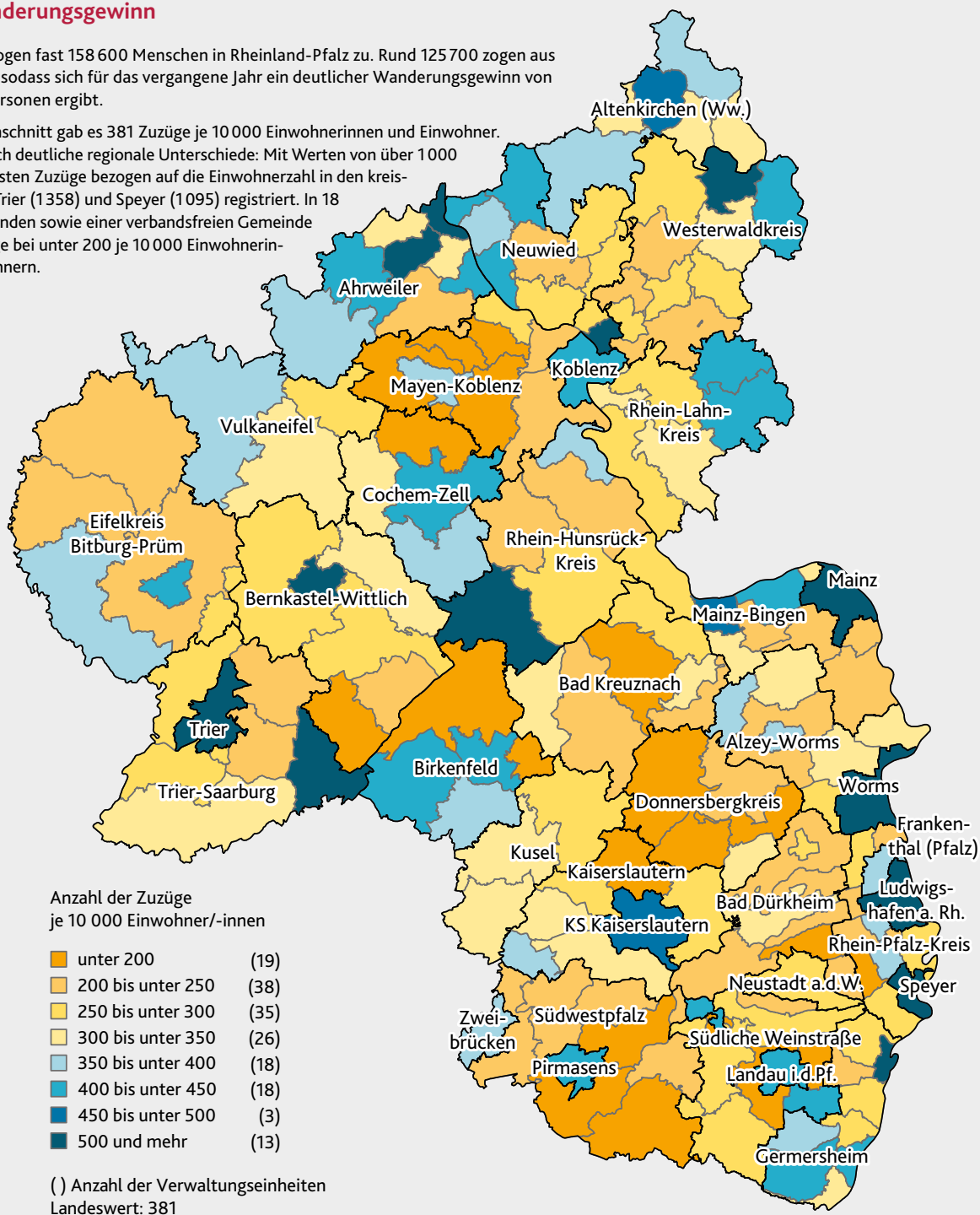


Zuzüge über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz 2023

Hoher Wanderungsgewinn

Im Jahr 2023 zogen fast 158 600 Menschen in Rheinland-Pfalz zu. Rund 125 700 zogen aus dem Land fort, sodass sich für das vergangene Jahr ein deutlicher Wanderungsgewinn von rund 32 900 Personen ergibt.

Im Landesdurchschnitt gab es 381 Zuzüge je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dabei zeigen sich deutliche regionale Unterschiede: Mit Werten von über 1000 wurden die meisten Zuzüge bezogen auf die Einwohnerzahl in den kreisfreien Städten Trier (1358) und Speyer (1095) registriert. In 18 Verbandsgemeinden sowie einer verbandsfreien Gemeinde lagen die Zuzüge bei unter 200 je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.





Belastung der Wirtschaft durch Meldungen zu amtlichen Statistiken

Auswertung der Erhebungsteilnahmen aus dem statistischen Unternehmensregister



Von Leonie Diel

Unternehmen sind gesetzlich zur Meldung verschiedener Daten an die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verpflichtet. Die Erfüllung der Vorgaben erzeugt Aufwände neben der eigentlichen unternehmerischen Tätigkeit und verursacht insbesondere für kleine Unternehmen zusätzliche Bürokratiekosten. Amtliche Statistiken sollen daher möglichst belastungsarm durchgeführt werden, zugleich jedoch aussagekräftige Ergebnisse bereitstellen. Im statistischen Unternehmensregister werden neben Stammdaten auch die Erhebungsteilnahmen von Rechtlichen Einheiten und Niederlassungen¹ dokumentiert. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Statistikpflichten der Einheiten mit Sitz in Rheinland-Pfalz, Maßnahmen zur Messung der Meldeaufwände sowie Ansatzpunkte zur Reduzierung derselben.

Grundlagen amtlicher Statistiken

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder liefern statistische Informationen über den Zustand und die Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und öffentlichem Sektor in Deutschland. Amtliche Statistiken werden neutral, objektiv und fachlich unabhängig erstellt. Sie bilden damit eine wichtige Grundlage der Entscheidungsfindung in der Wirtschaft, der Politik, der Verwaltung oder für Bürgerinnen und Bürger.²

¹ Im Unternehmensregister werden die Einheitentypen Unternehmen (nach der EU-Definition), Rechtliche Einheit und Niederlassung unterschieden. Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die Begriffe Unternehmen und Rechtliche Einheit oft synonym verwendet.

² §1 BStatG (Bundesstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 152) geändert worden ist).

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz, als Teil des europäischen statistischen Systems, erstellt über 300 Statistiken zu verschiedenen Themenbereichen. Bei rund 80 Prozent davon handelt es sich um sogenannte EU- bzw. Bundesstatistiken. Darunter werden Statistiken verstanden, die aufgrund einer bundesgesetzlichen Regelung durchgeführt werden und/oder der Erfüllung von Berichtspflichten gegenüber der EU dienen.

Die Grundlage bildet das Bundesstatistikgesetz (BStatG) sowie einzelstatistische Gesetze und Rechtsvorschriften. In diesen werden unter anderem der zu erhebende Merkmalsumfang, die zu befragenden Personen oder Institutionen sowie Vorgaben zur Auskunftspflicht, dem Datenschutz und der Geheimhaltung von Einzelangaben festgelegt.

Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice)

Der Code of Practice ist Teil des gemeinsamen Qualitätsrahmens des Europäischen Statistischen Systems. Er ist ein Instrument der Selbstregulierung, das auf 16 Grundsätzen für das institutionelle Umfeld, die statistischen Prozesse und den statistischen Output beruht. Statistische Stellen, darunter das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat), die nationalen statistischen Ämter und andere einzelstaatliche Stellen, verpflichten sich zur Einhaltung des Verhaltenskodex.

Grundsatz 9 fordert die **Vermeidung einer übermäßigen Belastung der Auskunftgebenden (Respondenten)**. Indikatoren dafür sind die Begrenzung des Umfangs und der Gliederungstiefe von Statistiken (Indikator 9.1), die gleichmäßige Verteilung des Beantwortungsaufwands auf die Erhebungspopulationen (Indikator 9.2), die Nutzung von Buchhaltungsdaten (Indikator 9.3), administrativen und sonstigen Datenquellen (Indikator 9.4), Datenaustausch und Datenintegration (Indikator 9.5) sowie die Verknüpfung von Datenquellen (Indikator 9.6).³

Dem großen Interesse an objektiven und verlässlichen Zahlen stehen Belastungen durch die amtliche Statistik gegenüber. Sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen stellen statistische Meldepflichten einen Zeit- und/oder Kostenaufwand dar. Die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben erzeugt Aufwände neben der eigentlichen unternehmerischen Tätigkeit.

Aus diesem Grund geben sowohl der Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) als auch das Bundesstatistikgesetz

³ Europäische Union: Verhaltenskodex für europäische Statistiken. Für die nationalen statistischen Ämter und Eurostat (statistisches Amt der EU). Luxemburg, 2018, S. 4,15 f.

eine möglichst effiziente und belastungsarme Durchführung amtlicher Statistiken vor. So ist nach §5a BStatG vor der Anordnung oder Änderung einer Bundesstatistik zu prüfen, ob bei Stellen der öffentlichen Verwaltung für die Erstellung bereits qualitativ geeignete Daten vorhanden sind. Ist dies der Fall, so sollen diese Verwaltungsdaten vorrangig für die Statistikerstellung verwendet werden.⁴

Ansatzpunkte zur Reduzierung der Meldeaufwände

Neben der Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten⁵ bietet auch die zeitliche und inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Erhebungen Möglichkeiten zur Reduzierung der Belastungen: Viele Statistiken werden monatlich erstellt, wie beispielsweise die für die Konjunkturbeobachtung wichtigen Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe. Andere Befragungen finden vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich statt. Große Strukturerhebungen wie der Zensus oder die Landwirtschaftszählung werden im mehrjährigen Turnus durchgeführt.

Auch in Bezug auf den Merkmalsumfang, sowie durch die Nutzung von Stichproben- und Rotationsmodellen lässt sich die Belastung der Auskunftspflichtigen reduzieren.

Zusammengefasst lassen sich folgende Ansatzpunkte zur Ausgestaltung der Statistikproduktion nennen, die unmittelbaren Einfluss auf den verursachten Aufwand für die Berichtspflichtigen nehmen:

- Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten,
- Digitalisierung der Meldewege und/oder Datenübermittlung aus Unternehmenssoftware⁶,

⁴ §5a BStatG (Bundesstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 152) geändert worden ist).

⁵ Vgl. Lorenz, R., Opfermann, R.: Verwaltungsdaten in der Unternehmensstatistik. In: Wirtschaft und Statistik, 1/2017, S. 49–66.

⁶ Seit dem Jahr 2005 bietet das Online-Meldeverfahren eSTATISTIK.core die Möglichkeit der automatisierten Datengewinnung und Datenübermittlung an die Statistikämter aus vorhandenen Buchhaltungssystemen.



- Nutzung von Abschneidegrenzen (Meldepflicht ab einer bestimmten Unternehmensgröße),
- Verwendung von Stichprobenmodellen und Rotationen des Berichtskreises (regelmäßiger Austausch der Berichtspflichtigen von Stichprobenerhebungen),
- Einsatz von Mixmodellen, bei denen große Unternehmen in statistischen Erhebungen befragt werden und die Angaben zu kleinen und mittleren Unternehmen aus Verwaltungsdaten gewonnen werden,
- Periodizität der Statistiken (Erhebungszyklus),
- Reduzierung des Merkmalsumfangs (Fragebogen).

Messung der Aufwände für Meldungen zu amtlichen Statistiken

Welche Bürokratiekosten den Unternehmen durch das Erledigen von Berichtspflichten an die amtliche Statistik entstehen, misst auf Bundesebene das so genannte Belastungsbarometer. Gegenstand des Belastungsbarometers sind alle auf bundesrechtlichen Regelungen beruhenden und mit Auskunftspflicht belegten Erhebungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Das Belastungsbarometer wird seit 2006 einmal jährlich durch das Statistische Bundesamt berechnet und veröffentlicht. Es stellt einen Subindex zum Bürokratiekostenindex (BKI) dar, der die Belastung von Unternehmen durch bürokratische Vorgaben (beispielsweise das Stellen von Anträgen, die Durchführung von Meldungen oder die Erbringung von Nachweisen) misst.⁷ Methodisch basieren die Berechnungen der

Bürokratiekosten auf einem Standardkostenmodell.

Nach den aktuellen Ergebnissen des Belastungsbarometers verursachen die folgenden Erhebungen die größten Aufwände für die Wirtschaft:

- Außenhandelsstatistik,
- Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau,
- Strukturstatistik im Handel und Dienstleistungsbereich,
- Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Die Gesamtbelastung der Wirtschaft durch amtliche Statistikpflichten liegt zum Stand 31. Dezember 2023 bei 324 Millionen Euro. Damit sind weniger als ein Prozent der Bürokratiekosten der Unternehmen in Deutschland auf das Ausfüllen einer amtlichen Statistik zurückzuführen.⁸

Trotz dieser vergleichsweise geringen Belastung durch die amtliche Statistik fordern Unternehmen und Interessenvertretungen im Zusammenhang mit dem Bürokratieabbau häufig insbesondere die Reduzierung von statistischen Meldepflichten. Als eine Ursache der empfundenen hohen Belastung im Vergleich zu anderen administrativen Arbeiten wird der höhere Zeitaufwand bei der Erledigung der statistischen Meldungen gesehen. Die meisten Unternehmen und Betriebe benötigen für die Bearbeitung einer Statistikmeldung zwischen 30 Minuten und zwei Stunden. Andere Informationspflichten gegenüber öffentlichen Stellen erfordern in mehr als der Hälfte der Fälle (55 Prozent) eine Bearbeitungszeit von unter

⁷ Statistisches Bundesamt: Belastungsbarometer. Gradmesser für die amtlichen Statistikpflichten der Wirtschaft. www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Erfuellungsaufwand/belastungsbarometer.html [abgerufen am: 19.07.2024]

⁸ Schüßler, S., Herold, L., Roller, J.: Datenaktualisierung des Belastungsbarometers: Aktuelle Zahlen zu Bürokratiekosten durch amtliche Statistiken. In: WISTA 1/2024, S. 109–122.



30 Minuten pro Fall. Dadurch wird die Belastung durch amtliche Statistiken subjektiv als hoch empfunden, auch wenn sie im Vergleich zu den gesamten Bürokratiekosten sehr gering ist.⁹

Bei der realen und der empfundenen Belastung durch statistische Meldepflichten spielt insbesondere auch die Größe der Unternehmen eine Rolle. Kleinste (ein bis neun Beschäftigte) und kleine (zehn bis 49 Beschäftigte) Unternehmen verfügen in der Regel über weniger Ressourcen für verwaltende Tätigkeiten als große Unternehmen, die häufig umfassende und digitalisierte Controllinginstrumente nutzen und damit Daten für statistische Meldungen „per Knopfdruck“ erzeugen können.

Belastung von rheinland-pfälzischen Einheiten durch Statistikpflichten

Einen Überblick über die Erhebungsteilnahmen von rheinland-pfälzischen Einheiten bietet das statistische Unternehmensregister (URS). Dabei handelt es sich um eine laufend aktualisierte Datenbank der amtlichen Statistik, die unter anderem als Infrastruktur für die Durchführung zahlreicher Unternehmensstatistiken dient. Diese nutzen das Unternehmensregister als Auswahlgrundlage für die Berichtskreise und als Hochrechnungsrahmen bei Stichprobenerhebungen. Die Belastung durch amtliche Statistiken lässt sich anhand der im Unternehmensregister verfügbaren Daten nach der Anzahl der Erhebungsteilnahmen der Rechtlichen Einheiten und Niederlassungen, der Betroffenheit der einzelnen Wirtschaftsabschnitte sowie der Einheitengröße (nach Beschäftigtengrößenklassen) darstellen.

⁹ Statistisches Bundesamt: Belastungsbarometer. Gradmesser für die amtlichen Statistikpflichten der Wirtschaft. www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Erfuellungsaufwand/belastungsbarometer.html [abgerufen am: 19.07.2024]

Das statistische Unternehmensregister

Das statistische Unternehmensregister (URS) ist eine laufend aktualisierte Datenbank der amtlichen Statistik. Es enthält Informationen zu **Einheiten aus allen Wirtschaftsbereichen** mit Sitz in Deutschland und deren Beziehungen zueinander. Gespeichert werden Angaben zu Hilfsmerkmalen (z. B. Name, Adresse), Ordnungsmerkmalen (z. B. Wirtschaftszweig, Rechtsform) und der Größe der Einheiten (Umsatz, Beschäftigte). Aktuell unterscheidet das statistische Unternehmensregister die **vier Einheitentypen** Niederlassung, Rechtliche Einheit, Unternehmen und Unternehmensgruppe.

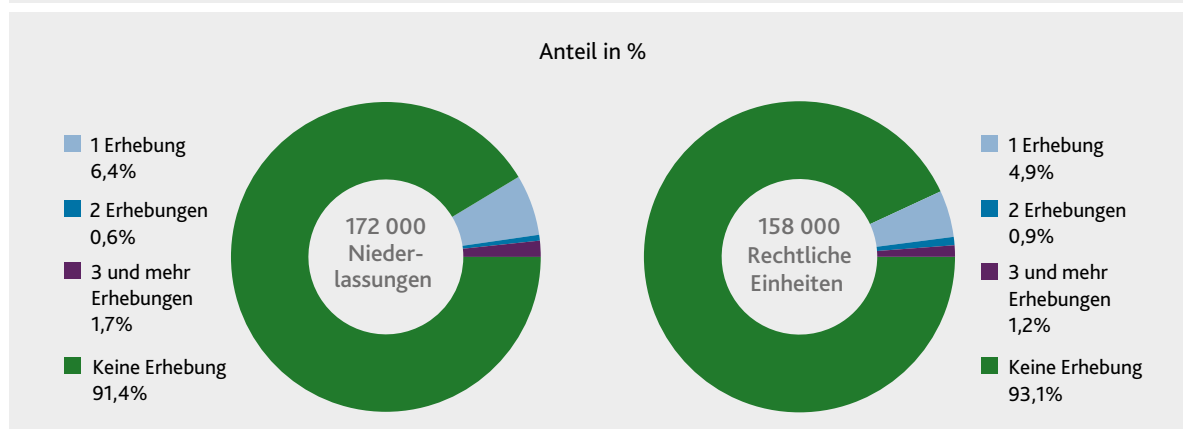
Im Unternehmensregister fließen Daten aus administrativen, statistikinternen sowie externen Quellen nach dem so genannten **Multiquellenkonzept** zusammen. Hierzu gehören z. B.

- die monatlichen Lieferungen der Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit (Beschäftigte) und der Finanzbehörden (steuerbare Umsätze),
- die jährlichen Datenlieferungen der Handwerkskammern und des landwirtschaftlichen Betriebsregisters,
- Aktualisierungsinformationen aus statistischen Erhebungen sowie
- im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung erworbene Daten eines kommerziellen Datenbankanbieters.

Die nationale gesetzliche Grundlage über den Aufbau und die Führung des Unternehmensregisters bildet das Statistikregistergesetz (StatRegG). Der europäische Rahmen für statistische Unternehmensregister wird durch die EU-Verordnung über europäische Unternehmensstatistiken vorgegeben.



G1 Erhebungsteilnahmen von Niederlassungen und Rechtlichen Einheiten in Rheinland-Pfalz 2022



Zum Stichtag 31. Dezember 2022 waren in den auswertungsrelevanten Wirtschaftsabschnitten des Unternehmensregisters¹⁰ rund 172 000 Niederlassungen und rund 158 000 Rechtliche Einheiten mit Sitz in Rheinland-Pfalz erfasst. Der Großteil der Einheiten (91 bzw. 93 Prozent) war im Kalenderjahr 2022 von keiner statistischen Erhebung betroffen. Auskunftspflichtig zu drei oder mehr Erhebungen waren lediglich 1,7 Prozent der Niederlassungen und 1,2 Prozent der Rechtlichen Einheiten.

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche waren dabei in sehr unterschiedlichem Ausmaß von der Durchführung amtlicher Statistiken betroffen. Die meisten Erhebungen fanden im Produzierenden Gewerbe und zwar in den Abschnitten Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen sowie dem Verarbeitenden Gewerbe statt.

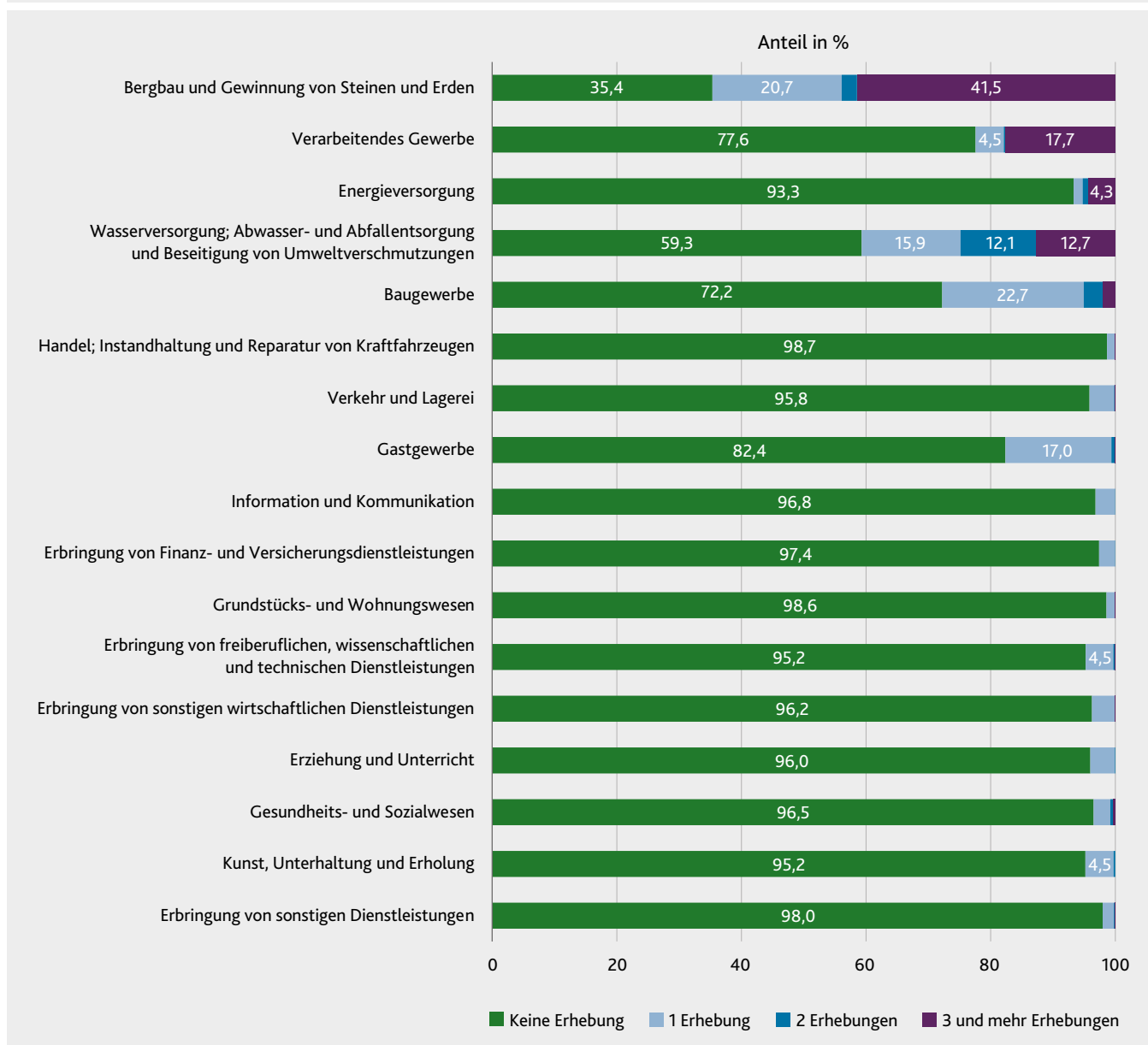
¹⁰ Die Wirtschaftsabschnitte „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (Abschnitt A), „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ (Abschnitt O), „Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt“ (Abschnitt T) und „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ (Abschnitt U) der WZ 2008 werden im Unternehmensregister nicht ausgewertet.

So waren im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden rund 65 Prozent der Niederlassungen und rund 32 Prozent der Rechtlichen Einheiten zu mindestens einer amtlichen Statistik auskunftspflichtig. Im Bereich Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen meldeten über 40 Prozent der Niederlassungen und 63 Prozent aller Rechtlichen Einheiten Daten an die Statistikämter. In dem am drittstärksten betroffenen Bereich, dem Verarbeitenden Gewerbe, wurden über 22 Prozent der Niederlassungen und fast 25 Prozent der Rechtlichen Einheiten zu mindestens einer amtlichen Statistik befragt. Auch das Baugewerbe war mit einem Anteil von rund 28 Prozent befragter Betriebe (jedoch nur sechs Prozent der Rechtlichen Einheiten) im Fokus.

Im Dienstleistungsbereich war die höchste Belastung durch Erhebungsteilnahmen für das Gastgewerbe zu verzeichnen. Hier meldeten rund 18 Prozent der Niederlassungen und rund zehn Prozent der Rechtlichen Einheiten Daten zu statistischen Erhebungen. Am zweitstärksten waren die Bereiche Handel; Instandhaltung und Reparatur



G2 Erhebungsteilnahmen von Niederlassungen 2022 nach Wirtschaftsbereichen



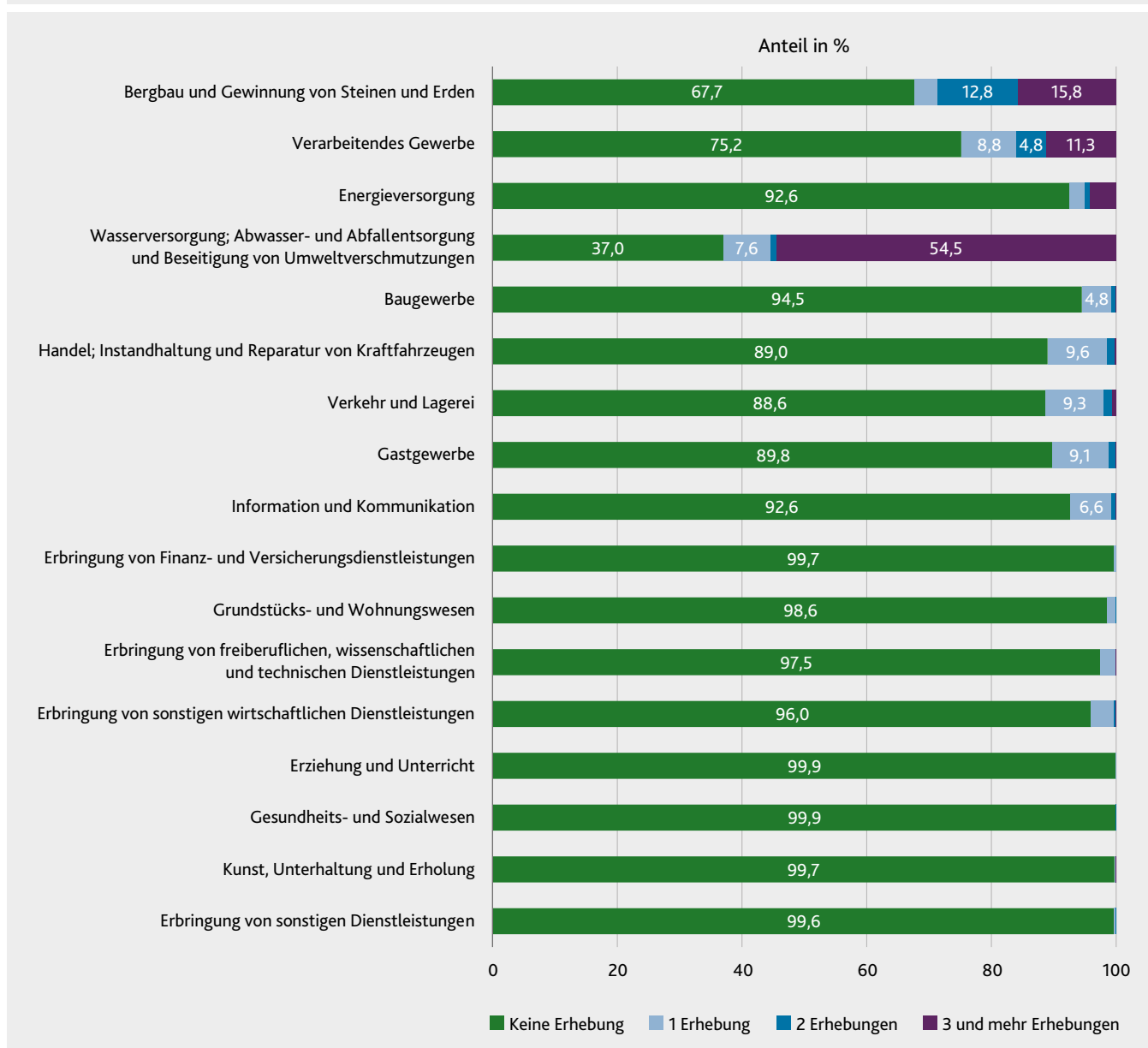
von Kraftfahrzeugen sowie Verkehr und Lagerei mit einem Anteil von jeweils rund elf Prozent befragter Rechtlicher Einheiten betroffen (Niederlassungen 1,3 bzw. 4,2 Prozent).

Bei der Betrachtung der Beschäftigtengrößenklassen wird deutlich, dass vor allem mittlere und große Rechtliche Einheiten

und Niederlassungen zu amtlichen Statistiken herangezogen werden. Mit zunehmender Größe steigt die Anzahl der Statistiken, zu denen ein und dieselbe Einheit Auskunft erteilen muss. So nahmen im Jahr 2022 Kleinsteinheiten mit unter zehn Beschäftigten in über 95 Prozent (Niederlassungen) bzw. über 97 Prozent (Rechtliche Einheiten) der Fälle an keiner amtlichen Statistik



G3 Erhebungsteilnahmen von Rechtlichen Einheiten 2022 nach Wirtschaftsbereichen

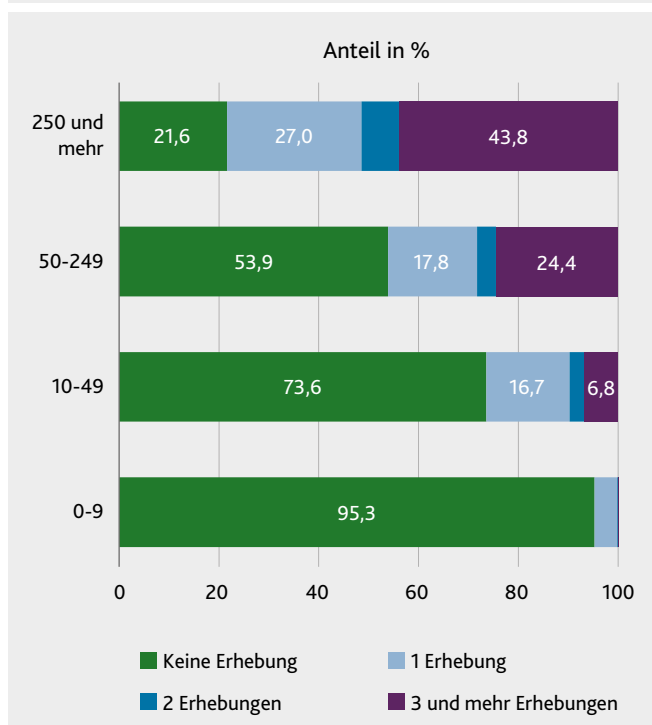


teil. Bei den kleineren Einheiten (zehn bis 49 Beschäftigte) wurden mehr als 70 Prozent zu keiner Erhebung befragt. Bei den mittelgroßen Einheiten (50 bis 249 Beschäftigte) waren im Jahr 2022 noch rund 54 Prozent der Niederlassungen und rund 40 Prozent der Rechtlichen Einheiten mit keiner Statistikpflicht belegt. Für große Einheiten mit mehr als 250 Beschäftigten

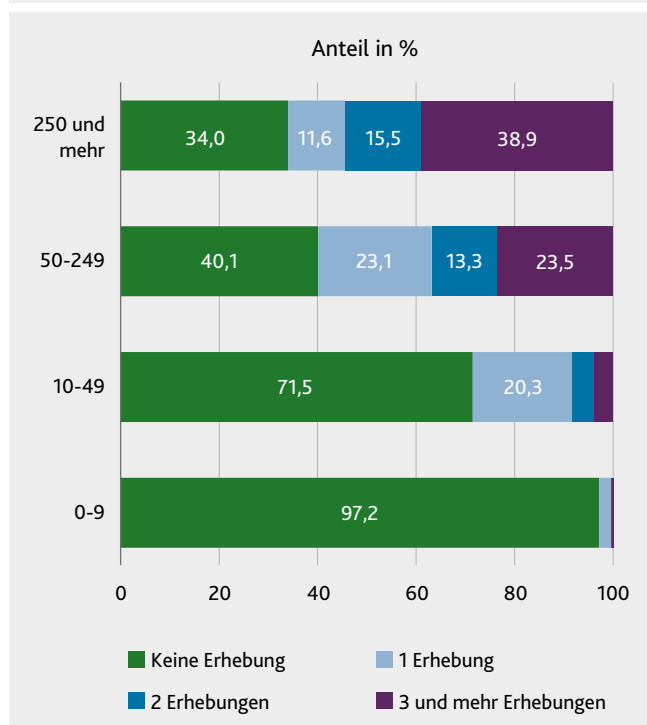
galt dies nur für jede fünfte Niederlassung (22 Prozent) und jede dritte Rechtliche Einheit (34 Prozent). Häufig waren diese sogar für mehrere Erhebungen auskunftspflichtig: In der höchsten Beschäftigtengrößenklasse meldeten 44 Prozent der Niederlassungen und 39 Prozent der Rechtlichen Einheiten zu mindestens drei verschiedenen Erhebungen Daten.



G4 Erhebungsteilnahmen von Niederlassungen 2022 nach Beschäftigtengrößenklassen



G5 Erhebungsteilnahmen von Rechtlichen Einheiten 2022 nach Beschäftigtengrößenklassen



Befragte Einheiten im Unternehmensregister

Zur Meldung von Daten an die amtliche Statistik können sowohl Rechtliche Einheiten als auch Niederlassungen herangezogen werden. Die **Auskunftspflicht** ist in den jeweiligen einzelstatistischen Gesetzen geregelt.

Eine **Rechtliche Einheit (RE)** ist die kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Eine Rechtliche Einheit ist eine natürliche Person, die wirtschaftlich tätig ist, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung. Betrachtet werden also beispielsweise eine Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaft oder ein Einzelunternehmen.

Hinweis: Ab dem Berichtsjahr 2018 wurde der vorherige Begriff „Unternehmen“ aufgrund der Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs durch die Bezeichnung „Rechtliche Einheit“ ersetzt. Mit der Anwendung der EU-Unternehmensdefinition müssen diese Begriffe

klar voneinander unterschieden werden. Ein **Unternehmen (UN)** entspricht der kleinsten Kombination Rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder mehreren Standorten aus. Ein Unternehmen kann einer einzigen Rechtlichen Einheit entsprechen (einfaches Unternehmen) oder aus mehreren Rechtlichen Einheiten bestehen (komplexes Unternehmen).

Eine **Niederlassung (NI)** ist eine örtlich abgegrenzte Einheit, die einer Rechtlichen Einheit zugeordnet ist. Sie ist rechtlich unselbstständig. In den Statistiken des Produzierenden Gewerbes wird der Begriff „Betrieb“ anstelle von „Niederlassung“ verwendet.



Fazit und Ausblick

Sowohl die Ergebnisse des Bürokratiekostenindex und des Belastungsbarometers auf Bundesebene als auch die Betrachtung der Erhebungsteilnahmen von rheinland-pfälzischen Einheiten anhand des Unternehmensregisters machen deutlich, dass insbesondere Kleinunternehmen vor übermäßigen bürokratischen Belastungen durch amtliche Statistiken weitgehend geschützt werden. Amtliche Statistiken müssen immer bedarfsorientiert gestaltet sein: Die Forderung nach weiteren statistischen Daten ist ebenso zu diskutieren wie die Zusammenlegung oder Löschung von Merkmalen oder ganzen Erhebungen. Der Gesetzgeber sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder als ausführende Organe sind gefordert, stetig an einer weiteren Optimierung der Parameter Datenqualität und Erhebungsaufwand zu arbeiten. Die fortlaufende Digitalisierung der Prozesse bietet hierzu wichtige Ansatzpunkte.

Insbesondere die verstärkte Nutzung und Verknüpfung von Verwaltungsdaten wird in den nächsten Jahren weiteres Entlastungspotential für die Wirtschaft bieten. Hierzu wurde vom Statistischen Bundesamt eine

Verwaltungsdaten-Informationsplattform (VIP) aufgebaut. Die öffentlich zugängliche Datenbank bietet einen umfassenden Überblick über die in der deutschen Verwaltung geführten Datenbestände, ist also eine zentrale Aussichtsplattform über die Registerlandschaft Deutschlands.¹¹

Das derzeit im Statistischen Bundesamt im Aufbau befindliche Unternehmensbasisdatenregister soll Verwaltungsprozesse vereinfachen und vorhandene Register miteinander vernetzen. Durch die Einführung einer bundeseinheitlichen und behördenübergreifenden Identifikationsnummer müssen Unternehmen ihre Stammdaten künftig nur noch einmal gegenüber der Verwaltung angeben („Once-Only“-Prinzip). Angebundene Register werden über Schnittstellen mit neuen oder geänderten Daten automatisiert bedient.

Leonie Diel, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Unternehmensregister, Verdienste, Preise“.

¹¹ Statistisches Bundesamt: Verwaltungsdaten-Informationsplattform. www.verwaltungsdaten-informationsplattform.de [abgerufen am: 22.07.2024]



Europawahl 2024

Das amtliche Endergebnis in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Von Dr. Andrea Weitzel

Am 9. Juni 2024 wurde das Europäische Parlament von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zum zehnten Mal direkt gewählt. Um die 96 deutschen Mandate bewarben sich 35 Parteien. Fünfzehn Monate vor der nächsten Bundestagswahl und 21 Monate vor der nächsten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz können die Ergebnisse als Stimmungsbild aufgefasst werden, bei dem sich regional zum Teil große Unterschiede zeigen. Nach dem amtlichen Endergebnis erreichte die CDU in allen kreisfreien Städten und Landkreisen den höchsten Stimmenanteil, gefolgt von den Sozialdemokraten auf Platz zwei. CDU, AfD und FREIE WÄHLER schnitten in den Landkreisen besser ab, GRÜNE und DIE LINKE erhielten in den kreisfreien Städten höhere Stimmenanteile. Keine Unterschiede zwischen den Stimmenanteilen in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen zeigten sich bei den Sozialdemokraten, den Liberalen und dem Bündnis Sahra Wagenknecht, das erstmals bei einer Wahl antrat.

Große regionale Unterschiede

Die Wahlen zum Europäischen Parlament unterscheiden sich in zweierlei Hinsicht von den Bundestags- und den Landtagswahlen: Zum einen gibt es keine Fünf-Prozent-Hürde, zum anderen haben die Wählerinnen und Wähler nur eine Stimme. Die 96 deutschen Mandate werden auf der Grundlage des gesamtdeutschen Ergebnisses vergeben.¹ Mit Blick auf die Bundestagswahl im September 2025 und die rheinland-pfälzische Landtagswahl im Frühjahr 2026 geben die Ergebnisse der Europawahl den Parteien wichtige Hinweise zur Stimmung und den Präferenzen der Wählerinnen und Wähler. Dabei zeigen sich zum Teil große regionale Unterschiede.

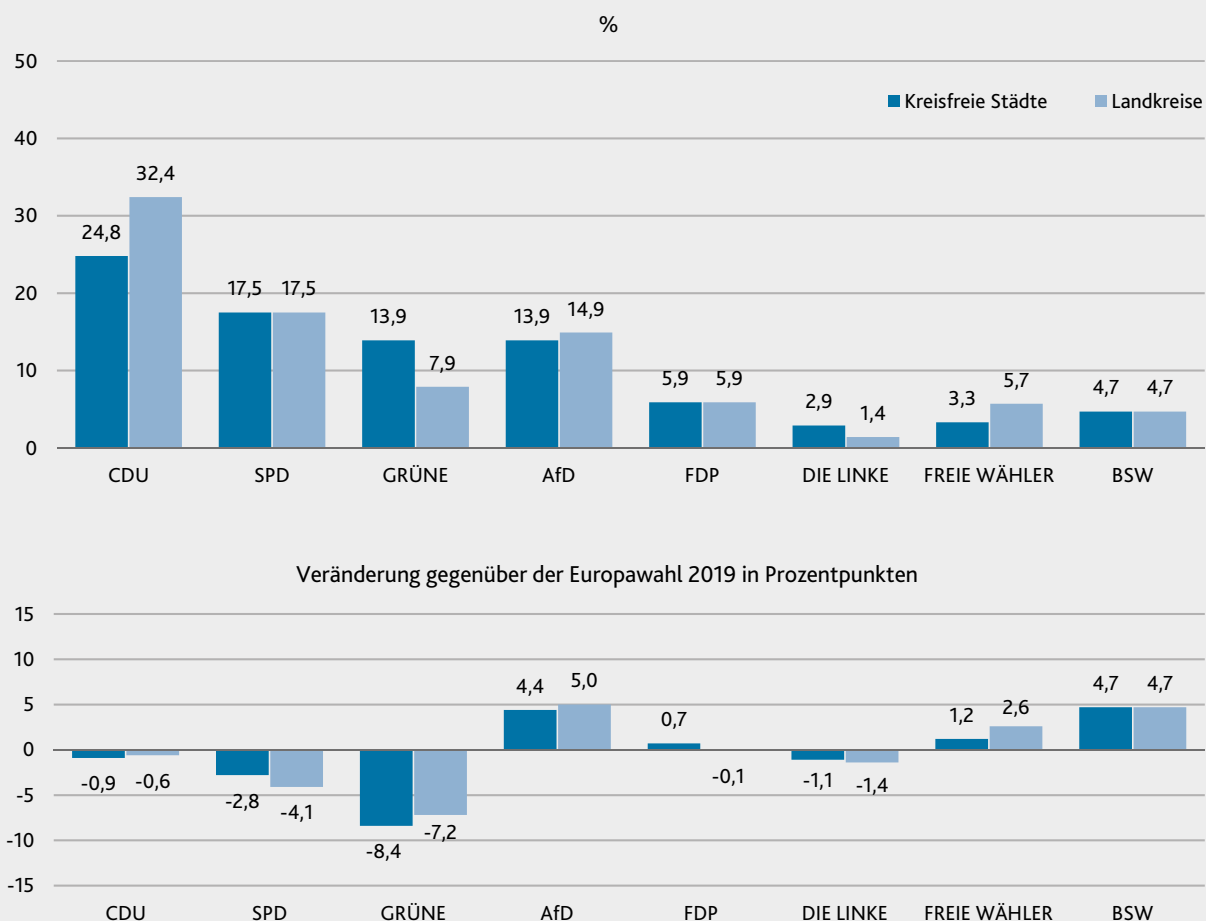
1 Die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union Bayerns sind mit Landeslisten angetreten, die anderen Parteien und politischen Vereinigungen führen Bundeslisten.

CDU trotz deutlicher Verluste stärkste Partei

Die CDU ist sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen Wahlsiegerin, gefolgt von der SPD als zweitstärkste Kraft. In den Landkreisen wurde die AfD mit Abstand drittstärkste Kraft vor den GRÜNEN (14,9 zu 7,9 Prozent), in den kreisfreien Städten beträgt der Vorsprung der AfD gegenüber den GRÜNEN nur 75 Stimmen bei demselben Stimmenanteil (13,9 Prozent). Die Freien Demokraten erreichten in den kreisfreien Städten mit 5,9 Prozent den fünften und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) mit 4,7 Prozent den sechsten Platz. In den Landkreisen belegten die Freien Wähler knapp hinter der FDP den sechsten Platz (5,9 bzw. 5,7 Prozent).



G1 Stimmenanteil ausgewählter Parteien bei der Europawahl 2024 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Die Christdemokraten erhielten in den kreisfreien Städten 114 243 der abgegebenen gültigen Stimmen. Ihr Stimmenanteil sank – bereits zum fünften Mal in Folge – und lag bei 24,8 Prozent (–0,9 Prozentpunkte zu 2019). Im Vergleich zum Ergebnis bei der Europawahl 1999 halbierte sich der Stimmenanteil der Christdemokraten.

In allen zwölf kreisfreien Städten des Landes erhielten die Christdemokraten die meisten Stimmen. Die höchsten Stimmenanteile erreichte die CDU in Pirmasens (30,2 Prozent), Koblenz (28,6 Prozent) und Neustadt (27,9 Prozent). Den geringsten Stimmenanteil

erhielt die Partei mit 21,9 Prozent in der Stadt Kaiserslautern. Dieses Ergebnis reichte dennoch aus, um die CDU auch dort zur stärksten politischen Kraft zu machen.

Leicht verbessern konnten die Christdemokraten ihr Ergebnis gegenüber 2019 nur in Ludwigshafen (+0,3 Prozentpunkte), während der Stimmenanteil in allen anderen kreisfreien Städten schrumpfte. Obgleich die CDU in Frankenthal ein im Vergleich der kreisfreien Städte gutes Ergebnis erzielte, musste sie dort den stärksten Rückgang gegenüber 2019 hinnehmen (–4,9 Prozentpunkte). Auch SPD und GRÜNE verzeichneten Verluste in



T1 Stimmenanteil ausgewählter Parteien bei der Europawahl 2024 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	CDU/CSU		SPD		GRÜNE		AfD		FDP		DIE LINKE		FREIE WÄHLER		BSW	
	Anteil in %	*	Anteil in %	*	Anteil in %	*	Anteil in %	*	Anteil in %	*	Anteil in %	*	Anteil in %	*	Anteil in %	*
Frankenthal (Pfalz), St.	27,1	-4,9	15,7	-3,9	7,1	-8,2	19,7	+6,2	4,8	-0,5	1,5	-2,0	9,7	+7,3	5,4	x
Kaiserslautern, St.	21,9	-0,5	17,8	-3,7	11,2	-8,5	18,7	+6,7	5,1	-0,5	2,3	-2,0	4,7	+2,4	6,2	x
Koblenz, St.	28,6	-0,3	16,7	-1,2	14,9	-9,1	10,2	+2,8	6,7	+1,1	2,8	-1,2	3,6	+1,1	3,9	x
Landau i. d. Pfalz, St.	24,5	-1,0	16,4	-0,9	17,2	-10,6	11,2	+3,3	5,4	+0,8	2,9	-1,3	3,0	+0,7	4,7	x
Ludwigshafen a. Rh., St.	24,1	+0,3	18,8	-4,6	8,4	-8,2	20,0	+5,8	4,9	-0,1	2,2	-1,8	2,8	+0,6	6,1	x
Mainz, St.	22,0	-1,0	16,3	-1,5	21,6	-7,5	6,2	+0,3	6,9	+1,6	4,8	+0,3	1,9	+0,9	3,1	x
Neustadt a. d. Weinstr., St.	27,9	-1,9	15,1	-1,8	13,4	-7,0	15,2	+5,2	6,4	+0,5	1,3	-1,2	6,1	+0,3	4,8	x
Pirmasens, St.	30,2	-2,6	15,5	-6,8	4,4	-5,0	25,3	+10,4	4,7	-0,5	1,2	-2,2	2,4	+0,5	6,6	x
Speyer, St.	25,9	-1,1	17,5	-3,4	13,1	-9,0	16,5	+6,0	6,0	+1,2	2,1	-1,6	2,3	+0,9	5,4	x
Trier, St.	23,5	-0,2	21,0	-1,5	15,5	-10,2	9,6	+2,9	6,0	+1,0	3,3	-1,8	2,9	+1,8	4,3	x
Worms, St.	26,4	-1,6	18,5	-4,6	8,3	-8,4	20,6	+8,1	5,5	+0,4	1,8	-1,0	2,5	+0,1	5,0	x
Zweibrücken, St.	25,9	-0,8	19,5	-6,7	7,0	-6,8	20,6	+8,9	4,9	+0,2	1,6	-2,4	3,0	+0,3	7,0	x
Ahrweiler	38,2	+1,1	13,9	-2,5	10,2	-7,9	10,5	+2,6	7,0	+0,2	1,4	-1,2	5,0	+2,1	4,0	x
Altenkirchen (Ww.)	35,7	+0,5	17,4	-4,5	6,3	-7,3	16,0	+6,3	5,6	-0,6	1,6	-1,5	3,2	+1,0	4,9	x
Alzey-Worms	26,7	-	19,4	-4,7	8,3	-6,9	17,8	+5,3	6,4	+0,1	1,7	-0,9	4,5	+1,3	4,7	x
Bad Dürkheim	30,2	+0,4	17,2	-3,2	9,6	-6,9	15,7	+4,3	6,8	+0,4	1,1	-1,3	5,1	+0,8	4,9	x
Bad Kreuznach	29,7	-0,2	20,0	-3,7	8,3	-7,5	15,0	+4,8	6,9	+0,5	1,7	-1,4	3,8	+1,4	5,0	x
Bernkastel-Wittlich	35,7	-1,4	16,6	-4,5	6,5	-6,9	12,2	+4,5	6,4	-0,3	1,3	-1,5	8,2	+5,0	4,3	x
Birkenfeld	28,3	-2,2	21,5	-5,2	5,0	-6,6	18,6	+7,8	5,9	-0,7	1,6	-1,6	5,9	+3,9	4,9	x
Cochem-Zell	42,2	-0,4	15,5	-3,3	5,8	-6,8	12,6	+4,9	6,0	-0,4	1,2	-1,0	5,1	+2,7	3,8	x
Donnersbergkreis	25,9	+0,2	19,6	-5,8	7,0	-6,0	19,1	+6,6	5,1	-0,7	1,4	-1,6	6,3	+1,5	5,6	x
Eifelkreis Bitburg-Prüm	31,6	-6,9	13,2	-8,2	5,4	-8,6	10,6	+3,7	4,3	-1,6	1,0	-1,6	23,4	+19,8	3,4	x
Germersheim	31,9	+0,1	15,1	-4,0	7,6	-6,4	19,1	+4,9	5,7	-0,3	1,2	-1,3	4,5	+1,3	5,1	x
Kaiserslautern	28,9	-1,9	17,1	-5,8	6,0	-5,9	19,9	+7,0	4,4	-0,1	1,2	-1,9	6,8	+1,8	6,7	x
Kusel	24,8	-0,8	21,4	-6,5	5,0	-6,1	20,4	+6,8	4,2	-0,2	1,3	-2,2	6,9	+2,0	7,1	x
Mainz-Bingen	29,2	-	18,4	-2,8	12,9	-7,5	11,0	+2,6	7,3	+1,2	1,9	-1,0	3,8	+1,5	3,7	x
Mayen-Koblenz	35,1	-0,9	17,1	-3,4	8,1	-8,1	13,4	+4,9	6,0	+0,2	1,4	-1,1	5,8	+3,3	4,2	x
Neuwied	33,3	+0,3	16,9	-4,3	8,5	-8,2	14,9	+5,8	5,7	-0,4	1,6	-1,5	4,1	+1,7	5,3	x
Rhein-Hunsrück-Kreis	33,8	-0,8	17,0	-5,0	7,0	-6,9	14,7	+5,9	6,3	-0,7	1,5	-1,4	5,5	+2,8	4,8	x
Rhein-Lahn-Kreis	30,2	+1,6	20,5	-4,8	7,9	-7,6	14,2	+4,8	5,4	-0,5	1,7	-1,2	5,5	+1,8	4,4	x
Rhein-Pfalz-Kreis	30,9	-0,4	17,2	-3,0	9,0	-7,5	16,9	+4,9	6,2	+0,1	1,2	-1,2	4,2	+1,5	4,6	x
Südliche Weinstraße	32,7	-1,0	16,2	-2,7	9,4	-7,1	14,9	+4,2	5,6	+0,1	1,2	-1,2	5,5	+1,7	4,7	x
Südwestpfalz	34,1	-1,1	16,0	-4,6	4,9	-5,0	18,6	+6,1	5,2	-0,7	1,0	-1,5	4,7	+1,0	6,0	x
Trier-Saarburg	31,9	-2,2	21,9	-4,7	7,6	-7,2	11,0	+4,1	5,5	+1,0	1,4	-1,4	7,1	+3,8	4,5	x
Vulkaneifel	40,2	-1,4	15,0	-4,5	5,8	-7,2	12,8	+5,6	5,1	-1,2	1,2	-1,7	7,4	+5,2	4,0	x
Westerwaldkreis	37,3	+0,5	15,6	-3,0	7,3	-7,2	14,9	+5,4	5,6	-0,9	1,5	-1,4	4,1	+1,2	4,3	x
Rheinland-Pfalz	30,7	-0,6	17,5	-3,8	9,3	-7,4	14,7	+4,9	5,9	+0,1	1,7	-1,4	5,2	+2,3	4,7	x
Kreisfreie Städte	24,8	-0,9	17,5	-2,8	13,9	-8,4	13,9	+4,4	5,9	+0,7	2,9	-1,1	3,3	+1,2	4,7	x
Landkreise	32,4	-0,6	17,5	-4,1	7,9	-7,2	14,9	+5,0	5,9	-0,1	1,4	-1,4	5,7	+2,6	4,7	x



Frankenthal, während AfD und FREIE WÄHLER davon profitierten.

Die CDU schneidet traditionell in den Landkreisen stärker ab als in den kreisfreien Städten. Dies war auch bei der Europawahl 2024 der Fall. Die Christdemokraten holten in den Landkreisen 508 646 Stimmen. Ihr Stimmenanteil sank jedoch das fünfte Mal in Folge.

Das beste Ergebnis erzielte die CDU – wie bei allen Europawahlen seit 1989 – im Landkreis Cochem-Zell; hier konnte sie 42,2 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinen (–0,4 Prozentpunkte). Auch in den Landkreisen Vulkaneifel und Ahrweiler waren die Ergebnisse vergleichsweise gut (40,2 bzw. 38,2 Prozent). Im Landkreis Kusel erreichte die CDU einen Stimmenanteil von 24,8 Prozent. Wie bei allen vorangegangenen Europawahlen brachte der Landkreis Kusel den Christdemokraten das landesweit niedrigste Ergebnis. Ebenfalls niedrig waren die Stimmenanteile im Donnersbergkreis und im Landkreis Alzey-Worms (25,9 bzw. 26,7 Prozent).

Die Spannweite der Veränderung der Anteilsergebnisse reichte von herben Verlusten im Eifelkreis Bitburg-Prüm (–6,9 Prozentpunkte) bis hin zu leichten Zugewinnen im Rhein-Lahn-Kreis (+1,6 Prozentpunkte). Die CDU verbesserte ihr Ergebnis in acht Landkreisen, in 14 Landkreisen verschlechterte es sich im Vergleich zu 2019. Unverändert blieb der Stimmenanteil im Vergleich zur Europawahl 2019 in Alzey-Worms und in Mainz-Bingen.

SPD bleibt trotz hoher Verluste zweitstärkste Partei

Die SPD verzeichnete erhebliche Stimmenverluste. Sie konnte in den kreisfreien Städten nur noch 80 596 der abgegebenen gültigen Stimmen verbuchen. Der Stimmenanteil der

Sozialdemokraten sank um 2,8 Prozentpunkte auf 17,5 Prozent und erreichte damit ebenso wie der Anteil der CDU einen historischen Tiefstand in Rheinland-Pfalz. Der Rückstand der SPD auf die CDU hat sich dadurch vergrößert. Er liegt bei 7,3 Prozentpunkten; vor fünf Jahren hatte er noch 5,4 Prozentpunkte betragen. In den kreisfreien Städten reichten die SPD-Ergebnisse von 21 Prozent in Trier bis 15,1 Prozent in Neustadt. In neun kreisfreien Städten blieb für die SPD hinter der CDU und entweder der AfD oder den GRÜNEN nur der dritte Rang.

In den Landkreisen erhielten die Sozialdemokraten 17,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Wie die CDU musste die SPD in allen rheinland-pfälzischen Landkreisen Einbußen hinnehmen (–4,1 Prozentpunkte). Am größten waren die Verluste im Eifelkreis Bitburg-Prüm (–8,2 Prozentpunkte). In den Kreisen Ahrweiler und Südliche Weinstraße verringerte sich das SPD-Ergebnis hingegen am wenigsten (–2,5 bzw. –2,7 Prozentpunkte). Die SPD erreichte das beste Ergebnis nicht – wie bei allen bisherigen Europawahlen – im Landkreis Kusel. Dort erzielte sie 2024 nur ihr drittbestes Ergebnis (21,4 Prozent). Besser schnitt die Partei in den Landkreisen Trier-Saarburg und Birkenfeld ab (21,9 bzw. 21,5 Prozent). Am geringsten war der SPD-Stimmenanteil im Eifelkreis Bitburg-Prüm (13,2 Prozent).

Große Stimmenverluste für die GRÜNEN – Enttäuschung in den Städten

Die GRÜNEN mussten große Stimmenverluste verkraften. Nach dem Allzeithoch von 2019 fielen sie wieder auf das Niveau von 2014 zurück. Ihr Stimmenanteil sank in den kreisfreien Städten um 8,4 Prozentpunkte auf 13,9 Prozent. In den Landkreisen hal-



bierte sich der Stimmenanteil im Vergleich zu 2019 nahezu auf 7,9 Prozent (–7,2 Prozentpunkte). Auch 2024 zeigte sich das bei allen bisherigen Europawahlen zu beobachtende Muster, wonach die GRÜNEN in den kreisfreien Städten – vor allem an den Hochschulstandorten – bessere Ergebnisse erzielen als in den Landkreisen. Die Differenz beträgt sechs Prozentpunkte (13,9 bzw. 7,9 Prozent).

Auf Ebene der einzelnen kreisfreien Städte liegen die Anteilsverluste der Partei in einer Spannweite von –5 Prozentpunkten in Pirmasens bis –10,6 Prozentpunkten in Landau. Ebenfalls zweistellig fielen die Verluste in Trier aus (–10,2 Prozentpunkte). In Pirmasens, wo die GRÜNEN die geringsten Verluste hinnehmen mussten, holten sie jedoch auch den niedrigsten Stimmenanteil (4,4 Prozent). Es folgen Zweibrücken und Frankenthal, wo nur sieben bzw. 7,1 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die GRÜNEN votierten. In den drei Universitätsstädten Mainz (21,6 Prozent), Landau (17,2 Prozent) und Trier (15,5 Prozent) rutschten die GRÜNEN auf den zweiten Platz. Hier wurde jeweils die CDU stärkste Kraft.

Das beste Ergebnis in den Landkreisen erzielten die GRÜNEN in Mainz-Bingen (12,9 Prozent). Darüber hinaus war das Ergebnis nur im Landkreis Ahrweiler zweistellig (10,2 Prozent). Ein regionaler Schwerpunkt liegt in der Vorderpfalz, in den Landkreisen Bad Dürkheim, Südliche Weinstraße und Rhein-Pfalz-Kreis, wo die Partei 9,6, 9,4 bzw. neun Prozent der gültigen Stimmen holte. Die schwächsten Ergebnisse erhielten die GRÜNEN in den Landkreisen Südwestpfalz (4,9 Prozent), Kusel und Birkenfeld (jeweils fünf Prozent).

Im Landkreis Südwestpfalz waren die Verluste vergleichsweise gering (–5 Prozentpunkte), allerdings halbierte sich der Stimmenanteil gegenüber der Europawahl 2019. Die größ-

ten Stimmenverluste zeigten sich im Eifelkreis Bitburg-Prüm (–8,6 Prozentpunkte). In den suburban geprägten Landkreisen Alzey-Worms, Bad Kreuznach, Mayen-Koblenz, Neuwied und dem Rhein-Pfalz-Kreis fanden die GRÜNEN mittlere Zustimmungswerte von knapp über acht Prozent. Die Verluste bewegen sich im Bereich von sieben bis acht Prozentpunkten.

AfD-Ergebnis ist in fast allen Landkreisen zweistellig

Zu den Gewinnern der Europawahl zählt vor allem die AfD. Die Partei erhielt 297 680 Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Waren die Stimmenanteile sowohl bei der Landtagswahl 2021 als auch bei der Bundestagswahl 2021 noch einstellig, so erzielte die Partei in den kreisfreien Städten und Landkreisen erstmals zweistellige Anteilswerte. Dabei schnitt sie in den Landkreisen einen Prozentpunkt besser ab als in den kreisfreien Städten (14,9 bzw. 13,9 Prozent). Auch die Veränderung des Stimmenanteils fiel gegenüber 2019 in den Landkreisen größer aus als in den kreisfreien Städten (+5 bzw. +4,4 Prozentpunkte).

Die Alternative für Deutschland gewann in allen kreisfreien Städten und Landkreisen Stimmenanteile hinzu. Bei der Veränderung der Stimmenanteile in den kreisfreien Städten zeigt sich eine große Varianz: Sie reicht von einem geringen Zugewinn in Mainz (+0,3 Prozentpunkte) bis hin zu einem erheblichen Zuwachs in Pirmasens (+10,4 Prozentpunkte).

Im Vergleich der Landkreise verbesserte sich die AfD am stärksten in Birkenfeld (+10,4 Prozentpunkte), während der Zugewinn in Mainz-Bingen der geringste war (+2,6 Prozentpunkte).



In den kreisfreien Städten ist die Spannweite der AfD-Ergebnisse groß; sie reicht von 6,2 Prozent in Mainz bis 25,3 Prozent in Pirmasens. In Worms, Zweibrücken und Ludwigshafen knackt die AfD die 20-Prozent-Marke, in Frankenthal verfehlt sie diese Marke nur knapp (19,7 Prozent). Vergleichsweise wenig Zuspruch findet die AfD in den Universitätsstädten Trier (9,6), Koblenz (10,2) und Landau (11,2 Prozent). Der Umstand, dass die Partei in kreisfreien Städten mit niedrigem Stimmenanteil auch vergleichsweise geringe Zuwächse erzielte, deutet darauf hin, dass das Wählerpotenzial der AfD in diesen Städten weitgehend ausgeschöpft sein könnte.

In sieben von zwölf kreisfreien Städten ist die AfD zweitstärkste Kraft hinter der CDU – und das mit weniger als einem Viertel der Stimmen. In Speyer landet sie auf Platz 3, in Koblenz, Landau und Trier auf Platz 4. Schließlich kommt die Partei in Mainz nicht über Platz 5 hinaus.

In den Landkreisen fiel die Spannweite der Stimmenanteile der AfD mit knapp zehn Prozentpunkten deutlich geringer aus als in den kreisfreien Städten. Die Partei erzielte die niedrigsten Stimmenanteile im Landkreis Ahrweiler sowie im Eifelkreis Bitburg-Prüm (10,5 bzw. 10,6 Prozent) und den höchsten Stimmenanteil im Landkreis Kusel (20,4 Prozent). In drei Landkreisen – Kaiserslautern, Germersheim und Südwestpfalz – wurde die AfD zweitstärkste Kraft hinter den Christdemokraten. Als drittstärkste Kraft ging die Alternative für Deutschland in 19 von 24 Landkreisen aus der Europawahl hervor. Lediglich im Landkreis Mainz-Bingen und im Eifelkreis Bitburg-Prüm musste sich die AfD hinter den GRÜNEN bzw. den FREIEN WÄHLER mit Platz vier begnügen.

FDP im mittleren einstelligen Bereich

Die Liberalen erhielten sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen 5,9 Prozent der gültigen Stimmen. Das waren 0,7 Prozentpunkte mehr bzw. 0,1 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren. Die Bilanz der Europawahl auf der Kreisebene fiel für die Freien Demokraten gemischt aus: Auf niedrigem Niveau konnten sie mancherorts Verbesserungen erzielen, andernorts mussten sie Verluste hinnehmen.

In den kreisfreien Städten erhielt die FDP 27 174 Stimmen. Die Wahlergebnisse der Freien Demokraten reichten von Verlusten in Höhe von 0,5 Prozentpunkten in Frankenthal, Kaiserslautern und Pirmasens bis hin zu einem Gewinn von 1,6 Prozentpunkten in Mainz. Gleichzeitig erzielte die FDP in der Landeshauptstadt den höchsten Stimmenanteil unter den kreisfreien Städten (6,9 Prozent). Ebenfalls gute Ergebnisse wurden in Koblenz (6,7 Prozent) und Neustadt (6,4 Prozent) verzeichnet. Den anteilig geringsten Zuspruch erhielten die Liberalen in Pirmasens (4,7 Prozent), Ludwigshafen und Zweibrücken (jeweils 4,9 Prozent).

In den Landkreisen erhielt die FDP 92 623 Stimmen. Während das Wahlergebnis von 2019 in neun Landkreisen verbessert werden konnte, sank der Stimmenanteil in 15 Landkreisen. Einen Rückgang um 1,6 Prozentpunkte mussten die Liberalen im Eifelkreis Bitburg-Prüm hinnehmen, wo die FREIEN WÄHLER traditionell sehr stark sind. Das größte Plus gab es im Landkreis Mainz-Bingen (+1,2 Prozentpunkte). Dort erzielte die FDP mit 7,3 Prozent ihr bestes Ergebnis. Es folgen die Landkreise Ahrweiler und Bad Kreuznach (+7 bzw. +6,9 Prozent). Am schwächsten schnitt die Partei, wie bereits bei den beiden



vorangegangenen Europawahlen, im Kreis Kusel sowie im Eifelkreis Bitburg-Prüm ab (4,2 bzw. 4,4 Prozent).

FREIE WÄHLER im ländlichen Raum erfolgreich

Neben der AfD gehören die vor allem kommunalpolitisch aktiven FREIEN WÄHLER zu den Wahlgewinnern, denn sie konnten ihr Ergebnis in allen 36 kreisfreien Städten und Landkreisen verbessern.

In den kreisfreien Städten erhielten die FREIEN WÄHLER 15 192 Stimmen, 6 037 Stimmen mehr als bei der Europawahl 2019. Ihr Anteilsergebnis steigerten sie hier um 1,2 Prozentpunkte auf 3,3 Prozent. Die Spannweite reicht von 1,9 Prozent in Mainz bis zu 9,7 Prozent in Frankenthal. Bei der vorangegangenen Europawahl erreichte die Partei 5,8 Prozent in Neustadt, in allen anderen kreisfreien Städten betrug ihr Stimmenanteil nur 2,7 Prozent oder weniger. Während der Stimmenanteil in allen kreisfreien Städten um weniger als drei Prozentpunkte stieg, waren es in Frankenthal 7,3 Prozentpunkte.

In den Landkreisen stimmten insgesamt 89 818 Wählerinnen und Wähler für die FREIEN WÄHLER – 42 734 Personen mehr als bei der Europawahl 2019. Knapp ein Viertel der hinzugewonnenen Stimmen kamen aus dem Eifelkreis Bitburg-Prüm (23,3 Prozent). Die FREIEN WÄHLER verbesserten damit ihr Ergebnis um 2,6 Prozentpunkte und erreichten einen Stimmenanteil von 5,7 Prozent. Die Spannweite zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Stimmenanteil beträgt in den Landkreisen 20,2 Prozentpunkte. Wenig Resonanz erfuhren die FREIEN WÄHLER im Landkreis Altenkirchen (3,2 Prozent) sowie in Bad Kreuznach und Mainz-Bingen (jeweils

3,8 Prozent). Das mit deutlichem Abstand beste Ergebnis erzielte die Partei im Eifelkreis Bitburg-Prüm (23,4 Prozent). Der erhebliche Zugewinn von 19,8 Prozentpunkten im Vergleich zur Europawahl 2019 ist auf einen Kandidateneffekt zurückzuführen: Der aus dem Eifelkreis stammende, ehemalige Bürgermeister und Landrat Joachim Streit bewarb sich um ein Mandat im Europäischen Parlament und hatte auf Platz drei der bundesweiten Liste gute Chancen. Die Aussicht, dass ein erfahrener Kommunal- und Landespolitiker die Interessen der Eifelerinnen und Eifeler in Brüssel vertreten könnte, scheint viele Wählerinnen und Wähler motiviert zu haben. Joachim Streit zog tatsächlich für die FREIEN WÄHLER ins Europäische Parlament ein.

DIE LINKE verliert Stimmen

Die Partei DIE LINKE, die nicht im rheinland-pfälzischen Landtag vertreten ist, muss gegenüber der Landtags- und der Bundestagswahl 2021 weitere Verluste hinnehmen und erreichte landesweit nur noch 1,7 Prozent der Stimmen. In den kreisfreien Städten fiel das Ergebnis besser aus als in den Landkreisen (2,9 bzw. 1,4 Prozent). Ihr Stimmenanteil geht in den Landkreisen stärker zurück als in den kreisfreien Städten (–1,4 bzw. –1,1 Prozentpunkte). Lediglich in der Landeshauptstadt konnte die Partei ihr Ergebnis im Vergleich zur Europawahl 2019 steigern (+0,3 Prozentpunkte). In allen anderen Verwaltungsbezirken stehen Verluste zu Buche.

In den kreisfreien Städten votierten die meisten Wählerinnen und Wähler in Mainz für DIE LINKE, die wenigsten dagegen in Pirmasens (4,8 bzw. 1,2 Prozent). In den Landkreisen erreicht die Partei das beste Ergebnis im Landkreis Mainz-Bingen und das schlechteste im Eifelkreis Bitburg-Prüm (1,9 bzw. 1 Prozent).



Bündnis Sahra Wagenknecht überholt DIE LINKE

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das erstmals bei einer Wahl in Rheinland-Pfalz angetreten ist, erhielt in den kreisfreien Städten 21 801 Stimmen und in den Landkreisen 73 842 Stimmen. Das entspricht jeweils 4,7 Prozent der gültigen Stimmen. Am wenigsten Zustimmung fand das Angebot des BSW bei den Wählerinnen und Wählern in Mainz und im Eifelkreis Bitburg-Prüm (3,1 bzw. 3,4 Prozent). Die höchsten Zustimmungswerte wurden der neu gegründeten Partei in der kreisfreien Stadt Zweibrücken und im Landkreis Kusel zuteil (sieben bzw. 7,1 Prozent). Die beste Platzierung in der Rangfolge der Parteien erreichte das BSW in den Landkreisen Südwestpfalz und Kusel, wo es hinter der CDU, der AfD und der SPD jeweils Platz 4 belegte. Sowohl in der Stadt als auch im Landkreis Kaiserslautern sowie in Ludwigshafen erreichte das Bündnis Sahra Wagenknecht Rang 5.

Unter den sonstigen Parteien erhält Volt in den Universitätsstädten den größten Zuspruch

Auf die 26 sonstigen Parteien, die in Rheinland-Pfalz zur Wahl standen, entfielen zusammen 10,4 Prozent der gültigen Stimmen. Den höchsten Stimmenanteil erzielten die sonstigen Parteien zusammengekommen in den Universitätsstädten Mainz (17,2 Prozent), Landau (14,7 Prozent) und Trier (13,9 Prozent). In den zwölf kreisfreien Städten verbuchte die Partei Volt von allen 26 sonstigen Parteien die stärksten Einzelergebnisse. In Mainz kam sie auf 7,3 Prozent, in Landau auf fünf Prozent und in Trier auf 4,6 Prozent der gültigen Stimmen. Für die PARTEI und die Tierschutzpartei votierten in diesen drei Städten ebenfalls mehr als ein

Prozent der Wählerinnen und Wähler. In den Landkreisen Mainz-Bingen, Alzey-Worms sowie im Rhein-Lahn-Kreis gaben mehr als zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme an sonstige Parteien.

Bei der Europawahl trat erneut ein Muster auf, das bereits bei den vergangenen Bundestags- und Landtagswahlen zu beobachten war: In kreisfreien Städten oder in Landkreisen, in denen die Christdemokraten stark sind, d. h. mehr als 30 Prozent der Stimmen erhalten, ist der Unterschied zwischen den Parteien auf den Plätzen zwei bis vier oftmals sehr gering. Im Landkreis Ahrweiler erhielt die CDU 38,2 Prozent der Stimmen. Die Spannweite zwischen den Stimmenanteilen von SPD, GRÜNEN und AfD liegt dort bei nur 3,4 Prozentpunkten. Ähnliches gilt für Neustadt und für Speyer. In anderen Verwaltungsbezirken sind die Ergebnisse von CDU und SPD relativ schwach und das Ergebnis der AfD so stark, dass der Unterschied zwischen den ersten drei Parteien sehr gering ist. Das gilt vor allem für den Landkreis Kusel und für den Donnersbergkreis. So lagen im Kreis Kusel nur 4,4 Prozentpunkte zwischen der erst- und der drittplatzierten Partei. Auch auf den Plätzen 4 bis 7 rücken die Parteien näher zusammen, beispielsweise im Landkreis Birkenfeld: Dort liegen GRÜNE, FDP, FREIE WÄHLER und BSW fast gleichauf mit Ergebnissen zwischen 4,9 und 5,9 Prozent.

AfD und BSW konkurrieren um Wählerinnen und Wähler

Inhaltliche Schnittmengen zwischen den Parteien lassen sich erkennen, wenn man über alle Verwaltungsbezirke hinweg den Zusammenhang zwischen den Stimmenanteilen betrachtet. Das regionale Muster der Stim-



menanteile der Christdemokraten ähnelt am ehesten dem der FREIEN WÄHLER ($r = +0,20$). Im Gegensatz dazu zeigen sich negative Zusammenhänge zwischen dem Ergebnis der CDU und der regionalen Stimmenverteilung der Partei DIE LINKE ($r = -0,57$), der GRÜNEN ($r = -0,49$) und der SPD ($r = -0,46$). Die Sozialdemokraten schneiden dort am besten ab, wo auch das Bündnis Sahra Wagenknecht ($r = +0,30$), AfD und DIE LINKE erfolgreich sind (jeweils $r = +0,17$).

Ein starker positiver Zusammenhang besteht zwischen dem Stimmenanteil der GRÜNEN und der Partei DIE LINKE ($r = +0,85$). Die GRÜNEN sind zudem tendenziell dort stark, wo auch die Freien Demokraten regional am besten abschneiden ($r = +0,52$). Ein negativer Zusammenhang besteht für die FDP mit dem Stimmenanteil des neu gegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht und der Alternative für Deutschland ($r = -0,61$ bzw. $r = -0,55$). Dass BSW und AfD in denselben Wählermilieus um Stimmen werben, zeigt

die sehr hohe positive Korrelation zwischen den Stimmenanteilen beider Parteien: Je höher der Stimmenanteil des BSW, desto besser schnitt auch die AfD ab ($r = +0,85$).

Eine Analyse des Zusammenhangs² von Einkommen und Wahlentscheidung zeigt: je höher das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte³, desto besser fällt das Wahlergebnis der FDP aus ($r = 0,53$). Etwas schwächer fällt der positive statistische Zusammenhang bei der CDU und den GRÜNEN aus ($r = 0,28$ bzw. $r = 0,16$). Zwischen dem Stimmenergebnis des BSW und dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bestand die stärkste negative Korrelation ($r = -0,37$). Für die AfD und die LINKE gilt dies in etwas schwächerem Ausmaß ($r = -0,27$ bzw. $-0,26$).

Dr. Andrea Weitzel ist Referentin im Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Weitere Beiträge zur Europawahl 2024 in den Statistischen Monatsheften

Zur Europawahl 2024 sind bereits folgende Beiträge erschienen:

- Ein Jahr vor der Europawahl 2024 (07/2023)
- Ein Monat vor der Europawahl 2024 – Parteihochburgen bei überregionalen Wahlen in Rheinland-Pfalz (05/2024)
- Europawahl 2024 – Das amtliche Endergebnis für Rheinland-Pfalz (08/2024)
- Wahlbeteiligung bei Europawahl nimmt zu – AfD und BSW gewinnen dort, wo nur wenige Menschen abstimmen (09/2024)

² Im Zuge der Zusammenhangsanalyse werden Korrelationskoeffizienten nach Bravais-Pearson berechnet, die über die Stärke und Richtung eines linearen statistischen Zusammenhangs zweier Merkmale informieren. Ein Wert von +1 weist auf einen perfekten positiven Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen hin, ein Wert von -1 auf einen perfekten negativen Zusammenhang. Bei einem Wert von 0 existiert kein linearer Zusammenhang. Korrelationskoeffizienten können auf der Aggregatebene nicht kausal im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs interpretiert werden. Zudem kann sich der statistische Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen auflösen, wenn in der Zusammenhangsanalyse weitere Merkmale berücksichtigt werden.

³ Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGRdL), Berechnungsstand August 2022.



Statistische Analyse „Europawahl 2024 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“

Diese und weitere interessante Informationen zur Europawahl erhalten Sie in der Publikation „Europawahl 2024 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“. Hier finden Sie neben einer textlichen Kommentierung der vorläufigen amtlichen Endergebnisse auch ausführliche Tabellen und Grafiken sowie kartografische Darstellungen. Die Analyse steht im Internet zum kostenfreien Download bereit:



[www.statistik.rlp.de/
publikationen/analysen](http://www.statistik.rlp.de/publikationen/analysen)



Titelfoto: © MNStudio – stock.adobe.com



Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte 2023

Anwendung eines neuen Konzepts mit Daten des Mikrozensus



Von Dr. Julia Stoffel

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2023¹ hatte ein Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer eine Einwanderungsgeschichte. Dies bedeutet, dass rund 1,04 Millionen der in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen entweder selbst seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind oder dies auf deren beide Elternteile zutrifft. Vor allem selbst eingewanderte Menschen haben häufiger keinen allgemeinbildenden Schul- bzw. berufsqualifizierenden Abschluss. Zudem beteiligen sie sich unterdurchschnittlich am Erwerbsleben und sind häufiger auf öffentliche Leistungen angewiesen als die übrige Bevölkerung.

Einwanderungsgeschichte – ein neues Konzept für Fragen zum Thema Integration

In ihrem Anfang 2021 vorgelegten Bericht „Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten“ empfiehlt die Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit für Fragen der Integration künftig das Konzept der „Eingewanderten und ihren (direkten) Nachkommen“ zu verwenden. Diese Definition umfasst alle Menschen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit 1950 auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind.²

¹ Erstergebnisse.

² Vgl. Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit: Gemeinsam die Einwanderungsgeschichte gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. www.fachkommission-integrationsfaehigkeit.de/resource/blob/1786706/1880170/917bc43f62136ed26ecef8125a4c9cdf/bericht-de-artikel-data.pdf?download=1 [abgerufen am 04.07.2024]

Im Gegensatz zu dem im Mikrozensus seit 2005 angewandten Konzept des Migrationshintergrunds, ist bei dem neuen Konzept die Wanderungserfahrung ausschlaggebend und nicht mehr die Staatsangehörigkeit bei Geburt.

Für die Erfassung und Darstellung von statistischen Daten zu Eingewanderten und ihren (direkten) Nachkommen hat das Statistische Bundesamt ein neues Konzept der Einwanderungsgeschichte entwickelt. Im Mikrozensus, dessen Ergebnisse Grundlage dieses Beitrags sind, zählen zur Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte:

- Eingewanderte (erste Generation): Personen, die im Ausland geboren wurden und selbst 1950 oder später auf das heutige Gebiet Deutschlands zugezogen sind,
- Nachkommen von Eingewanderten (zweite Generation): Personen, die auf dem heutigen Gebiet Deutschlands geboren wurden

und deren beide Elternteile im Ausland geboren und seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind.

Neben der Wanderungserfahrung (die eigene bzw. die der beiden Elternteile) spielt also auch das Geburtsland (heutiges Gebiet Deutschland versus Ausland) für die Zuordnung eine Rolle.

Darüber hinaus lässt sich der Rest der Bevölkerung in der statistischen Berichterstattung in die folgenden zwei Gruppen einteilen:

- Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte: in Deutschland geborene Personen mit nur einem seit 1950 eingewanderten Elternteil,
- Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte: in Deutschland geborene Personen, von denen kein Elternteil (seit 1950) nach Deutschland eingewandert ist sowie im Ausland geborene Personen, die vor 1950 auf das heutige Bundesgebiet eingewandert sind.

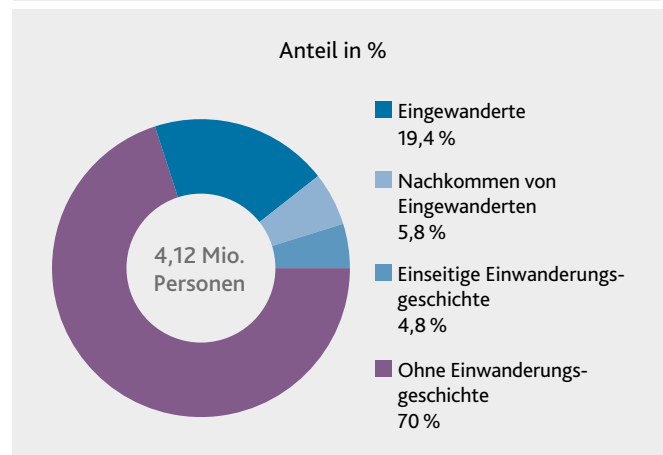
Per Definition und Typisierung im Mikrozensus werden im neuen Konzept der Einwanderungsgeschichte

- Personen, die in Deutschland geboren wurden, vorübergehend im Ausland gelebt haben und (seit 1950) wieder nach Deutschland zurückgekehrt sind, nicht zu den Eingewanderten in der ersten Generation gezählt,
- Personen, die vor 1950 auf das heutige Staatsgebiet Deutschlands eingewandert sind, nicht den Eingewanderten und ihre Kinder nicht den Nachkommen von Eingewanderten zugeordnet,
- Personen ab der dritten Generation nicht als Nachkommen von Eingewanderten erfasst.

Gut eine Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte

Im Jahr 2023 lebten in Rheinland-Pfalz über eine Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte (1,04 Millionen).³ Damit zählte ein Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zu dieser Bevölkerungsgruppe (25 Prozent). Von den 1,04 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte waren 800 300 selbst seit 1950 nach Deutschland eingewandert. Die Eingewanderten in erster Generation machten somit knapp ein Fünftel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung aus (19 Prozent). Rund 238 300 Personen (5,8 Prozent der Bevölkerung) waren direkte Nachkommen dieser Eingewanderten, also in Deutschland geborene Personen, deren beide Elternteile seit 1950 eingewandert sind.

G1 Bevölkerung 2023 nach Einwanderungsgeschichte



³ Die dargestellten Ergebnisse im vorliegenden Fachbeitrag beziehen sich auf die Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten. Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften (z. B. für Geflüchtete) ist in den Ergebnissen nicht enthalten, da für Personen in Gemeinschaftsunterkünften die zur Auswertung erforderlichen Merkmale gemäß Mikrozensusgesetz (MZG) nicht erhoben werden.



Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Neben der seit 1996 integrierten europäischen Arbeitskräfteerhebung wird seit dem Erhebungsjahr 2020 auch die bisher separat durchgeführte europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen im Mikrozensus erhoben. Die Befragung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten ist seit dem Erhebungsjahr 2021 ebenfalls Bestandteil des Mikrozensus. Durch die Integration dieser neuen Bestandteile ergeben sich viele neue Auswertungsmöglichkeiten. Der neugestaltete Mikrozensus ist jedoch auch mit methodischen Änderungen verbunden. Neben dem Fragenprogramm wurden die Konzeption der Stichprobe, sowie mit der Einführung eines Online-Fragebogens auch die Form der Datengewinnung verändert.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zur Erwerbstätigkeit und zum Bildungsstand. In vierjährigen Abständen werden zudem themenspezifische Zusatzprogramme (un-

ter anderem zum Pendlerverhalten und zur Wohnsituation der Bevölkerung) erhoben.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 20 000 Haushalte mit rund 42 000 Personen in die Erhebung einbezogen, die zum Teil zweimal pro Jahr befragt werden.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse, denen eine geringe Fallzahl zugrunde liegt (70 oder weniger), nicht veröffentlicht und Ergebnisse, denen 71 bis unter 120 Fälle zugrunde liegen, in veröffentlichten Tabellen in Klammern gesetzt.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Die Entwicklungen von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgen im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte waren bis zum Mikrozensus 2015 Fortschreibungen der Volkszählung 1987 (für die alten Bundesländer) und des zentralen Einwohnerregisters der DDR 1990 (für die neuen Bundesländer). Seit 2016 basiert die Auswahl der Stichprobe auf den fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen des Zensus 2011. Darüber hinaus werden Veränderungen des Gebäudebestandes in Folge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Die aktuelle gesetzliche Grundlage des Mikrozensus ist das Mikrozensusgesetz (MZG), das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist.

Bei weiteren 196 300 in Deutschland Geborenen (4,8 Prozent der Bevölkerung) war nur einer der beiden Elternteile seit 1950 eingewandert. Dieser Personenkreis wird nach der hier verwendeten Definition nicht zur Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte gezählt. Das Gros der rheinland-pfälzischen Bevölkerung (2,88 Millionen bzw. 70 Prozent) hatte keine Einwanderungsgeschichte, d. h. sie sind weder selbst seit 1950 eingewandert noch sind es ihre beiden oder einer der beiden Elternteile.

Einwanderung – wann, warum, woher?

Von den im Jahr 2023 in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten der ersten Generation kam nahezu die Hälfte (49 Prozent) in den letzten 14 Jahren – insbesondere 2015 und 2022 – nach Deutschland. Gut ein Fünftel der in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten zog in den 1990er-Jahren nach Deutschland (21 Prozent). Zwischen 2000 und 2010 wanderten knapp zwölf Prozent ein, in den 1980er-Jahren 9,7 Prozent und 8,9 Prozent vor 1980.

Nach dem Hauptgrund für den Zuzug nach Deutschland befragt, gaben 45 Prozent der

insgesamt in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten familiäre Gründe an. Hierunter fallen die Familienzusammenführung sowie die Familiengründung. Am zweithäufigsten wurde Flucht, Verfolgung, Vertreibung oder Asyl genannt (19 Prozent). Dieses Zuwanderungsmotiv hat seit 2010 enorm an Bedeutung gewonnen. Aber auch die Arbeitsperspektive spielt seit 2010 eine zunehmende Rolle; insgesamt war dies für 17 Prozent der Eingewanderten der wichtigste Grund für den Zuzug nach Deutschland.

Neun Prozent der in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten wurden in Polen geboren, gefolgt von Kasachstan (8,9 Prozent) und der Russischen Föderation (acht Prozent). Weitere wichtige Herkunftsländer waren die Türkei (7,6 Prozent), Syrien (7,2 Prozent), Rumänien (6,3 Prozent) und die Ukraine (4,4 Prozent). Die in einem dieser sieben Länder geborenen Zugewanderten machten 2023 mehr als die Hälfte der Eingewanderten in Rheinland-Pfalz aus (52 Prozent).

Die Mehrheit der in Polen geborenen Eingewanderten kamen entweder seit 2010 (33 Prozent) oder in den 1980er-Jahren (29 Prozent) nach Deutschland. Als Haupt-

T1 Eingewanderte 2023 nach Zuzugsjahr und Hauptmotiv der Zuwanderung

Zuzugsjahr	Familiäre Gründe	Flucht, Verfolgung, Vertreibung, Asyl	Arbeit/ Beschäftigung	Sonstige Hauptgründe	Zusammen
	Anteil in %				
Vor 1980	4,9	(0,9)	1,9	(1,2)	8,9
1980-1989	5,5	1,4	(1,1)	1,7	9,7
1990-1999	12,2	2,8	1,5	4,6	21,1
2000-2009	6,9	/	(1,5)	2,7	11,7
2010-2023	15,6	13,3	11,2	8,5	48,7
Insgesamt	45,1	18,9	17,2	18,8	100
() Aussagewert eingeschränkt, da Zahl aufgrund der Fallzahl statistisch unsicher / Keine Angabe, da Zahl aufgrund der geringen Fallzahl nicht sicher genug					



motiv für den Zuzug nach Deutschland gaben über die Hälfte aller in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen polnischer Herkunft familiäre Gründe an (52 Prozent), gefolgt von Arbeit und Beschäftigung (24 Prozent).

Die aus Kasachstan und der Russischen Föderation stammenden Mitbürgerinnen und Mitbürger wanderten überwiegend in den 1990er-Jahren ein (68 Prozent bzw. 51 Prozent). Dieses Zuwanderungsgeschehen dürfte in engem Zusammenhang mit der Auflösung der Sowjetunion stehen. Für die Menschen dieser beiden Herkunftsländer waren familiäre Gründe mit Abstand das bedeutendste Motiv für die Migration (Kasachstan: 66 Prozent, Russische Föderation: 58 Prozent).

Die Mehrheit der in der Türkei geborenen Zuwanderer reisten entweder vor 1980 (27 Prozent) oder in den 1990er-Jahren (24 Prozent) ein. Auch das Gros der türkisch-stämmigen Migrantinnen und Migranten gab familiäre Gründe als hauptsächliches Zuzugsmotiv an (67 Prozent).

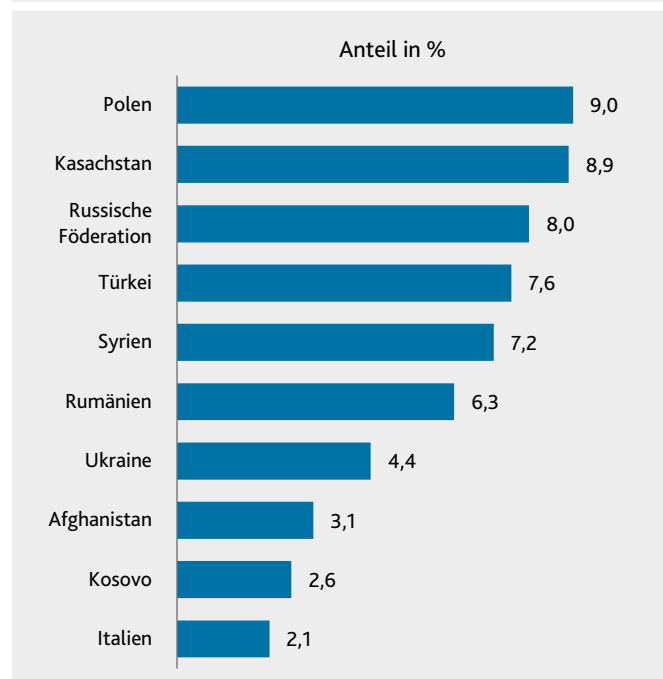
Die rheinland-pfälzischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Syrien oder Rumänien geboren wurden, kamen größtenteils seit 2010 nach Deutschland, insbesondere die Menschen aus Syrien (97 Prozent; Rumänien: 70 Prozent). Vor dem Hintergrund des syrischen Bürgerkrieges verlegten fast drei Viertel der in Syrien geborenen Zuwanderer aufgrund von Flucht, Verfolgung, Vertreibung oder Asyl ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland (71 Prozent). Aus familiären Gründen kamen 41 Prozent der aus Rumänien stammenden Eingewanderten nach Deutschland. Etwa ebenso viele Bürgerinnen und Bürger rumänischer Herkunft bewog die Aussicht auf einen (besseren) Arbeitsplatz nach Deutschland einzureisen (40 Prozent).

Die für Rumänien seit 2014 geltende volle Arbeitnehmerfreizügigkeit dürfte hierbei eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Auch die in der Ukraine geborenen Eingewanderten kamen überwiegend seit 2010 nach Deutschland (72 Prozent). Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine waren Flucht, Verfolgung, Vertreibung oder Asyl für mehr als jede zweite aus der Ukraine eingewanderte Person der wichtigste Grund für den Zuzug nach Deutschland (53 Prozent).

Fast drei Viertel der in Rheinland-Pfalz lebenden Eingewanderten waren bei der Einreise nach Deutschland im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren (72 Prozent), gut ein Viertel war jünger als 15 Jahre (28 Prozent). Nur sehr wenige Zugewanderte hatten bereits das 65. Lebensjahr vollendet. Im Durchschnitt waren die Eingewanderten bei Einreise 24 Jahre alt.

G2 Die zehn häufigsten Geburtsländer der Eingewanderten 2023



Exkurs: Einwanderungsgeschichte vs. Migrationshintergrund – Eine Gegenüberstellung der beiden Konzepte

Im Mikrozensus wird seit 2005 das Konzept des Migrationshintergrunds umgesetzt und inzwischen auch das von der Fachkommission Integrationsfähigkeit 2021 vorgeschlagene, neue Konzept der Einwanderungsgeschichte. Während beim Migrationshintergrund die Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt der Geburt (eigene und die der Eltern) entscheidend ist, basiert die Einwanderungsgeschichte auf der Einwanderungserfahrung einer Person und ihrer Eltern. Die Staatsangehörigkeit spielt bei dem neuen Konzept keine Rolle. Darüber hinaus werden bei dem Konzept der Einwanderungsgeschichte grundsätzlich nur Einwanderungen seit 1950 betrachtet. Bei der Definition des Migrationshintergrunds spielt das Jahr 1950 als zeitliche Grenze nur dahingehend eine Rolle, um Vertriebene des Zweiten Weltkrieges (kein Migrationshintergrund) gegenüber (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler (mit Migrationshintergrund) abzugrenzen. Außerdem wird beim Konzept des Migrationshintergrunds auch ein einseitiger Migrationshintergrund eingeschlossen, d. h. es reicht, wenn ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde, um als mit deutscher Staatsangehörigkeit geborener Nachkomme zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gezählt zu werden. Im Gegensatz hierzu müssen bei dem Konzept der Einwanderungsgeschichte beide Elternteile seit 1950 eingewandert sein, um als in Deutschland geborener Nachkomme zur Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte gerechnet zu werden. Wie wirken sich die beiden Konzepte zahlenmäßig aus? Was bedeuten die definito-

rischen Unterschiede für die Zuordnung der einzelnen Person? Im Jahr 2023 lebten in Rheinland-Pfalz laut Mikrozensus (Erstergebnisse) rund 1,22 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, aber nur 1,04 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Differenz: 181 000 Personen). Zudem gab es Personen, die zwar eine Einwanderungsgeschichte hatten, aber keinen Migrationshintergrund und umgekehrt.

Wie der Tabelle 2 entnommen werden kann, wiesen im Jahr 2023 rund 207 000 Personen einen Migrationshintergrund auf, gehörten aber nicht zu den Eingewanderten und ihren direkten Nachkommen. Hierunter waren gut 153 000 Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte, d. h. Menschen, die in Deutschland geboren wurden (mit deutscher oder nicht deutscher Staatsangehörigkeit) und eines ihrer Elternteile (nicht beide) seit 1950 auf das heutige Gebiet Deutschlands eingewandert ist. Im Einzelnen umfasste diese Gruppe:

- Mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene mit einseitigem Migrationshintergrund, von denen ein Elternteil seit 1950 eingewandert ist (80 Prozent).
- Mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene mit beidseitigem Migrationshintergrund, von denen ein Elternteil seit 1950 eingewandert ist (10,4 Prozent).
- Mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene (auch Eingebürgerte und Personen, die die



deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption erlangt haben), von denen ein Elternteil seit 1950 eingewandert ist (9,6 Prozent).

Die übrigen rund 54 000 Personen zählten – trotz Vorliegen eines Migrationshintergrunds – zur Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte. Auch in dieser Gruppe war die Mehrzahl (70 Prozent) mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene mit einseitigem Migrationshintergrund, allerdings wurden von diesen Personen beide Elternteile in Deutschland geboren oder sind vor 1950 eingewandert. Daneben umfasst diese Konstellation auch Personen mit beidseitigem Migrationshintergrund (beide Eltern mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren oder vor 1950 eingewandert) sowie mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland Geborene, deren Eltern ebenfalls in Deutschland geboren wurden (oder vor 1950 eingewandert sind) und mit

ausländischer Staatsangehörigkeit im Ausland Geborene, die selbst vor 1950 eingewandert sind.

Auf der anderen Seite wiesen die Ergebnisse des Mikrozensus 2023 rund 26 000 Personen aus, die bisher zwar nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählten, nun aber zu den Eingewanderten und ihren Nachkommen. Dies waren zum einen etwa 6 000 Eingewanderte, die mit deutscher Staatsangehörigkeit im Ausland geboren wurden und deren beide Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit auch seit Geburt besaßen. Zum anderen 20 000 Nachkommen von Eingewanderten, die mit deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren wurden, beide Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit ebenfalls von Geburt an besaßen, aber seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind.

T2 Bevölkerung¹ 2023² nach Migrationsstatus und Einwanderungsgeschichte

Einwanderungs- geschichte	Ohne Migrations- hintergrund	Mit Migrations- hintergrund	Zusammen	Ohne Migrations- hintergrund	Mit Migrations- hintergrund	Zusammen
	1 000			Anteil in %		
Eingewanderte	(6,1)	794,2	800,3	(0,1)	19,3	19,4
Nachkommen von Eingewanderten	20,0	218,3	238,3	0,5	5,3	5,8
Einseitige Einwanderungs- geschichte	43,0	153,4	196,3	1,0	3,7	4,8
Ohne Einwanderungs- geschichte	2 831,2	53,5	2 884,8	68,7	1,3	70,0
Insgesamt	2 900,3	1 219,3	4 119,7	70,4	29,6	100

() Aussagewert eingeschränkt, da Zahl aufgrund der Fallzahl statistisch unsicher
1 Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten. – 2 Erstergebnisse.

Eingewanderte sprechen seltener zu Hause Deutsch als ihre Nachkommen

Gut drei Viertel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung insgesamt sprach zu Hause ausschließlich Deutsch (77 Prozent). Weitere 17 Prozent waren mehrsprachig und nutzten neben Deutsch noch mindestens eine andere Sprache in den eigenen vier Wänden. Die restlichen 6,1 Prozent gaben an, zu Hause kein Deutsch zu sprechen.

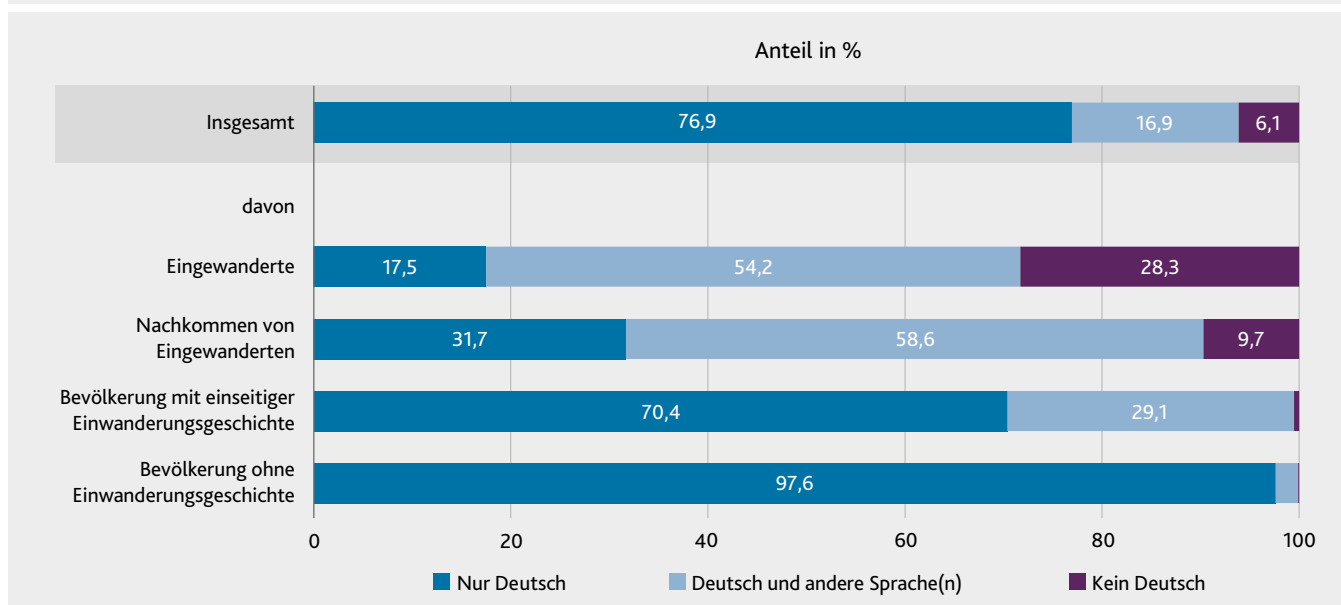
Je nach Wanderungserfahrung wurde Deutsch mehr oder weniger zur Verständigung mit Haushaltsangehörigen genutzt. Annähernd drei Viertel der Personen, die selbst eingewandert sind, kommunizierten zu Hause auf Deutsch (72 Prozent). Dabei war für 17 Prozent der Eingewanderten Deutsch die einzige Sprache zu Hause, gut die Hälfte nutzte neben Deutsch mindestens noch eine weitere Sprache (54 Prozent). Mehr als ein Viertel der eingewanderten Personen verzichtete im häuslichen Umfeld komplett auf Deutsch (28 Prozent).

Mehr als 90 Prozent der direkten Nachkommen unterhielten sich zu Hause auf Deutsch. Nahezu ein Drittel nutzte nur Deutsch (32 Prozent), knapp 59 Prozent griffen auf mindestens eine weitere Sprache zurück. Knapp jeder zehnte Nachkomme benutzte zu Hause kein Deutsch (9,7 Prozent).

Bis auf wenige Ausnahmen verständigte sich die Bevölkerung mit einseitiger bzw. ohne Einwanderungsgeschichte mit Haushaltsangehörigen (auch) auf Deutsch. Ausschließlich auf Deutsch kommunizierten 98 (ohne Einwanderungsgeschichte) bzw. 70 Prozent (einseitige Einwanderungsgeschichte) der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, mindestens eine weitere Sprache wurde von 29 (einseitige Einwanderungsgeschichte) bzw. 2,3 Prozent (ohne Einwanderungsgeschichte) eingesetzt.

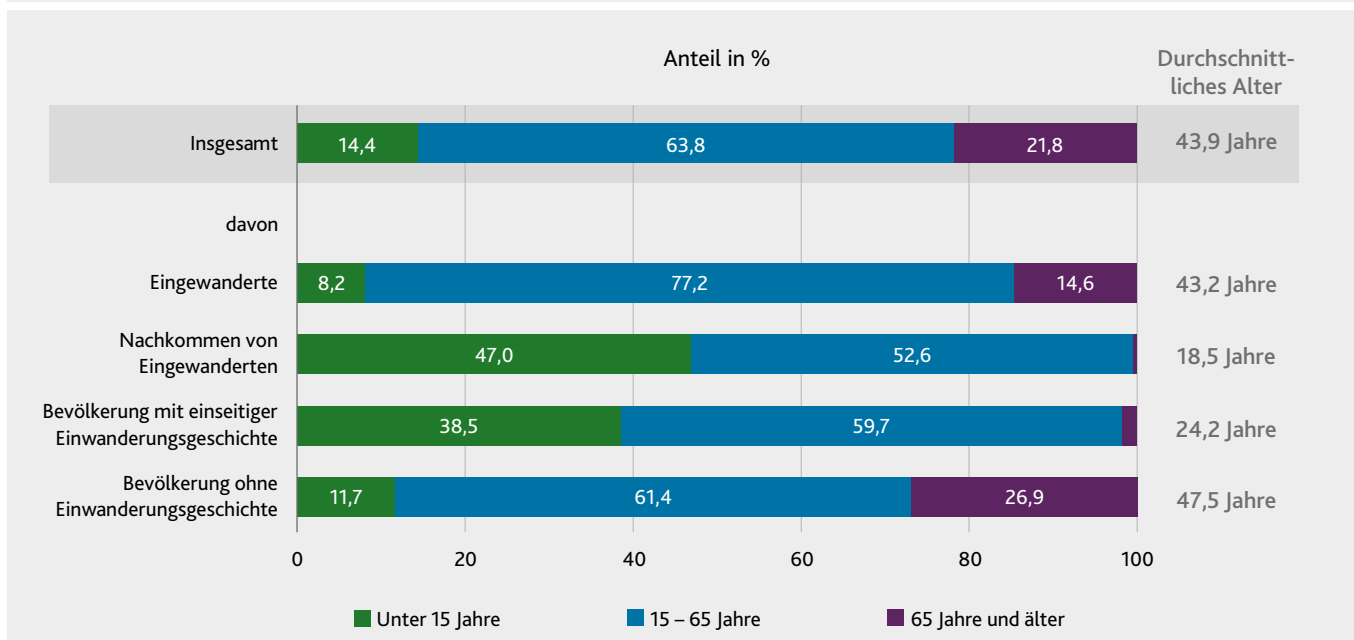
Rund 18 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer nutzten zu Hause in erster Linie eine andere Sprache als Deutsch zur Verständigung. Unter diesen Personen war Russisch mit 14 Prozent die

G3 Bevölkerung 2023 nach Einwanderungsgeschichte und zu Hause gesprochener Sprache





G4 Bevölkerung 2023 nach Einwanderungsgeschichte und Altersgruppen



am häufigsten gesprochene Sprache, gefolgt von Türkisch (zwölf Prozent) und Arabisch (elf Prozent). Danach wurden Rumänisch (6,5 Prozent), Polnisch (sechs Prozent), Englisch (5,5 Prozent) und Albanisch (fünf Prozent) am meisten genannt. Während bei den Eingewanderten, die in den eigenen vier Wänden vorwiegend kein Deutsch sprachen, am häufigsten Russisch zum Einsatz kam, war es bei den Nachkommen sowie den Personen mit nur einem eingewanderten Elternteil jeweils Türkisch. Die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte unterhielt sich zu Hause am häufigsten – wenn es nicht die deutsche Sprache war – auf Englisch.

Eingewanderte Bevölkerung im Mittel so alt wie der Landesdurchschnitt

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung ist im Schnitt 43,9 Jahre alt. Aufgegliedert nach den vier Gruppen Eingewanderte, Nachkommen von Eingewanderten, Bevölkerung

mit einseitiger bzw. ohne Einwanderungsgeschichte zeigte sich, dass Letztere im Mittel am ältesten war (47,5 Jahre). Das Durchschnittsalter der Eingewanderten der ersten Generation (43,2 Jahre) entsprach etwa dem landesweiten Mittelwert. Deutlich jünger waren die Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte (24,2 Jahre) sowie die direkten Nachkommen der Eingewanderten (18,5 Jahre).

Die großen Unterschiede im Durchschnittsalter beruhen auf der unterschiedlich starken Besetzung der einzelnen Altersklassen bzw. -jahre. So waren 47 Prozent der Nachkommen von Eingewanderten und 39 Prozent der Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte jünger als 15 Jahre. Bei der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte traf dies lediglich auf zwölf und bei den Eingewanderten sogar nur auf 8,2 Prozent zu. Dagegen war der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre)



unter den Eingewanderten mit Abstand am höchsten (77 Prozent), gefolgt von der Bevölkerung ohne (61 Prozent) respektive mit einseitiger Einwanderungsgeschichte (60 Prozent). Von den Nachkommen der Eingewanderten befand sich etwas mehr als jede bzw. jeder Zweite im erwerbsfähigen Alter (53 Prozent). In der Folge bedeutet dies, dass jede vierte Rheinland-Pfälzerin bzw. jeder vierte Rheinland-Pfälzer ohne Einwanderungsgeschichte (27 Prozent) und 15 Prozent der Eingewanderten bereits das 65. Lebensjahr vollendet hatte. Unter den Nachkommen und denjenigen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte waren nur wenige Personen 65 Jahre oder älter.

Das Alter ist eine wichtige Determinante in Bezug auf weitere soziodemografische Merkmale wie z. B. Familienstand, Schulbildung, Erwerbstätigkeit oder Einkommen, die sich wiederum gegenseitig beeinflussen. Die unterschiedliche Altersstruktur muss daher bei der Interpretation bzw. bei Vergleichen der vier Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden.

Eingewanderte häufiger ohne Abschluss

Die schulische und berufliche Qualifikation können sich bedeutend auf die (späteren) Erwerbs-, Berufs-, Einkommens- und Lebenschancen auswirken. Je besser die Qualifikation, desto höher dürfte die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt sein und damit die Möglichkeit, Erwerbseinkommen zu erzielen. Ebenso können sich Unterschiede in der Qualifikation auf die Höhe des Erwerbseinkommens auswirken.

Bei der Erhebung im Jahr 2023 gaben 5,2 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren an, keinen allgemeinbildenden Schulabschluss zu besit-

zen.⁴ Hierbei fällt auf, dass insbesondere den Eingewanderten ein Schulabschluss fehlte (17 Prozent). Von den Menschen ohne Einwanderungsgeschichte besaßen hingegen nur 1,8 Prozent keinen allgemeinbildenden Schulabschluss.

Personen, bei denen nur ein Elternteil eingewandert ist, verfügten – relativ betrachtet – deutlich öfter über einen höheren Schulabschluss als der Rest der Bevölkerung. Der Anteil derer mit Fachhochschulreife oder Abitur belief sich bei dieser Personengruppe auf 45 Prozent gegenüber jeweils 35 Prozent bei den Eingewanderten und deren Nachkommen bzw. 36 Prozent bei der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte.

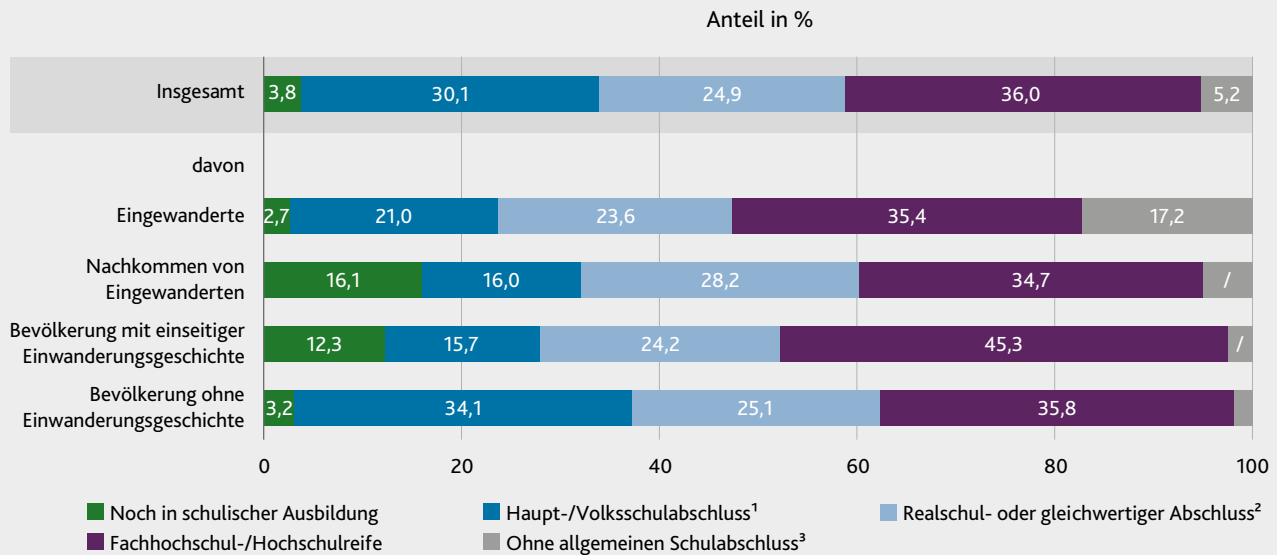
Aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur verwundert es nicht, dass ein wesentlich größerer Anteil der Nachkommen von Eingewanderten (16 Prozent) sowie der Menschen mit nur einem eingewanderten Elternteil (zwölf Prozent) sich noch in schulischer Ausbildung befindet (Bevölkerung insgesamt: 3,8 Prozent).

Auch mit Blick auf die berufliche Qualifikation konnten Eingewanderte weitaus seltener einen Abschluss vorweisen. Im Jahr 2023 besaßen 47 Prozent der Eingewanderten keinen beruflichen Abschluss und befanden sich weder in schulischer noch beruflicher Ausbildung. Von der jüngsten hier betrachteten Bevölkerungsgruppe, nämlich den Nachkommen von Eingewanderten, war gut ein Fünftel ohne beruflichen Abschluss und nicht in Ausbildung (22 Prozent). Das war der zweithöchste Anteilswert unter den vier betrachteten Bevölkerungsgruppen (Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte: 17 Pro-

4 Im Abschnitt zur schulischen und beruflichen Bildung werden nur Personen ab 15 Jahren betrachtet.



G5 Bevölkerung ab 15 Jahren 2023 nach Einwanderungsgeschichte und höchstem allgemeinen Schulabschluss



/ Keine Angabe, da Zahl aufgrund der geringen Fallzahl nicht sicher genug

1 Einschließlich Abschluss nach der 8. und 9. Klasse der Polytechnischen Oberschule der DDR. – 2 Einschließlich Abschluss nach der 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule der DDR. – 3 Einschließlich Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch oder Abschluss an einer Förderschule.

zent, Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte: 14 Prozent).

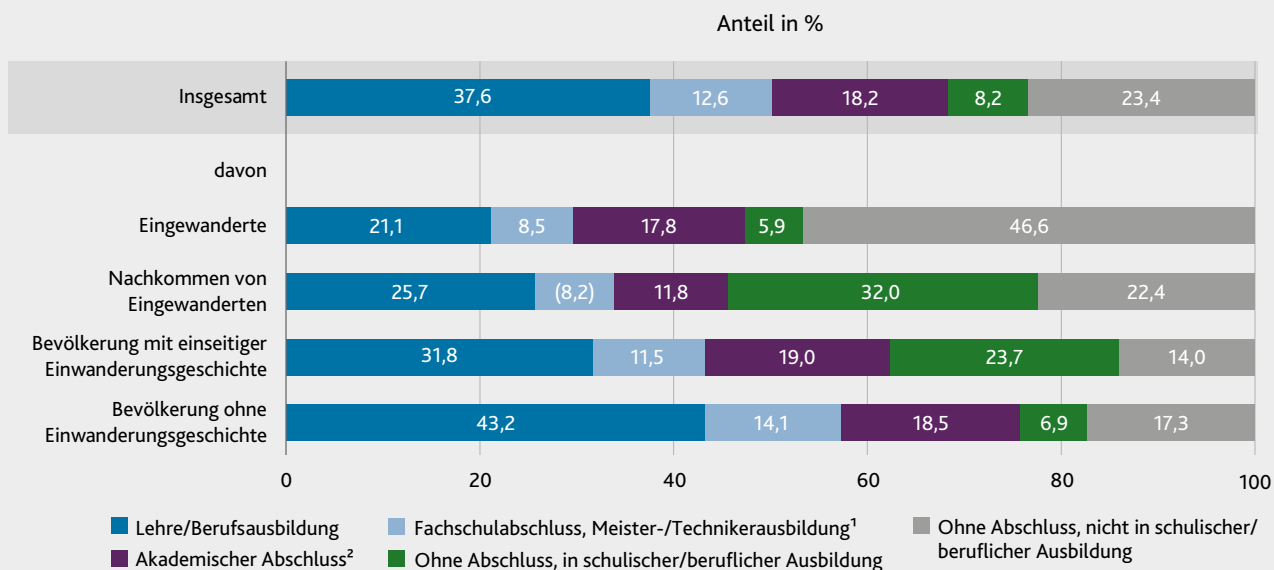
Die akademischen Abschlüsse betreffend lagen die einzelnen Personengruppen – mit Ausnahme der Nachkommen – etwa gleichauf. So konnten 18 Prozent der Eingewanderten und jeweils 19 Prozent der Menschen mit einseitiger bzw. ohne Einwanderungsgeschichte einen Abschluss als Bachelor oder Master, ein Diplom oder eine Promotion vorweisen. Bei den Nachkommen von Eingewanderten traf dies auf zwölf Prozent zu.

Geringere Beteiligung am Erwerbsleben von eingewanderten Menschen

Hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den vier Bevölkerungsgruppen. Dies zeigt sich z. B. an der Erwerbstätigenquote, die in Rheinland-Pfalz 2023 für die Menschen ohne

Einwanderungsgeschichte im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit 81 Prozent bedeutend höher ausfiel als für die eingewanderten Bürgerinnen und Bürger der gleichen Altersgruppe (70 Prozent). Noch etwas niedriger war die entsprechende Erwerbstätigenquote der Nachkommen von Eingewanderten (67 Prozent). Für Personen mit nur einem eingewanderten Elternteil belief sich die Quote auf 75 Prozent.

Eingewanderte im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren zudem häufiger erwerbslos als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. Die Erwerbslosenquote der Eingewanderten (5,5 Prozent) war etwa zweieinhalbmal so hoch wie die der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte (2,1 Prozent). Dies ist ein Indiz dafür, dass die eingewanderte Bevölkerung schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt hat als die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte.

G6 Bevölkerung ab 15 Jahren 2023 nach Einwanderungsgeschichte und beruflichem Bildungsabschluss

() Aussagewert eingeschränkt, da Zahl aufgrund der geringen Fallzahl statistisch unsicher

¹ Einschließlich Fachschulabschluss der DDR. – ² Fachhochschul-/Hochschulabschluss, Promotion.

Gut ein Viertel der Eingewanderten im erwerbsfähigen Alter zählte zu den Nichterwerbspersonen (26 Prozent). Hierbei handelte es sich größtenteils um Personen, die keine Arbeit suchen, weil sie sich in Ausbildung befinden oder ihre Rolle im Haushalt und in der Familie sehen. Bei den Alterskolleginnen und -kollegen ohne Einwanderungsgeschichte lag dieser Anteil bei 17 Prozent und war damit deutlich niedriger. Von den Nachkommen im erwerbsfähigen Alter zählten drei von zehn zu den Nichterwerbspersonen (30 Prozent), 22 Prozent waren es bei den Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte.

Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte bei niedrigen Einkommensklassen überrepräsentiert

Ein niedrigeres schulisches und berufliches Bildungsniveau sowie eine geringere Betei-

ligung am Erwerbsleben können letztlich zu einem geringeren Einkommen bzw. zu einer höheren Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen führen.

Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Einwanderungsgeschichte erzielten 2023 tendenziell geringere Einkommen. Während – nach eigenen Angaben – 15 Prozent der Eingewanderten und 25 Prozent der Nachkommen von Eingewanderten monatlich weniger als 500 Euro netto mit nach Hause brachten, waren es zwölf respektive 7,4 Prozent der Menschen mit einseitiger bzw. ohne Einwanderungsgeschichte.

Weiterhin mussten 19 Prozent der eingewanderten Bürgerinnen und Bürger mit 500 bis 1000 Euro monatlich auskommen im Gegensatz zu 13 Prozent der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte (Nachkommen und Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte jeweils rund



17 Prozent). Bei höheren Einkommensklassen kehrt sich das Verhältnis um: So verfügten knapp 29 bzw. gut 27 Prozent der Personen ohne respektive mit einseitiger Einwanderungsgeschichte über ein persönliches monatliches Nettoeinkommen in Höhe von 2 500 Euro oder mehr gegenüber 18 Prozent der Eingewanderten und 20 Prozent der Nachkommen von Eingewanderten. Neben der beruflichen Qualifikation wirken sich auch weitere Faktoren, wie beispielsweise die

Berufswahl oder die Berufserfahrung, auf die Höhe des erzielten Erwerbseinkommens aus.

Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte häufiger auf öffentliche Leistungen angewiesen

Die eigene Erwerbstätigkeit ist die wichtigste Quelle zur Finanzierung des Lebensunterhalts. Im Jahr 2023 bestritten 45 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ihren

Beteiligung am Erwerbsleben

Nach dem – im Mikrozensus angewandten – Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO) gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen.

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum mindestens eine Stunde gegen Entgelt irgend-einer beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmer/-innen einschließlich Soldatinnen und Soldaten), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitglieds mitarbeiten, ohne dafür Lohn und Gehalt zu beziehen. Daneben gelten auch Personen als erwerbstätig, die vorübergehend nicht arbeiten, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. wegen Urlaub oder Krankheit).

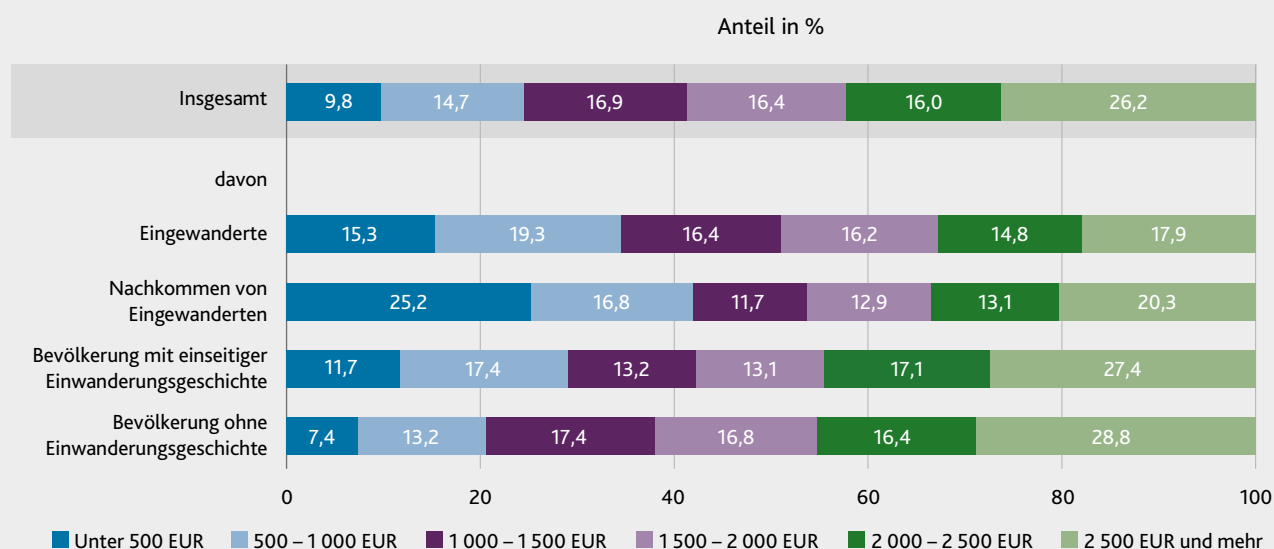
Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen

aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind. Bei Zeitvergleichen ist zu beachten, dass das Verfügbarkeitskriterium bei den veröffentlichten Erwerbslosenzahlen der Mikrozensusdaten erst ab 2005 berücksichtigt wird.

Nichterwerbspersonen sind Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind. Es handelt sich um Personen, die keine – auch keine geringfügig – auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen. Personen unter 15 Jahren zählen grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

Die **Erwerbstätigenquote** ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre).

Die **Erwerbslosenquote** gibt den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an.

G7 Bevölkerung¹ 2023 nach Einwanderungsgeschichte und persönlichem monatlichen Nettoeinkommen

1 Nur Personen mit Einkommen und Angaben zum Einkommen.

Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit. Hierbei war der Anteil unter den Eingewanderten mit 49 Prozent am höchsten, für die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte belief sich der entsprechende Wert auf 46 Prozent. Die „jüngeren“ Bevölkerungsgruppen lebten zu 39 Prozent (Bevölkerung mit einseitiger Einwanderungsgeschichte) bzw. 30 Prozent (Nachkommen von Eingewanderten) überwiegend von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit.

Mit 58 bzw. 51 Prozent bezogen relativ mehr Nachkommen von Eingewanderten bzw. Menschen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte die Mittel für ihren Lebensunterhalt vorwiegend aus Einkünften von Angehörigen (zum Beispiel von Eltern, Partnerin oder Partner). Für die Eingewanderten und die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte waren entsprechende Anteilswerte von 19 bzw. 21 Prozent zu konstatieren. Die großen Unterschiede in der finanziellen Abhängigkeit von

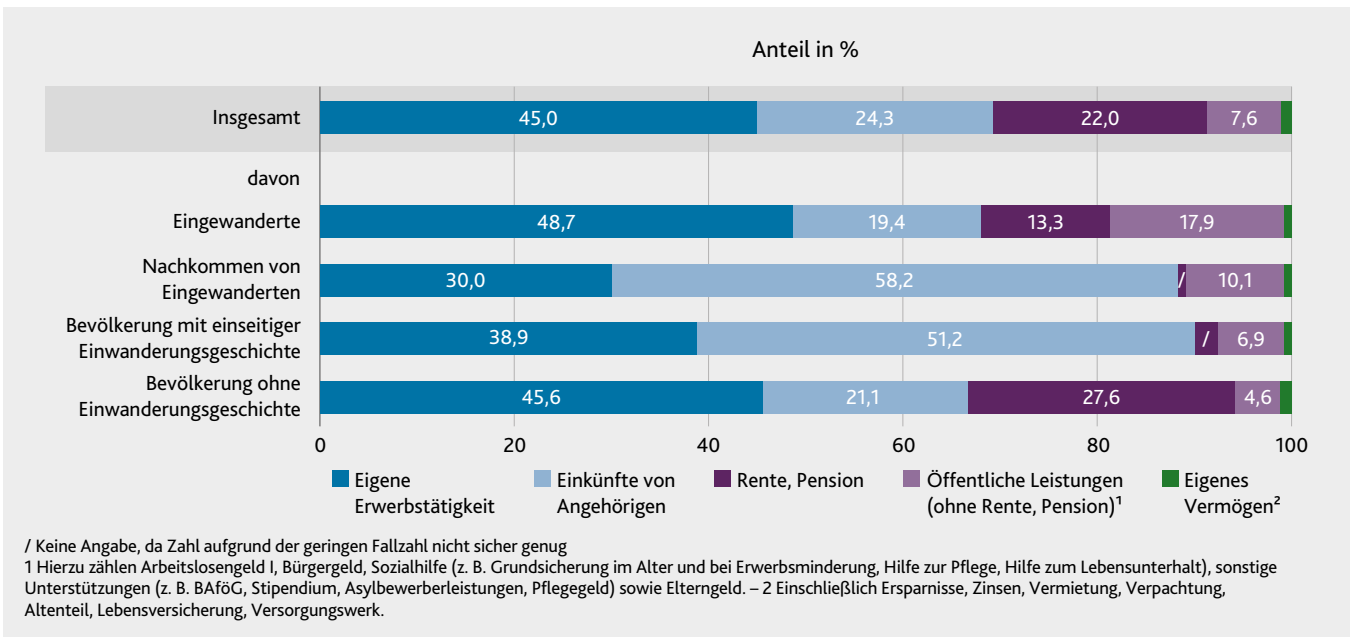
Angehörigen dürften zumindest teilweise in den unterschiedlichen Altersstrukturen der vier betrachteten Bevölkerungsgruppen begründet liegen. Es verwundert nicht, dass insbesondere Kinder vorwiegend von den Einkünften ihrer Eltern abhängig sind.

Ebenfalls aufgrund der jüngeren Altersstruktur spielten Rente und Pension als Unterhaltsquelle bei den Nachkommen von Eingewanderten sowie den Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte kaum eine Rolle. Demgegenüber bestritten 28 Prozent der Menschen ohne Einwanderungsgeschichte und 13 Prozent der Eingewanderten ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer Rente oder Pension, für deren Auszahlung zumeist eine frühere Erwerbstätigkeit sowie ein bestimmtes Alter Voraussetzung sind.

Arbeitslosengeld I, Transferleistungen, wie beispielsweise das Bürgergeld oder die Sozialhilfe, sowie sonstige Formen öffentlicher Leistungen (ohne Renten und Pensionen)



G8 Bevölkerung 2023 nach Einwanderungsgeschichte und überwiegendem Lebensunterhalt



wurden weitaus häufiger von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Anspruch genommen. Im Jahr 2023 gaben 18 Prozent der Eingewanderten bzw. zehn Prozent ihrer Nachkommen an, überwiegend aus diesen Quellen die notwendigen Mittel für ihren Lebensunterhalt zu beziehen. Der entsprechende Anteilswert belief sich bei den Personen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte auf 6,9 Prozent und bei der Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte auf 4,6 Prozent.

Fazit

Im Jahr 2023 lebten in Rheinland-Pfalz 1,04 Millionen Menschen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind. Der Anteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte

belief sich damit auf ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Vor allem selbst Eingewanderte besaßen seltener einen allgemeinbildenden Schul- oder einen berufsqualifizierenden Abschluss, waren eher erwerbslos und häufiger auf öffentliche Leistungen angewiesen als die übrige Bevölkerung. Allerdings sind die Eingewanderten – sowie auch ihre direkten Nachkommen – in sich vergleichsweise heterogen, sodass eine Beurteilung ihrer allgemeinen Lebenschancen nicht pauschal, sondern unter Zuhilfenahme einer detaillierten Analyse, erfolgen sollte.

Dr. Julia Stoffel ist Referentin im Referat „Private Haushalte“.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

520	129 131	130 933	128 144
5 752	134 121	128 093	127 942
126 058	126 824	133 450	125 432
134 628	134 545	157 264	113 523
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 144
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 807	69 144
	27 027		



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

Bevölkerung	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 133 ^{1,2}	4 168 ^{1,2}	4 163	4 163	4 164	4 175	4 176	4 177	4 178
darunter Ausländer/-innen ³	1 000	534 ^{1,2}	579 ^{1,2}	573	575	576	595	597	599	600

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 703	1 553	1 204	1 125	2 199	636	774	1 469	2 238
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 061	2 874	2 784	2 698	2 991	2 634	2 797	2 724	2 877
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	8,9	8,3	7,9	7,9	8,5	7,9	7,0	7,9	8,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	4 495	4 273	4 678	4 140	4 051	4 452	4 302	3 983	4 084
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	13,0	12,3	13,2	12,1	11,5	13,4	10,7	11,6	11,5
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	8	10	6	9	8	5	11	9
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,5	2,8	3,6	2,2	3,0	3,0	1,8	4,0	3,1
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 434	-1 398	-1 894	-1 442	-1 060	-1 818	-1 505	-1 259	-1 207
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-4,2	-4,0	-5,4	-4,2	-3,0	-5,5	-3,8	-3,7	-3,4

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	16 539	13 267	13 083	11 744	12 158	11 694	12 682	12 696	11 151
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	10 570	7 609	7 418	6 340	7 042	6 822	7 383	7 220	6 446
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 684	10 528	10 190	9 755	9 798	9 320	10 390	9 874	9 570
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 982	5 022	4 941	4 679	4 962	4 699	5 240	4 697	4 876
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	5 855	2 738	2 893	1 989	2 360	2 374	2 292	2 822	1 581
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	14 277	14 666	14 426	13 577	13 974	13 351	13 923	13 939	13 262

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2020	2021	2022			2023			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 429	1 454	1 480	1 500	1 485	1 483	1 487	1 504	1 490
* Frauen	1 000	667	677	691	700	696	694	694	702	699

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

	Einheit	2020	2021	2022			2023			
			30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	174	190	208	214	208	214	220	225	218
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	423	434	448	450	449	450	453	454	456
* darunter Frauen	1 000	343	350	360	361	361	361	362	363	364
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	15	16	17	12	14	16	17	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	436	436	440	446	441	441	440	445	440
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	316	319	326	330	328	327	326	330	326
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	223	233	239	242	240	240	243	245	243
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	440	450	458	463	464	462	461	466	469

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Arbeitslose	Anzahl	102 515	110 716	110 213	115 171	112 272	118 784	122 436	125 804	121 252
* Frauen	Anzahl	47 178	50 748	50 849	53 908	52 109	53 129	55 189	57 061	54 502
Männer	Anzahl	55 337	59 968	59 364	61 263	60 163	65 655	67 247	68 743	66 750
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	40 333	43 146	42 978	45 113	42 852	46 579	48 989	50 474	48 166
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	62 182	67 570	67 235	70 058	69 420	72 205	73 447	75 330	73 086
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,6	4,9	4,9	5,1	5,0	5,2	5,4	5,5	5,3
* Frauen	%	4,5	4,8	4,8	5,1	4,9	4,9	5,1	5,3	5,1
* Männer	%	4,6	5,0	5,0	5,1	5,0	5,4	5,6	5,7	5,5
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	3,8	4,3	4,4	5,2	4,7	4,7	5,3	6,0	5,4
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,3	3,8	3,4	5,0	4,6	3,8	4,3	5,8	5,1
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,5	4,7	4,7	4,8	4,8	5,0	5,0	5,1	5,0
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,1	5,3	5,2	5,3	5,3	5,4	5,5	5,6	5,5
* Ausländer/-innen ⁹	%	11,9	13,3	12,8	13,5	13,4	13,3	13,7	14,2	13,7
Deutsche	%	3,5	3,7	3,7	3,8	3,7	3,9	4,0	4,1	3,9
* Kurzarbeiter/-innen ¹⁰	Anzahl	14 748	9 457	4 379	4 762	5 095
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹	Anzahl	45 781	41 871	42 129	41 826	41 359	37 362	36 907	36 516	36 553

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹²

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹²		Einheit	2022	2023			2024			
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	220 686	233 932	234 879	234 082	234 537	238 236	238 180	237 393	...
* darunter Frauen	Anzahl	112 509	119 470	120 113	119 578	119 685	119 555	119 447	119 019	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	146 892	156 617	156 954	156 511	157 320	161 888	161 891	161 416	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	61 133	64 769	65 370	64 968	64 763	64 164	64 118	63 700	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	59 377	63 034	63 619	63 208	63 003	62 387	62 349	61 930	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. – 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	536	303	285	311	374	284	269	250	293
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	459	253	225	255	318	237	222	215	254
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	-	3	3	5	1	2	1
Unternehmen	Anzahl	75	55	38	51	79	36	40	29	30
private Haushalte	Anzahl	459	246	247	257	292	243	228	219	262
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 237	835	1 200	850	840	724	681	697	735
* Umbauter Raum	1 000 m ³	728	468	663	518	483	422	380	379	405
* Wohnfläche	1 000 m ²	137	86	117	94	92	77	70	68	73
Wohnräume	Anzahl	5 346	3 319	4 275	3 558	3 550	2 928	2 727	2 571	2 831
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mio. EUR	305	209	300	238	209	191	178	158	192

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	130	124	143	147	136	128	96	105	126
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	14	18	21	15	18	14	15	13
Unternehmen	Anzahl	69	64	75	67	80	66	54	49	73
private Haushalte	Anzahl	47	46	50	59	41	44	28	41	40
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	16	35	36	9	-	20	55	15
* Umbauter Raum	1 000 m ³	862	705	600	943	740	1 091	1 009	637	466
* Nutzfläche	1 000 m ²	181	89	82	95	109	123	108	84	68
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mio. EUR	152	118	132	91	138	129	118	106	101

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 498	1 089	1 397	1 130	1 141	1 120	907	924	955
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 389	4 247	5 179	4 530	4 490	4 093	3 541	3 412	3 614



Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 436	10 112	10 031	8 989	8 948	10 657	9 480	9 564	9 793
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 239	1 134	1 082	1 012	929	1 103	958	938	825
darunter										
* Kälber	t	6	5	5	3	4	4	5	3	2
* Jungrinder	t	8	4	5	2	2	3	2	2	-
* Schweine	t	9 164	8 942	8 920	7 925	7 988	9 518	8 486	8 567	8 937
* Eierzeugung ²	1 000	22 974	22 059	19 702	21 678	21 766	23 910	23 946	22 823	23 575

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 022	1 020	1 021	1 021	1 025	1 046	1 045	1 045	1 044
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	258 732	261 247	260 477	260 804	261 391	263 624	263 131	262 279	262 105
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 939	31 918	31 794	31 711	31 891	33 385	29 582	31 190	33 056
* Entgelte	Mio. EUR	1 248	1 291	1 563	1 321	1 234	1 350	1 398	1 357	1 271
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	9 646	8 776	8 932	9 199	8 424	8 575	7 834	8 246	8 443
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mio. EUR	5 531	4 631	4 772	4 859	4 373	4 854	4 391	4 500	4 697
Investitionsgüterproduzenten	Mio. EUR	2 398	2 640	2 635	2 801	2 552	2 256	2 049	2 328	2 233
Gebrauchsgüterproduzenten	Mio. EUR	101	104	107	131	113	119	113	120	119
Verbrauchsgüterproduzenten	Mio. EUR	1 615	1 401	1 418	1 407	1 386	1 346	1 281	1 299	1 394
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mio. EUR	3 041	2 344	2 393	2 418	2 163	2 517	2 247	2 246	2 391
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mio. EUR	1 076	1 180	1 169	1 284	1 089	846	706	888	808
darunter										
* Auslandsumsatz	Mio. EUR	5 297	4 840	4 977	5 051	4 685	4 834	4 381	4 544	4 647
Exportquote ⁶	%	54,9	55,1	55,7	54,9	55,6	56,4	55,9	55,1	55,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2021=100	87,7	69,8	69,8	71,4	67,2	70,4	65,6	66,6	71,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2021=100	87,3	71,6	70,3	73,0	66,8	76,2	70,2	74,0	74,9
Investitionsgüterproduzenten	2021=100	79,9	67,5	72,3	68,9	67,7	66,2	62,1	61,6	71,3

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2022	2023			2024			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

Gebrauchsgüterproduzenten	2021=100	119,6	118,3	121,5	146,6	147,5	135,2	142,1	139,3	139,2
Verbrauchsgüterproduzenten	2021=100	116,0	66,0	52,2	65,8	56,8	57,4	52,7	49,2	53,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2021=100	82,8	63,4	62,4	63,1	62,1	68,3	64,0	66,6	69,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2021=100	72,0	57,9	67,7	59,7	66,6	51,9	59,4	54,3	71,3

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	171	170	171	170	170	171	172	172	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	10 229	10 411	10 319	10 334	10 300	10 721	10 754	10 835	11 024
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 245	1 267	1 254	1 251	1 272	1 394	1 203	1 313	1 421
* Entgelte ³	Mio. EUR	51	55	59	55	55	62	59	59	57

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mio. kWh	302	266	186	184	167	305	290	257	239
Nettostromerzeugung	Mio. kWh	286	251	172	170	150	291	276	243	225

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	24 296	24 658	24 725	24 948	24 833	25 090	25 030	24 885	24 684
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 394	2 360	2 603	2 624	2 565	2 655	2 315	2 530	2 712
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	452	400	444	430	428	428	364	389	398
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	815	860	934	918	908	953	873	906	1 001
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 127	1 100	1 225	1 277	1 228	1 274	1 079	1 235	1 313
darunter Straßenbau	1 000 h	611	591	679	683	668	691	577	666	705
* Entgelte	Mio. EUR	91	94	100	99	94	100	99	103	103

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.



noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Einheit	2022	2023				2024			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Mio. EUR	397	414	424	454	456	444	391	442	509
Mio. EUR	82	72	83	74	73	69	59	62	64
Mio. EUR	140	153	151	178	165	179	153	158	183
Mio. EUR	176	189	190	202	217	196	178	221	262
Mio. EUR	93	100	102	110	120	96	95	121	156

Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und son-
stiger Ausbau)³

Einheit	2022	2023	2022	2023				2024	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Anzahl	497	523	495	525	524	523	519	572	581
Anzahl	19 764	20 741	19 751	20 247	20 689	21 191	20 836	21 878	21 963
1 000 h	5 687	6 046	5 637	6 080	6 019	6 174	5 913	6 232	6 242
Mio. EUR	184	201	198	187	198	201	218	210	219
Mio. EUR	662	801	853	595	734	829	1 047	701	846

Handel⁵Großhandel⁶

Einheit	2022	2023				2024			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
2015=100	108,0	109,1	108,7	109,1	109,2	109,2	122,9	79,0	...
2015=100	135,4	134,8	133,9	139,2	145,5	148,8	130,3	130,0	...
2015=100	109,7	107,8	105,7	110,5	117,0	120,0	103,6	103,1	...

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	107,9	109,0	109,1	109,0	108,5	107,9	107,6	107,7	107,1
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	129,9	132,2	138,7	137,4	135,7	135,5	134,9	133,1	137,7
* Umsatz real ⁷	2015=100	110,4	106,0	111,0	110,0	108,7	107,0	106,5	105,1	109,0

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{1p, 2}**

Kfz-Handel ^{p,2}	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Beschäftigte	2015=100	107,9	108,9	107,6	107,5	107,6	109,8	110,2	110,1	110,0
* Umsatz nominal ³	2015=100	128,9	142,4	148,7	149,8	143,0	153,3	137,3	148,8	147,4
* Umsatz real ³	2015=100	108,3	110,2	116,0	115,8	109,9	116,8	104,5	113,3	112,1

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2015=100	92,0	99,6	103,0	104,5	105,7	102,3	106,4	108,2	107,9
* Umsatz nominal ³	2015=100	113,0	121,8	139,1	134,9	144,0	117,4	135,1	131,7	135,0
* Umsatz real ³	2015=100	91,1	91,6	105,1	100,9	107,6	86,2	98,7	95,1	98,1

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	659	...	941	931	966	697	935	897	943
* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	...	173	181	250	130	166	182	246
* Gästeübernachtungen	1 000	1 755	...	2 413	2 380	2 603	1 724	2 416	2 244	2 562
* darunter von Auslandsgästen	1 000	366	...	480	505	765	346	456	492	749

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 663	1 679	1 477	1 816	1 951	1 493	1 655	1 809	1 812
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 139	1 136	966	1 336	1 468	989	1 164	1 293	1 355
* Getötete Personen	Anzahl	12	11	3	17	17	9	10	16	13
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	5	4	1	5	3	2	4	9	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	2	8	7	3	4	7	5
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	2	3	2	1	-	4
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	1	2	1	-	-	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 438	1 454	1 284	1 718	1 848	1 262	1 462	1 599	1 663

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
schwer verletzte Personen	Anzahl	234	212	205	256	310	187	213	239	251
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	93	88	87	87	84	76	75	77	71
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	55	50	54	80	105	41	57	70	87
Radfahrer	Anzahl	52	42	39	64	76	40	40	57	64
Fußgänger	Anzahl	19	18	16	12	15	17	18	17	11

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 417	11 511	12 106	13 298	12 125	12 266	11 792	15 031	12 297
darunter										
Krafträder	Anzahl	1 057	1 005	1 391	1 478	1 334	1 423	1 253	1 211	1 226
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	8 992	9 012	9 123	10 138	9 324	8 998	8 888	11 580	9 349
* Lastkraftwagen	Anzahl	869	993	1 014	1 098	943	1 213	1 077	1 531	1 134
Zugmaschinen	Anzahl	395	404	443	504	419	506	452	505	422

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2022	2023	2022	2023				2024	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	63 196	62 824	60 536	60 859	59 951	59 059	71 427	66 385	70 502
Personenkilometer ³	Mio.	626	698	620	657	658	733	745	772	821

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Güterempfang	1 000 t	960	877	981	1 041	885	921	929	896	934
* Güterversand	1 000 t	695	653	704	702	749	662	739	693	716

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

Ausfuhr (Spezialhandel) ⁵		Einheit	2022	2023			2024				
			Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Insgesamt		Mio. EUR	5 128	5 025	5 215	5 413	4 890	5 095	4 701	4 863	5 040
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft		Mio. EUR	380	424	453	468	416	444	424	422	454
* Güter der gewerblichen Wirtschaft		Mio. EUR	4 670	4 460	4 608	4 805	4 297	4 408	4 092	4 208	4 362

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel¹****Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2022	2023				2024			
			Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
*	Rohstoffe	Mio. EUR	38	33	45	36	29	30	31	30	26
*	Halbwaren	Mio. EUR	212	167	166	163	154	189	182	196	182
*	Fertigwaren	Mio. EUR	4 420	4 260	4 397	4 606	4 114	4 189	3 879	3 983	4 154
*	Vorerzeugnisse	Mio. EUR	1 328	1 081	1 097	1 134	1 063	1 213	1 104	1 085	1 169
*	Enderzeugnisse	Mio. EUR	3 093	3 179	3 300	3 472	3 051	2 976	2 776	2 898	2 985
davon nach											
*	Europa	Mio. EUR	3 514	3 453	3 575	3 776	3 306	3 564	3 256	3 395	3 423
darunter in/nach											
	EU-Länder (27)	Mio. EUR	2 955	2 909	3 013	3 184	2 750	3 007	2 726	2 883	2 859
	Belgien	Mio. EUR	280	236	234	239	221	231	239	242	254
	Luxemburg	Mio. EUR	59	61	63	67	69	69	57	63	65
	Dänemark	Mio. EUR	57	58	52	57	49	53	55	59	56
	Finnland	Mio. EUR	38	35	37	37	33	46	37	33	35
	Frankreich	Mio. EUR	509	517	523	578	481	507	453	514	516
	Griechenland	Mio. EUR	97	75	66	89	79	124	77	92	82
	Irland	Mio. EUR	31	28	38	19	26	22	29	29	33
	Italien	Mio. EUR	317	299	331	339	286	301	268	289	283
	Niederlande	Mio. EUR	346	360	359	423	334	359	314	335	320
	Österreich	Mio. EUR	208	194	196	214	196	203	182	171	196
	Schweden	Mio. EUR	80	82	90	87	68	77	72	81	69
	Spanien	Mio. EUR	223	237	239	260	234	271	240	258	262
	Portugal	Mio. EUR	34	37	45	48	29	29	30	31	26
	Großbritannien	Mio. EUR	218	215	216	233	227	191	183	190	205
*	Afrika	Mio. EUR	138	136	146	142	128	130	135	128	137
*	Amerika	Mio. EUR	761	704	715	757	719	718	635	670	726
	darunter nach USA	Mio. EUR	518	483	509	535	481	494	422	438	465
*	Asien	Mio. EUR	655	668	710	674	654	611	623	604	684
	darunter nach China	Mio. EUR	180	165	179	160	169	180	165	152	184
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mio. EUR	60	64	69	63	82	71	51	66	68

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mio. EUR	4 075	3 859	4 045	4 157	3 909	3 925	3 616	3 853	3 806
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. EUR	402	423	486	444	466	416	401	408	432
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. EUR	3 502	3 181	3 276	3 436	3 174	3 152	2 957	3 058	2 996
davon										
* Rohstoffe	Mio. EUR	52	43	45	53	47	44	35	44	35
* Halbwaren	Mio. EUR	357	337	448	342	286	395	379	296	329
* Fertigwaren	Mio. EUR	3 093	2 801	2 783	3 041	2 840	2 713	2 543	2 718	2 633

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2022	2023			2024				
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mio. EUR	798	627	665	637	647	660	567	673	689
*	Enderzeugnisse	Mio. EUR	2 295	2 174	2 119	2 404	2 194	2 053	1 976	2 046	1 944
davon aus											
*	Europa	Mio. EUR	2 823	2 736	2 794	2 884	2 772	2 821	2 567	2 778	2 733
darunter aus											
	EU-Ländern (27)	Mio. EUR	2 474	2 393	2 474	2 506	2 390	2 483	2 298	2 496	2 418
	Belgien	Mio. EUR	337	291	334	291	289	334	302	297	294
	Luxemburg	Mio. EUR	55	59	63	54	68	64	52	60	58
	Dänemark	Mio. EUR	40	37	33	33	33	36	35	43	37
	Finnland	Mio. EUR	17	18	17	15	15	16	11	19	18
	Frankreich	Mio. EUR	354	333	302	380	335	333	280	315	306
	Griechenland	Mio. EUR	25	22	19	19	22	13	20	9	16
	Irland	Mio. EUR	50	27	31	27	30	25	21	29	27
	Italien	Mio. EUR	258	252	278	281	269	240	231	274	295
	Niederlande	Mio. EUR	335	311	346	317	308	349	295	314	340
	Österreich	Mio. EUR	160	144	126	170	176	145	113	159	172
	Schweden	Mio. EUR	31	35	36	40	36	38	30	37	38
	Spanien	Mio. EUR	173	209	186	192	179	182	284	302	168
	Portugal	Mio. EUR	36	40	49	44	46	41	48	43	43
	Großbritannien	Mio. EUR	74	81	62	108	139	92	71	65	78
*	Afrika	Mio. EUR	94	75	113	53	59	85	113	98	75
*	Amerika	Mio. EUR	355	323	361	354	350	339	332	299	331
	darunter aus USA	Mio. EUR	269	255	295	276	269	266	229	218	235
*	Asien	Mio. EUR	793	707	751	846	709	665	589	660	654
	darunter aus China	Mio. EUR	422	353	380	374	346	317	316	320	344
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mio. EUR	9	14	21	17	14	9	10	11	7

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 624	2 906	2 878	2 860	2 874	2 883	2 565	2 907	2 975
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	415	402	372	402	393	434	389	476	477
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 739	2 015	2 033	2 007	2 017	1 973	1 798	1 954	2 017
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 282	2 571	2 247	2 254	2 190	2 369	2 085	2 383	2 559
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	323	339	299	269	271	361	284	365	384
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 510	1 760	1 523	1 568	1 506	1 555	1 433	1 529	1 722

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

Insolvenzen	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Insgesamt	Anzahl	397	410	475	408	406	460	455	432	534
davon										
* Unternehmen	Anzahl	50	62	60	60	68	71	71	67	73
* Verbraucher	Anzahl	244	233	272	244	216	276	244	267	318
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	86	96	117	88	96	92	110	84	117
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	17	19	26	16	26	21	30	14	26
* Voraussichtliche Forderungen	Mio. EUR	89	144	163	86	60	61	75	79	115

Handwerk²

	Einheit	2022	2023	2022	2023				2024	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte ³	2020=100 ⁴	97,5	96,7	97,3	96,4	96,1	97,5	96,1	95,0	94,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2020=100 ⁶	110,9	116,5	125,2	101,6	116,8	119,2	128,6	99,7	115,8

Preise

Preise	Einheit	2022	2023				2024			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2020=100	109,8	116,2	116,6	117,0	117,4	119,3	119,6	119,5	119,5
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2020=100	102,8	104,3	104,4	104,5	104,6	107,5	107,6	107,8	107,8

Verdienste⁷**Monatlicher
Nominallohnindex⁸**

	Einheit	2022	2023				2024			
		Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Monatlicher Nominallohnindex ⁸	2022=100	94,0	109,6	108,6	100,9	99,5	110,6	111,0	107,5	103,2

**Vierteljährlicher
Nominallohnindex^{8,9}**

	Einheit	2022	2023	2022	2023				2024	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Vierteljährlicher Nominallohnindex ^{8,9}	2022=100	100	103,1	114,5	95,9	105,3	98,2	112,9	102,8	109,1
* Frauen	2022=100	(100)	103,9	(116,1)	96,8	103,8	99,1	116,0	104,1	108,5
* Männer	2022=100	(100)	102,7	(113,6)	95,5	106,1	97,8	111,2	102,1	109,5
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2022=100	(100)	104,5	(109,5)	100,9	101,6	102,3	113,2	106,6	108,9
* Produzierendes Gewerbe	2022=100	(100)	104,6	(108,8)	96,2	110,4	97,7	114,1	102,4	112,1
* Dienstleistungsbereich	2022=100	(100)	102,2	(117,4)	95,7	102,7	98,4	112,1	102,9	107,5

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Bis 2021: im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich; ab 2022: in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. – 8 Nominallohnindex: Grundlage der Berechnung des Index sind die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. – 9 Der vierteljährliche Nominallohnindex errechnet sich nicht aus den monatlichen Nominallohnindizes, da bei der vierteljährlichen Berechnung auch Dateneingänge berücksichtigt werden, die zum jeweiligen Monatsabschluss noch nicht vorlagen.

**Geld und Kredit¹**

	Einheit	2021	2022		2023				2024	
			Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mio. EUR	125 993	141 882	154 395	155 394	156 498	156 795	156 305	156 109	148 873
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mio. EUR	7 646	9 816	10 931	11 226	10 851	11 240	10 395	10 980	9 681
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mio. EUR	7 500	9 138	11 795	12 038	12 229	12 491	12 081	11 490	10 254
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mio. EUR	110 847	122 928	131 669	132 130	133 418	133 064	133 829	133 639	128 938
Kredite an inländische Nichtbanken	Mio. EUR	123 160	136 799	146 110	146 973	147 670	148 594	148 394	148 639	143 543
Unternehmen und Privatpersonen	Mio. EUR	115 551	128 985	138 126	138 763	139 653	140 254	140 132	140 339	135 234
öffentliche Haushalte	Mio. EUR	7 608	7 815	7 984	8 210	8 017	8 340	8 262	8 300	8 309
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mio. EUR	2 833	5 083	8 285	8 421	8 828	8 201	7 911	7 470	5 330
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mio. EUR	136 413	141 337	143 161	140 024	138 526	138 135	141 980	140 220	141 819
Sichteinlagen	Mio. EUR	94 508	98 466	99 480	94 385	90 351	87 260	86 613	83 417	84 467
Termineinlagen	Mio. EUR	15 117	16 593	17 768	20 061	22 340	24 645	27 993	29 165	29 632
Sparbriefe	Mio. EUR	1 503	1 599	1 952	3 110	4 647	6 148	8 089	9 107	9 640
Spareinlagen	Mio. EUR	25 285	24 679	23 961	22 468	21 188	20 082	19 285	18 531	18 080
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mio. EUR	134 492	139 084	141 025	137 953	136 530	136 112	139 932	138 033	139 545
Unternehmen und Privat- personen	Mio. EUR	130 373	134 500	136 426	133 505	132 392	131 840	134 551	133 644	135 375
öffentliche Haushalte	Mio. EUR	4 120	4 585	4 599	4 448	4 138	4 272	5 381	4 389	4 170
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mio. EUR	1 920	2 253	2 136	2 071	1 996	2 023	2 048	2 187	2 274

Steuern

Einheit	2022	2023			2024			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftssteuern	Mio. EUR	6 516	6 027	6 129	5 925	6 393	6 301	6 189	5 384	6 168
Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	1 730	1 707	2 363	1 441	1 788	2 416	2 271	1 102	1 872
Lohnsteuer	Mio. EUR	1 067	1 144	1 049	905	1 536	1 537	933	992	1 656
Lohnsteuer-Zerlegung	Mio. EUR	209	212	-	-	699	658	-	-	796
veranlagte Einkommensteuer	Mio. EUR	271	264	669	10	-11	-22	654	-8	14
Kapitalertragsteuer	Mio. EUR	146	130	306	507	62	658	278	119	46

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Steuern**

Einheit	2022	2023			2024			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	27	27	-4	10	64	178	12	21	166
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	21	20	-	-	57	168	-	-	147
Körperschaftsteuer	Mio. EUR	219	141	343	11	136	65	394	-22	-10
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mio. EUR	-72	-9	-	-	127	42	-	-	-52
Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	4 785	4 320	3 766	4 484	4 605	3 885	3 918	4 282	4 296
Umsatzsteuer	Mio. EUR	493	502	149	740	802	277	233	640	826
Einfuhrumsatzsteuer	Mio. EUR	4 292	3 818	3 617	3 744	3 803	3 608	3 686	3 642	3 470

Zölle

Mio. EUR	327	259	265	277	274	248	241	232	288
----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mio. EUR	3	7	-9	6	12	-5	-5	-6	-2
Solidaritätszuschlag	Mio. EUR	43	38	66	19	16	25	65	17	17

Landessteuern

Erbschaftsteuer	Mio. EUR	40	36	102	23	36	30	31	209	66
Grunderwerbsteuer	Mio. EUR	56	43	36	37	47	48	37	50	49
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mio. EUR	22	19	27	15	14	15	27	14	14
Feuerschutzsteuer	Mio. EUR	3	3	2	2	2	1	3	2	2
Biersteuer	Mio. EUR	2	2	5	3	2	2	3	3	2

Einheit	2022	2023	2022	2023				2024	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Gemeindesteuern

Grundsteuer A	Mio. EUR	5	5	4	5	5	7	4	5	5
Grundsteuer B	Mio. EUR	162	179	152	159	185	206	166	174	191
Gewerbesteuer (brutto)	Mio. EUR	994	705	888	897	537	632	752	871	659
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mio. EUR	22	25	23	26	26	27	23	26	27

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.



noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der

Gemeinden und Gemeinde-

verbände

Einheit	2022	2023	2022	2023				2024	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Mio. EUR	1 677	1 491	2 013	1 123	1 368	1 394	2 078	1 049	1 442
Mio. EUR	877	641	721	892	451	585	636	861	576
Mio. EUR	527	554	940	42	637	480	1 057	-7	565
Mio. EUR	85	86	173	-	63	89	192	-10	78

Einheit	2022	2023				2024			
	Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

Steuereinnahmen des Landes	Mio. EUR	1 343	1 359	2 189	1 230	1 456	1 439	1 246	1 372	1 699
Landessteuern	Mio. EUR	123	103	171	79	101	96	101	277	132
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	674	652	959	555	706	948	941	381	721
Lohnsteuer	Mio. EUR	366	390	353	292	557	518	304	328	611
veranlagte Einkommensteuer	Mio. EUR	115	112	284	4	-5	-9	278	-3	6
Kapitalertragsteuer	Mio. EUR	72	67	152	250	57	329	157	58	36
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	12	12	-2	4	28	78	5	9	73
Körperschaftsteuer	Mio. EUR	110	70	172	5	68	33	197	-11	-5
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	524	591	1 055	568	649	395	204	681	843
Umsatzsteuer	Mio. EUR	287	392	839	417	452	217	16	502	648
Einfuhrumsatzsteuer	Mio. EUR	237	199	216	152	197	178	188	179	195
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mio. EUR	16	9	3	19	0	0	-	23	1
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mio. EUR	7	4	1	8	0	0	-	10	1

Steuereinnahmen des Bundes	Mio. EUR	3 262	3 025	3 084	2 980	3 145	3 063	3 067	2 559	2 810
Bundessteuern	Mio. EUR	47	45	57	24	28	20	60	11	15
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	762	745	1 052	651	775	1 083	1 015	475	800
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	2 437	2 226	1 972	2 286	2 343	1 960	1 992	2 049	1 994
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mio. EUR	16	9	3	19	0	0	-	23	1

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



Unsere Produkte und Informationsangebote



Newsletter

Mit unserem kostenlosen Newsletter erhalten Sie regelmäßig eine Übersicht der aktuellen Neuigkeiten sowie unserer neu erschienenen Veröffentlichungen



Statistische Monatshefte

Statistische Ergebnisse und Analysen, sowie die Einordnung in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kontext



Statistische Berichte

Ergebnisse aus den verschiedenen Erhebungen des Statistischen Landesamtes



Analysen

Ausführliche Betrachtung ausgewählter Themen wie Wirtschaftsentwicklung und demografischer Wandel



Faltblätter & Broschüren

Mit Tabellen und Grafiken werden statistische Sachverhalte leicht verständlich erläutert



Gemeinschaftsveröffentlichungen

Vergleichbare statistische Daten über die Grenzen der Bundesländer hinweg



MATS

Ergebnispräsentation über Dashboards und interaktive Tabellen (ersetzen nach und nach die Statistischen Berichte)



Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel
Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz
Titelfoto: © xyz+ – stock.adobe.com
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/publikationen/monatshefte